



Parlamentssitzung vom 10.11.2025

Protokoll

19:00 – 22:00 Uhr

Vorsitz

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)
Mark Kobel (FDP)

Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Arlette Münger (SP Frauen)
Klaus von Muralt (Grüne)
Sladjan Petrovic (Die Mitte)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Kathrin Gilgen (SVP)
Jutta Gubler (SP Frauen)
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler
Christian Burren (SVP), Gemeinderat

PAR 2025/83

Traktandenliste und Mitteilungen

- 1 **Traktandenliste und Mitteilungen**
- 2 **Kreditabrechnungen**
- 3 **Einführen SwissGPT in der Gemeindeverwaltung Köniz**
- 4 **Bilateraler Leistungsvertrag VKSK 2026-2027**
- 5 **V2509 Richtlinienmotion / Motion (SP/JUSO) "Entlastung der Könizer Vereine durch Reduktion der Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen", Beantwortung**
- 6 **V2510 Richtlinienmotion (JUSO,SP, Junge Grüne, Grüne) "Massnahmen gegen Gewalt an FINTA Personen in der Gemeinde Köniz", Beantwortung**
- 7 **V2513 Richtlinienmotion / Motion (Grüne, Junge Grüne, SP, Juso, GLP, EVP, Mitte) "Die Gemeinde Köniz nutzt ihr Solarpotenzial"; Beantwortung**
- 8 **V2121 Postulat (SP) "Köniz für Nachbar:innen", Abschreibung**
- 9 **V2302 Richtlinienmotion (JUSO/SP) "Gratis Menstruationsprodukte", Abschreibung**
- 10 **Verschiedenes**

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Guten Abend miteinander, dies ist die drittletzte Parlaments-sitzung in dieser Legislatur. Ich begrüsse euch herzlich zu dieser Veranstaltung.

Ich wollte eigentlich sagen, es seien heute mehr Leute im Publikum, als das letzte Mal, obwohl es heute um weniger Geld geht. Doch das stimmt jetzt aber noch nicht, ich glaube, diese stehen alle noch draussen. Aber im Verlauf der Sitzung wird es dann stimmen.

Dafür fehlen im Parlament einige Leute: Entschuldigt sind Corina Burren, Reto Zbinden – an seiner Stelle wird die 2. Vizepräsidentin die Stimmen zählen – Kathrin Gilgen und Jutta Gubler. Aus dem Gemeinderat entschuldigt ist Christian Burren, er ist krank. Es fehlt noch Ronald Sonderegger: Im Moment sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend und damit sind wir beschlussfähig.

Wir kommen zum Traktandum 1, Traktandenliste und Mitteilungen: Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, dann ist diese genehmigt.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/84

Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 Bst. G) der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 61 Bst. D) der Gemeindeordnung die Nachkredite bis Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments.

Das Parlament beschliesst gemäss Art. 48 Bst. C) der Gemeindeordnung die Nachkredite über Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments sowie die Nachkredite zu Verpflichtungskrediten des Gemeinderates, sofern der Gesamtbetrag (Verpflichtungskredit und Nachkredit) Fr. 220'000.00 übersteigt.

An der Parlamentssitzung vom 02.05.2011 wurden die Fristen der Abrechnungen der Kredite diskutiert, dabei wurde gewünscht das Datum des Projektabschlusses offenzulegen.

2. Zusammenfassung Kreditabrechnungen

Die Finanzkontrolle hat die folgenden Kreditabrechnungen geprüft:

Nr.	FK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abweichung	in %	NK GR	NK PAR
1	P25001	5550.5031.4750	DUB	Thörishaus, Köhlerstrasse, Wasserleitungersatz	440'000.00	2017	309'425.35	-130'574.65	-29.68		
2	P25002	5550.5031.4300	DUB	Wabern, Doppelspurausbau Frischingweg – Wabern – Kehrsatz Nord; Leitungserneuerung	239'000.00	2018	263'025.70	24'025.70	10.05	24'025.70	
3	P25003	5550.5031.4753	DUB	Erschliessung Sensematt-Au	471'000.00	2021	283'852.90	-187'147.10	-39.73		
4	P25004	2440.501.0424	DPV	Schliern, Fuss- und Radweg Schliern-Schlatt	60'000 290'000 160'000 510'000.00	2013 2015 2015	20'118.95	-489'881.05	-96.06		
5	P25005	2420.5290.0101	DPV	GEP Untere Gemeinde 2023; Strassenentwässerung	300'000.00	2021	255'483.55	-44'516.45	-14.84		

Der Gemeinderat orientiert über die Daten der letzten Buchung und der Einreichung der Abrechnung bei der Finanzkontrolle als Zusatzinformation zu den obigen Abrechnungen wie folgt:

Nr.	Datum letzte Buchung	Datum Abrechnung an FK
1	05.12.2024	16.01.2025
2	02.09.2021	16.01.2025
3	31.12.2024	28.01.2025
4	10.06.2021	07.02.2025
5	23.09.2024	04.03.2025

Es ist festzuhalten, dass die längeren Garantiefristen (bis max. 2 Jahre) zu Verzögerungen bei der Abrechnung führen. Dies erweist sich als sinnvoll.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Thörishaus, Köhlerstrasse, Wasserleitungersatz
- Wabern, Doppelspurausbau Frischingweg – Wabern – Kehrsatz Nord, Leitungserneuerung
- Erschliessung Sensematt-Au
- Schliern, Fuss- und Radweg Schliern-Schlatt
- GEP Untere Gemeinde 2023; Strassenentwässerung

Köniz, 06.08.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Bericht Kreditabrechnungen Kompetenz Parlament

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Dieses Geschäft ist eine Kenntnisnahme der Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates. Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst kommt der GPK-Referent, dann die Fraktionen, dann die Einzelsprecherinnen und -sprecher, dann der Gemeinderat und dann stimmen wir ab.

GPK-Referent, Toni Eder, Mitte: Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, welche von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Das Traktandum betrifft folgende fünf Abrechnungen:

- Thörishaus, Köhlerstrasse, Wasserleitungersatz
- Wabern, Doppelspurausbau Frischingweg – Wabern – Kehrsatz Nord, Leitungserneuerung
- Erschliessung Sensematt-Au
- Schliern, Fuss- und Radweg Schliern-Schlatt
- GEP Untere Gemeinde 2023; Strassenentwässerung

Die Abweichungen sind teilweise erheblich, bis 96%. Alle, bis auf einen Kredit, sind tiefer, als das genehmigte Budget. Bei einer Abrechnung ist die letzte Buchung bereits im Juli 2021 erfolgt. Es ist zwar sinnvoll zuerst die Garantiefrist abzuwarten und erst danach abzurechnen, fast vier Jahre, das dünkt die GPK aber dann doch etwas sehr lange.

Die Begründungen für die Abweichungen sind aus Sicht der GPK nachvollziehbar und für die Stufe Parlament genügend.

Die Finanzkontrolle stellt fest, dass sie die Abrechnungen geprüft und als richtig befunden hat. In zwei Fällen hat die Revision mit einer Abteilung vereinbart: "Nach Rücksprache mit der Abteilung wird in Zukunft für die Kreditabrechnungen mit derart hohen Abweichungen zwischen KV und effektiven Kosten beim Planer eine exakte Gegenüberstellung von KV und effektiven Kosten verlangt. Ausserdem hat sich die Abteilung zum Ziel gesetzt, die Kredite künftig zeitnah abzurechnen." Diese Abmachung ist aus Sicht der GPK sinnvoll. Auch die Bemerkung der Revision zur Mehrwertsteuer sind einleuchtend.

Beim DPV-Kredit Schliern, Fuss- und Radweg Schliern-Schlatt, nimmt die GPK die Rüge der Revision betreffend die sechsmonatige Einreichfrist zur Kenntnis. Die Finanzkontrolle hat sich mit der Optimierung des Mahnprozesses für die Kreditabrechnungen befasst. Die Abteilungsleitenden müssen für jeden Kredit begründen, warum dieser noch nicht abgerechnet wurde. Ab 2026 wird die Finanzkontrolle, wo

sinnvoll, die Projektleitenden unterjährig gezielt auf die offenen Kredite ansprechen, mit dem Ziel, dass Kreditabrechnungen möglichst unmittelbar nach Projektabschluss erfolgen können.

Trotzdem ist damit zu rechnen, dass noch einige Abrechnungen eingehen werden, welche zu spät sind oder Mängel in Bezug auf Dokumentation, Begründung oder Vollständigkeit aufweisen werden. Das betrifft insbesondere ältere, noch nicht abgeschlossene Projekte.

Zu den GPK-Beschlüssen:

- Die GPK stellt fest, dass die notwendigen Unterlagen vorliegen. Dieses Abstimmungsergebnis war einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Kreditabrechnungen zur Kenntnis zu nehmen. Auch dieses Abstimmungsergebnis war einstimmig.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Frage an den Gemeinderat: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zu den schriftlichen Unterlagen? Das ist nicht der Fall. Das Eintreten auf dieses Geschäft ist obligatorisch.

Gibt es Voten aus den Fraktionen? Gibt es Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Dann kommen wir zur Abstimmung.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Thörishaus, Köhlerstrasse, Wasserleitungsersatz
- Wabern, Doppelspurausbau Frisingweg – Wabern – Kehrsatz Nord, Leitungserneuerung
- Erschliessung Sensematt-Au
- Schliern, Fuss- und Radweg Schliern-Schlatt
- GEP Untere Gemeinde 2023; Strassenentwässerung

(Abstimmungsergebnis: einstimmig zustimmende Kenntnisnahme)

PAR 2025/85

Einführung SwissGPT in der Gemeindeverwaltung Köniz

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

Die Gemeindeverwaltung Köniz treibt den Einsatz des generativen KI-Systems SwissGPT voran, da mit dieser Schweizer Lösung alle Daten in der Schweiz verbleiben und in Schweizer Rechenzentren unter Einhaltung der Schweizer Datenschutzbestimmungen verarbeitet werden. Seit Herbst 2024 wird in der Gemeindeverwaltung von Köniz ein Pilotbetrieb mit SwissGPT durchgeführt, um die Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit von SwissGPT in einer realen Arbeitsumgebung zu testen. Folgend soll nun die Einführung von SwissGPT in der Gemeindeverwaltung standardmässig eingeführt werden, um die Vorteile von SwissGPT zu nutzen und gleichzeitig die Risiken im Zusammenhang mit der Verarbeitung von sensiblen Daten zu minimieren.

Begriffsklärung

Künstliche Intelligenz

Als künstliche Intelligenz (KI, auch: Artificial Intelligence AI) bezeichnet man Maschinen (Computersysteme), die menschliche Intelligenzprozesse, wie beispielsweise Analysieren und Schlussfolgerungen, ausführen können. KI-Anwendungen sind zum Beispiel Expertensysteme, Verarbeitung natürlicher Sprache (Natural Language Processing, NLP), Spracherkennung und maschinelles Sehen (Machine Vision).

Generative KI-Systeme

Generative KI-Systeme sind Algorithmen (Programmcode), die in der Lage sind, eigenständig neue Inhalte zu erschaffen. Dabei werden in grossem Umfang bestehende Daten verwendet, um Muster und

Strukturen zu erkennen und daraus eigene Ergebnisse (wie Texte, Bilder, Sprache, Musik, Videos) zu generieren.

Algorithmen

Algorithmen sind (komplexe) Regelwerke zur Lösung von Problemen (Programmcode). Sie verarbeiten Eingabedaten mit Hilfe von verschiedenen mathematischen und statistischen Methoden, um auf diesem Weg eine Ausgabe in Form von Daten oder Handlungsvorschriften zu generieren.

GPT

GPT steht für „Generative Pretrained Transformer“. Es bezieht sich auf eine Familie von Künstlichen Intelligenzen, die auf der Transformer-Architektur basieren und durch vorheriges Training mit grossen Mengen an Textdaten vielseitige generative Fähigkeiten entwickelt haben.

Large Language Models

Large Language Models (LLMs) stellen eine Klasse von Modellen für die Verarbeitung natürlicher Sprache (Natural Language Processing, NLP) dar. LLMs werden mithilfe Machine-Learning-Algorithmen auf der Grundlage umfangreicher Datasets trainiert, um die Muster und Strukturen der menschlichen Sprache zu erlernen.

LLM-Dienste

Es gibt verschiedene LLM-Dienste (Large Language Model-Dienste), die von unterschiedlichen Unternehmen und Organisationen bereitgestellt werden. Einige der bekanntesten sind:

- ChatGPT des amerikanischen Unternehmens OpenAI: Eine spezifische Implementierung von GPT, die für Dialoganwendungen optimiert ist. GPT-3 und GPT-4: Allgemeine Sprachmodelle, die für eine Vielzahl von Textgenerierungsaufgaben verwendet werden können.
- Google Bard: Ein von Google entwickeltes Sprachmodell, das ähnliche Fähigkeiten wie GPT-3 bietet.
- Microsoft Azure OpenAI Service: Bietet Zugang zu OpenAI's GPT-Modellen über die Azure-Plattform, integriert mit weiteren Azure-Diensten.

1. Ausgangslage

KI-basierte Sprachmodelle wie beispielsweise ChatGPT ermöglichen die Automatisierung von Aufgaben wie dem Schreiben von Beiträgen, dem Erstellen von Zusammenfassungen, dem Korrigieren von Texten oder dem Beantworten von Fragen. Neben ChatGPT gibt es weitere textverarbeitende KI-Systeme, die in verschiedenen Anwendungsbereichen eingesetzt werden. Beispiele hierfür sind das Übersetzungsprogramm DeepL, das eine hohe Qualität bei der Übersetzung von Texten bietet, oder DALL-E, ein System, das aus Textbeschreibungen Bilder erstellen kann. Diese Technologien haben das Potenzial, die Effizienz und Produktivität in der Verwaltung deutlich zu steigern und neue Möglichkeiten für die Bearbeitung von Informationen zu eröffnen.

Die rasanten Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) haben dazu geführt, dass generative KI-Systeme, welche Inhalte selbstständig erzeugen können, zunehmend von Mitarbeitenden in den Verwaltungsprozessen eingesetzt werden. Auch Mitarbeitende von Kōniz nutzen solche Dienste. Zurzeit bestehen in unserer Gemeinde derzeit keine spezifischen Vorgaben oder Handlungsanweisungen für den Einsatz dieser Technologien. Dieser Umstand birgt Risiken und führt zu Handlungsunsicherheit bei den Mitarbeitenden.

Die Gemeindeverwaltung steht aktuell vor der Herausforderung, die Vorteile von Künstlicher Intelligenz (KI) und Large Language Model (LLM)-Diensten zu nutzen, während sie gleichzeitig die Risiken im Zusammenhang mit der Verarbeitung von sensiblen Daten und der Abhängigkeit von externen Anbietern minimieren muss. Um einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Einsatz von KI-Systemen in der Gemeindeverwaltung zu gewährleisten, wurde in einem ersten Schritt die Weisung 1.3 W 1 (LW 1) "Nutzung der Informatikmittel" mit neuen Regelungen zu KI-Systemen ergänzt. Diese Weisung hält fest, dass Mitarbeitende unter bestimmten Voraussetzungen KI-Systeme nutzen dürfen, jedoch unter der Bedingung, dass keinerlei Personendaten oder andere sensible Informationen in diese Systeme eingegeben werden.

Trotz interner Weisungen, Schulungen und Merkblätter besteht jedoch immer noch ein beträchtliches Risiko, dass Mitarbeitende beim Einsatz von KI-Systemen Fehler machen z.B., dass sensible Daten eingegeben werden oder falsche oder unvollständige Informationen genutzt werden. Dies kann auf verschiedene Faktoren wie Missverständnisse oder Unkenntnis der Vorgaben, die Komplexität der Materie und die fehlende Praxis im Umgang mit generativen KI-Systemen zurückgeführt werden. Solche Fehler können zu Datenschutz- und Sicherheitsvorfällen führen, wenn sensible Daten unsachgemäss behandelt oder offengelegt werden. Der Gemeinderat hat daher in seinem Beschluss vom 19.6.2024 (GRB 2024/307) die Abteilung Informatikzentrum damit beauftragt, dem Gemeinderat zeitnah zusätzlich eine technische Massnahme vorzulegen, welche einen sicheren Einsatz von generativen KI-Systemen umfasst.

2. Durchgeführter Pilotbetrieb mit SwissCPT

Als technische Massnahme wurde im Herbst 2024 ein Pilotbetrieb für die Nutzung von SwissGPT initiiert, um KI-Systeme ordnungsgemäss in Verwaltungsprozesse zu integrieren und Erkenntnisse über die Handhabung zu gewinnen. SwissGPT ist ein LLM-Dienst, der speziell für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung durch das Schweizer Unternehmen AlpineAI AG entwickelt wurde. Basierend auf einer Reihe von Algorithmen und neuronalen Netzen ermöglicht SwissGPT das Verständnis und die Generierung natürlicher Texte.

Um allen Mitarbeitenden die Möglichkeit zu geben, sich über KI zu informieren, wurden Schulungen und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Diese fanden sowohl für die Teilnehmenden des Pilotbetriebs als auch für alle anderen Mitarbeitenden statt. Die Mitarbeitenden der Pilotgruppe erhielten zusätzlich eine spezifische Schulung für die Nutzung von SwissGPT. Im Rahmen des Pilotbetriebs wurde der Zugang über den Web-Browser für die Nutzung von SwissGPT ab September 2024 ermöglicht, und die Teilnehmenden konnten damit ihre Arbeit mit dem LLM-Dienst aufnehmen. Mit wöchentlichen E-Mails wurden sie zudem von der Firma AlpineAI auf die Möglichkeiten und Chancen von SwissGPT mittels beispielhaften Prompts hingewiesen.

Der Pilotbetrieb mit SwissGPT war erfolgreich und hat gezeigt, dass die Lösung eine effektive und sichere Möglichkeit bietet, LLM-Dienste in der Gemeindeverwaltung einzusetzen. Auch die durchgeführte Nutzungsanalyse bestätigte, dass SwissGPT intensiv durch die Mitarbeitenden genutzt wurde und zu Effizienzsteigerungen und Zeitersparnissen führte. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Nutzung von SwissGPT in der Gemeindeverwaltung Köniz wurden zum Abschluss der Pilotphase im Frühling 2025 in einem Abschlussbericht dokumentiert.

Aufgrund der positiven Erfahrungen soll SwissGPT dauerhaft in der Gemeindeverwaltung eingeführt werden. Zu diesem Zweck wurde dem Gemeinderat ein entsprechender Antrag vorgelegt, der auch die Integration des zukünftigen Einsatzes von KI-Systemen in die bestehenden Strategien und Vorgaben der Gemeindeverwaltung Köniz beinhaltet. Ebenso wurden Kriterien festgelegt, welche Mitarbeitenden bevorzugt von den beschränkten Lizenzen Gebrauch machen können.

3. Einführung und Nutzung von SwissGPT

Mit der Einführung sollen die Mitarbeitenden die Möglichkeit erhalten, praktische Erfahrungen im Umgang mit SwissGPT zu sammeln. Diese Erfahrungen bilden die Grundlage, um den Mehrwert in der täglichen Arbeit gezielt zu steigern und eine ausgewogene Balance zwischen Lernen und Effizienzgewinn zu erreichen.

Das Ziel des Einsatzes von SwissGPT ist es die Effizienz und die Produktivität der Verwaltung weiter zu verbessern.

Folgende Teilziele sollen erreicht werden:

- Teilziel 1: SwissGPT erfolgreich in der Gemeindeverwaltung einführen und sicherzustellen, dass die Lösung den Anforderungen und Bedürfnissen der Gemeindeverwaltung entspricht.

- Teilziel 2: Mitarbeitenden auf die Nutzung von SwissGPT zu schulen, damit sie den Umgang mit KI-Technologien lernen, die Lösung effektiv und sicher nutzen und ihre Produktivität steigern können.
- Teilziel 3: SwissGPT in die Betriebsabläufe der Gemeindeverwaltung integrieren und dokumentieren, um eine effektive Nutzung und nachhaltige Produktionssteigerung mittels SwissGPT zu gewährleisten.

4. Erklärungen zu SwissGPT

SwissGPT ist ein KI-basiertes System, das die Gemeindeverwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen soll. Im Folgenden werden einzelne Punkte zu SwissGPT kurz beschrieben.

4.1 Vertraulichkeit und Datensicherheit bei der Nutzung von SwissGPT

SwissGPT verarbeitet personenbezogene Daten wie Namen und E-Mail-Adressen von Mitarbeitenden sowie die Eingaben (Prompts), die von den Mitarbeitenden gemacht werden. Die Prompts können personenbezogene Daten enthalten. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass diese Daten nicht an öffentliche Large Language Model (LLM)-Dienste weitergegeben werden. Stattdessen werden sie intern von SwissGPT verarbeitet, um die gewünschten Ergebnisse zu liefern. Alle Nutzerdaten der Mitarbeitenden werden verschlüsselt gespeichert und übertragen, um eine hohe Datensicherheit zu gewährleisten. Der Zugriff auf die Daten ist streng reglementiert. Jeder Mitarbeitende von Köniz hat nur Zugriff auf seine eigenen Daten und Anfragen, nicht auf die Daten und Anfragen anderer Mitarbeitenden. Dies gilt auch für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten.

Werden Chats durch den Mitarbeitenden gelöscht, so verbleiben die Daten für eine kurze Zeit im System und werden dann unwiederbringlich gelöscht, um die Privatsphäre der Nutzer zu schützen und die Vertraulichkeit der Daten zu gewährleisten.

Alle Eingaben sowie Antworten werden ausschliesslich in zwei sich in der Schweiz befindenden Rechenzentren, nämlich Green Datacenter AG und RIZ AG, verarbeitet und nur so lange gespeichert, wie es für die Verarbeitung und Bereitstellung der Dienste erforderlich ist. Anschliessend werden die Daten unwiderruflich gelöscht. Die Könizer Daten werden nicht zum Training von SwissGPT oder anderen KI-Modellen verwendet.

Die Gemeinde schliesst mit AlpineAI AG, als Lieferant des LLM-Dienstes SwissGPT, für den Betrieb eine Datenschutzvereinbarung ab. Diese Vereinbarung definiert klare Verantwortlichkeiten und Pflichten beider Parteien in Bezug auf den Schutz und die Sicherheit der Daten.

4.2 Partnerschaften und Entwicklung von Swiss GPT

AlpineAI wurde im August 2023 gegründet und arbeitet eng mit führenden Schweizer Forschungsinstitutionen wie der ETH Zürich, der EPFL und der Universität Zürich zusammen. Diese Kooperationen sollen dazu beitragen, die technologische Souveränität der Schweiz im Bereich der Künstlichen Intelligenz zu stärken.

Die ETH Zürich hat angekündigt, dass im Spätsommer 2025 ein selbstentwickeltes Sprachmodell auf Open-Source-Basis veröffentlicht wird. Entwickelt wird es gemeinsam von der Hochschule und dem Schweizer Supercomputer-Zentrum CSCS. Das ETH/CSCS-Sprachmodell bietet SwissGPT eine Chance, von einem vertrauenswürdigen, leistungsfähigen Schweizer Modell zu profitieren und gleichzeitig Services, Support und Schnittstellen bereitzustellen, die Kunden benötigen. Es stärkt Schweizer AI-Souveränität und kann SwissGPT ermöglichen, sich unabhängiger von US-Modellen zu machen, sofern die Leistungsfähigkeit des ETH-Modells konkurrenzfähig ist.

Der Bund hat kürzlich im Rahmen der Strategie «Digitale Schweiz» ebenfalls die Einführung von SwissGPT als konkrete Massnahme für das 4Q 2025 aufgenommen, um eine heimische, datenschutzkonforme Alternative zu US- und chinesischen LLM-Angeboten zu etablieren. Aktuell befindet sich die Massnahme in der Umsetzungsphase (Pilotierung). Die Federführung liegt beim BAKOM (im UVEK), gemeinsam mit weiteren Departementen; der Zeitplan ist in den digital.swiss Aktionsplänen dokumentiert¹.

¹ <https://digital.swiss/de/aktionsplan/massnahme/einfuehrung-von-swissgpt>

4.3 SwssGPT als “ready-to-use”-Lösung

Die Lösung SwissGPT ist ein innovatives Produkt, für das es auf dem Schweizer Markt keine vergleichbaren Angebote gibt. SwissGPT ist die einzige sofort einsatzbereite Lösung auf dem Markt, die speziell für Verwaltungen in der Schweiz entwickelt wurde – ohne dass Systemintegration oder Eigenentwicklungen erforderlich sind. Im Gegensatz zu Plattformlösungen wie SecureGPT, Shiel-dGPT oder Private AI, die primär als technische Frameworks für individuelle Anwendungen konzipiert sind, bietet SwissGPT eine benutzerfreundliche Komplettlösung, die unmittelbar genutzt werden kann. SwissGPT ist gezielt auf hochregulierte Bereiche wie die öffentliche Verwaltung und das Gesundheitswesen ausgerichtet, erfüllt die Vorgaben des Datenschutzgesetzes des Kantons Bern (KDSG) sowie der zugehörigen Verordnung (KDSV) und verarbeitet sämtliche Daten ausschliesslich in Rechenzentren innerhalb der Schweiz. Dadurch ermöglicht SwissGPT eine sichere, transparente und kalkulierbare Nutzung von generativer KI – unabhängig von internationalen Cloud-Diensten. In dieser Kombination aus Datenschutz, sofortiger Einsatzbereitschaft und Schweizer Hosting nimmt SwissGPT aktuell eine Alleinstellung im Schweizer Verwaltungsumfeld ein.

5. Rahmenbedingungen

5.1 Rechtliche Grundlagen

Die Einführung von SwissGPT in der Gemeindeverwaltung muss den datenschutzrechtlichen Vorgaben des Kantons Bern entsprechen, insbesondere dem kantonalen Datenschutzgesetz (KDSG) und der dazugehörigen Verordnung (KDSV). Bei der Nutzung von Cloud-Diensten wie SwissGPT sind höhere Anforderungen an die Datensicherheit, den Datenzugriff sowie an den Standort der Datenhaltung zu erfüllen.

5.2 Abgrenzung

Das vorliegende Geschäft wird inhaltlich mit anderen "Cloud"-Geschäften, insbesondere mit der Initialisierung zur Einführung von Microsoft 365 (M365), abgestimmt. Ziel ist es, einheitliche Regeln für alle Cloud-Dienste festzulegen. Im Rahmen dieses Prozesses werden grundlegende Arbeiten wie die Datenklassifizierung und die Entwicklung einer Cloud-Strategie durchgeführt, die auch für das Projekt zur Einführung von SwissGPT relevant sind und eine kohärente und sichere Nutzung von Cloud-Diensten in der Gemeindeverwaltung gewährleisten sollen.

5.3 Informatik Strategie Kōniz

In der Informatik-Strategie ist das strategische Feld "Innovation und Digitalisierung" festgelegt. Dieses beinhaltet das Ziel, dass die Informatik proaktiv die digitale Transformation der Gemeindeverwaltung unterstützt, damit diese digital handeln, informieren und kommunizieren kann. Folgende strategische Stossrichtung ist dabei festgehalten:

"S1 - Der Einsatz neuer IT-Technologien wie z. B. automatisierte Wissensarbeit, Internet der Dinge und Cloud-Technologien werden gefördert. Synergien und Kooperationen werden angestrebt, um einen Mehrwert für die Gemeindeverwaltungen zu erzeugen".

6. Finanzen

Die Nutzungskosten von SwissGPT sind im Vergleich zu grossen internationalen Anbietern tendenziell höher, da SwissGPT auf lokale Datenhaltung, hohe Datenschutzstandards und eine spezifische Anpassung an die Schweizer Sprachräume setzt. Diese Faktoren führen zu höheren Betriebs- und Entwicklungskosten, bieten jedoch gleichzeitig einen entscheidenden Mehrwert in Form von Datenhoheit, Rechtssicherheit und Sprachgenauigkeit.

Beschreibung	Jährliche Kosten
Lizenzierung ab 2026 mit einem geschätzten Mengengerüst von 150 Lizenzen	CHF 120'000.00

Dem Parlament wird beantragt, einen Kredit von jährlich wiederkehrend CHF 120'000 zu beschliessen.

Die Zuständigkeit des Parlaments ergibt sich aus Artikel 48 Buchstabe b der Gemeindeordnung, wonach das Parlament jährlich wiederkehrende Ausgaben über CHF 60'000 bis CHF 1 Mio. beschliesst.

Um den rasanten Fortschritten im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) Rechnung zu tragen, wird der Vertrag mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr abgeschlossen und kann danach jeweils mit einer Frist von drei Monaten auf das Ende der Vertragsperiode gekündigt werden.

7. Marktentwicklung KI-Systeme

Der Markt für Künstliche Intelligenz (KI) und grosse Sprachmodelle (LLMs) entwickelt sich sehr dynamisch. Immer mehr Firmen bringen neue, oft auch kostengünstigere Lösungen auf den Markt, wodurch das Angebot immer breiter wird. Viele bestehende Software-Anwendungen erhalten nach und nach KI-Funktionen, die die Arbeit von Mitarbeitenden erleichtern, aber auch ihre Aufgaben verändern können. Das Nutzerverhalten wandelt sich dadurch, weil viele sich daran gewöhnen, solche Systeme im Alltag zu verwenden. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Sicherheit, Datenschutz und den sorgfältigen Umgang mit sensiblen Daten. Für Gemeinden bedeutet das einerseits Chancen für effizientere Abläufe und bessere Services für die Bevölkerung, andererseits müssen mögliche Risiken gut geprüft werden. Die Kosten können je nach Lösung stark variieren, weshalb eine sorgfältige Auswahl und laufende Bewertung wichtig ist.

8. Folgen bei Ablehnung

Die Gemeindeverwaltung muss sich heute mit KI-Systemen befassen und diese gezielt einführen, um die Arbeit effizienter und moderner zu gestalten. KI kann Mitarbeitende bei Routineaufgaben entlasten, die Bearbeitung von Anfragen beschleunigen und den Bürgerservice verbessern. Wenn keine passenden Lösungen angeboten werden, riskiert die Gemeindeverwaltung, dass Mitarbeitende eigenständig unsichere oder ungeprüfte KI-Dienste nutzen, was zu Datenschutzproblemen und fehlerhaften Ergebnissen führen kann.

Mit der Ablehnung des Antrags zur Einführung von SwissGPT könnte eine geeignete KI-Lösung in der Gemeindeverwaltung nicht eingeführt werden. Aus strategischer Sicht könnte dies zu einer Verzögerung bei der Umsetzung der strategischen Ziele der Gemeinde führen, da die Einführung von KI-Lösungen ein wichtiger Schritt ist, um die Gemeinde auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Bei einer Ablehnung besteht die Gefahr, dass die Mitarbeitenden auf frei verfügbare KI-Dienste ausweichen und dabei die Datenschutzregeln für sensible und personenbezogene Daten verletzen.

Aus Sicht der Mitarbeitenden könnte eine Ablehnung des Antrags zu einer Verzögerung bei der Anpassung an neue Technologien und einer geringeren Zufriedenheit der Mitarbeitenden führen. Die Einführung von SwissGPT ist ein wichtiger Schritt, um die Mitarbeitenden auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten und sie aktiv in der Nutzung der neuen Technologie zu begleiten. Eine gezielte Einführung schafft klare Regeln, schützt sensible und personenbezogene Daten und stellt sicher, dass neue Technologien verantwortungsvoll und sinnvoll eingesetzt werden.

Die Gemeindeverwaltung Köniz soll auch weiterhin als moderne und attraktive Arbeitgeberin gelten, die moderne Arbeitsinstrumente verantwortungsvoll nutzt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für Lizenz- und Betriebskosten für SwissGPT wird ein Kredit von jährlich wiederkehrend CHF 120'000 zu Lasten Konto 5700.3153.70 "Unterhalt und Service IT-Arbeitsplatz Infrastruktur" bewilligt.

Köniz, 24.04.2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zum Traktandum betr. die Einführung von SwissGPT in der Gemeindeverwaltung. Das ist ein Kredit, zuständig ist die Direktion Umwelt und Betriebe. Auch hier bilden die Sitzungsakten der Bericht und der Antrag des Gemeinderates. Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst kommt die GPK-Referentin, dann die Fraktionen, die Einzelvoten, der Gemeinderat und dann die Abstimmung.

GPK-Referentin, Sandra Röthlisberger, GLP: Ich danke im Namen der GPK für die Beantwortung unserer vielen Fragen. Die Beurteilung dieses Geschäfts hat die GPK mit natürlicher Schwarmintelligenz durchgeführt.

- Was ist die Ausgangslage? Die generative künstliche Intelligenz ist ein Megatrend, welcher aktuell in alle Lebensbereiche vordringt und unsere Arbeitsweisen verändern wird. Die Entwicklung ist hochdynamisch und rasant. Das IZ Köniz hat sich dem Thema angenommen.
- Was ist die Herausforderung? Mitarbeitende der Verwaltung nutzen bereits heute die generative KI. Es fehlen jedoch technische Möglichkeiten, um sensible Daten sicher zu verarbeiten. Interne Weisungen verbieten die Eingabe von Personendaten in den öffentlichen LLM-Dienst. Es besteht aber ein Fehlrisk und Handlungsunsicherheit. Seit Herbst letzten Jahres hat das IZ einen Pilotbetrieb mit SwissGPT des Anbieters Alpine IA AG durchgeführt und die Nutzenden geschult. Es wurde ein Abschlussbericht erstellt, die GPK hat Einsicht darin erhalten. Der Pilotbetrieb wurde positiv bewertet. Es besteht seitens Mitarbeitenden Bedarf, eine solche Softwarelösung zu nutzen. Der Gemeinderat beantragt jetzt dem Parlament einen Kredit zur Einführung von SwissGPT mit 150 Lizenzen und einem Lizenzpreis von jährlich wiederkehrend CHF 120'000. Die Vertragslaufzeit beträgt mindestens ein Jahr, die Kündigungsfrist drei Monate. Bis jetzt sind Kosten von rund CHF 85'000 für die Projektentwicklung angefallen.
- Was ist SwissGPT? Das ist ein Schweizer LLM-Dienst, also Sprachverarbeitung speziell für Verwaltungen zugeschnitten und mit dem Datenschutzgesetz konform. Die Verarbeitung erfolgt ausschliesslich in den Schweizer Rechenzentren, es werden keine Könizer Daten zum Modelltraining verwendet. Das heisst, dass Nutzer:innen der SwissGPT auch Personendaten werden verarbeiten können. Beispielsweise können Sozialdienste Unterlagen zusammenfassen lassen, welche Personendaten enthalten und so ihre Arbeit effizienter machen. Diese 150 Lizenzen werden über die gesamte Verwaltung personenzugangsbezogen eingesetzt. Welche Mitarbeitende den Zugang erhalten, ist von der Funktion und vom Nutzen abhängig. Im Projektauftrag, auch diesen durften wir von der GPK einsehen, ist ein schlüssiger Kriterienraster aufgeführt. Nutzer:innen werden intern geschult, damit dieses Instrument auch zielführend angewendet wird. Neue Anwendungen werden laufend präsentiert. Auch jene Mitarbeitende, welche keine Lizenzen erhalten, dürfen weiterhin andere KI-Tools, wie ChatGPT nutzen, natürlich aber nur, wenn sie keine schützenswerten Personendaten verwenden. Die Sensibilisierung der Mitarbeitenden ist dem Gemeinderat sehr wichtig. Das IZ hat bereits eine Info-Veranstaltung zu den Vorteilen und Risiken der KI durchgeführt und wird dies auch zukünftig so machen.
- Was sind die Chancen und der Nutzen? Effizienz- und Produktivitätssteigerung, Entlastung primär bei Routine-Aufgaben, wie zum Beispiel Textverarbeitung und in der Verarbeitung von grossen Zahlenmengen. Wir denken hier an das Budget. Das führt zu besseren Services für die Bevölkerung und das unter Einhaltung der Datenschutzrichtlinien.

Die Risiken und Folgen der Ablehnung sind, dass Mitarbeitende auf unsichere öffentliche Dienste ausweichen und damit auch Datenschutzverletzungen entstehen. Weiter würde die digitale Transformation verzögert und man würde den Anschluss verpassen.

Fazit: Der Gemeinderat und die versierten Fachleute des IZ sind bei diesem hochdynamischen Themenfeld proaktiv unterwegs. Dank der jährlichen Kündbarkeit bestehen weiterhin Handlungsspielräume, wenn zum Beispiel andere Datenschutzkonforme LLM-Dienste plötzlich besser oder günstiger würden. Ich komme zum Beschluss:

- Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.
- Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.
- Die GPK hat das Thema SwissGPT als Querschnitts-Thema für die Verwaltungsbesuche der GPK für die nächste Legislatur bereits vorgemerkt. Dies ebenfalls einstimmig.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Sladjan Petrovic, Die Mitte: Wir von der EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmen dem Antrag einstimmig zu. Der Gemeinderat hat verschiedene Optionen geprüft und die

ausgewählte Lösung legt den Fokus klar auf Sicherheit und Datenschutz, zwei zentrale Kriterien für den Einsatz von KI-Systemen in einer öffentlichen Verwaltung.

Der Pilotbetrieb war erfolgreich und hat auch gezeigt, dass SwissGPT die Arbeit in der Verwaltung spürbar erleichtern und Prozesse effizient gestalten kann. Sehr positiv ist, dass alle Daten in der Schweiz bleiben und das unter Einhaltung des kantonalen Datenschutzgesetzes. Damit wird die Datensouveränität der Gemeinde gewahrt. Ein wesentlicher Vorteil gegenüber günstigeren internationalen Angeboten. Die Kündbarkeit des Vertrages nach einem Jahr resp. in Anschluss nach drei Monaten ist ein weiterer Pluspunkt. Sie bietet der Gemeinde die nötige Flexibilität, um rasch auf technologische Entwicklungen und Marktveränderungen reagieren zu können.

Finanziell bedeutet der vorgeschlagene Kredit von CHF 120'000 pro Jahr bei 150 Lizenzen Kosten von rund CHF 66 pro User und Monat. Im Vergleich: Microsoft Copilot-Lizenz kostet etwa CHF 26 pro User und Monat, Perplexity AI \$ 40 pro User und Monat. Somit: SwissGPT bewegt sich also im oberen, aber aus unserer Sicht vertretbaren, Rahmen, insbesondere aufgrund der hohen Datenschutzstandards und der Datenhaltung ausschliesslich in der Schweiz.

Wichtig ist - und da werden wir von der Fraktion genau hinschauen - dass sich diese Investition auch in Form von Effizienzgewinn bemerkbar macht. In beschleunigten Abläufen, reduzierten Aufwände oder insgesamt effizienteren Vor- und Bearbeitung von Geschäften. Das wirkt dem Fachkräftemangel und den Schwierigkeiten, Personal zu finden, entgegen. Wir erwarten, dass diese Effizienzen spätestens im Budget 2027 denn auch sichtbar werden.

Mit der Einführung von SwissGPT sammelt die Gemeinde wertvolle praktische Erfahrungen im Umgang mit künstlicher Intelligenz. Wir stehen ganz am Anfang dieser Entwicklung, dieser Technologie, und diese wird, meiner Ansicht nach, ganz ähnlich tiefgreifend sein, wie die industrielle Revolution oder die Web-Ära. So wie damals neue Technologien die Art und Weise verändert haben, wie wir gearbeitet, kommuniziert und produziert haben, wird auch die KI die Verwaltung grundlegend prägen. Es geht jetzt darum, Wissen aufzubauen, Kompetenzen zu entwickeln und frühzeitig zu lernen, wie diese Technologien verantwortungsvoll, effizient und bürgernah eingesetzt werden kann.

Nach der Einführung hoffen wir auch, dass geprüft wird, ob allenfalls das Parlament, zum Beispiel für die Kommissionsarbeit, die Protokollführung oder Textentwürfe, einen datenschutzkonformen Zugang zu SwissGPT erhalten kann. Dadurch können wir bei den legislativen Prozessen aufgrund der gemeinsamen Datenbasis von der digitalen Intelligenz der Verwaltung profitieren.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Ich halte fest, Ronald Sonderegger ist eingetroffen. Es sind jetzt 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard, FDP: Vielen Dank der Direktion Umwelt und Betriebe für die informativen und gut aufbereiteten Unterlagen zum Antrag. Die Nutzung von künstlicher Intelligenz KI ist in der Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken. Eine Zusammenarbeit von Mensch und Maschine auf hohem Niveau.

Die vielen technischen Begriffe der künstlichen Intelligenz, GPT, LLM, LLM-Dienst, werden in den Unterlagen erklärt. Die Mitarbeitenden von Köniz, zumindest jene, welche zu den 150 Lizenznutzenden gehören, werden durch diese KI in Routineaufgaben entlastet. Die Bearbeitung und Beantwortung von Anfragen kann effizienter erfolgen. Der Bürgerservice wird dadurch verbessert. In Köniz ist die Wahl, wie wir es bereits gehört haben, auf das generative KI-System SwissGPT gefallen. Ein Schweizer Unternehmen aus Davos, das ist sicherlich der Wettbewerbsvorteil schlechthin. Fern vom amerikanischen Cloud-Act.

Seit Herbst 2024 wurde in Köniz ein Pilotbetrieb durchgeführt, um sowohl Leistungsfähigkeit als auch Wirksamkeit von SwissGPT für die Gemeindeverwaltung auf Herz und Nieren zu prüfen. Die pilotierenden Mitarbeiter sind vom Produkt überzeugt. Für alle Mitarbeitende ist ebenfalls eine Schulung und Informationsveranstaltung durchgeführt worden. Der Pilotbetrieb mit SwissGPT war erfolgreich. Eine effektive und sichere Möglichkeit, LLM-Dienste in der Gemeindeverwaltung einzusetzen. Der Datenschutz ist ebenfalls gewährt.

Unter Punkt 4 wird auch der Vertraulichkeit und der Datensicherheit bei der Nutzung von SwissGPT Rechnung getragen. Nichtsdestotrotz sollte die Marktlage laufend geprüft werden. Für die jährlich wiederkehrenden CHF 120'000, werden demnach Abläufe verbessert, allenfalls auf lange Sicht sogar Personalkosten eingespart, da Routinearbeiten durch die künstliche Intelligenz übernommen werden. Das ist genau der springende Punkt, denn alles, was man hier gesagt hat, ist wohlgefallig und vielversprechend und dennoch wird eine Mehrheit der FDP, die Liberalen, den Antrag ablehnen müssen. Und zwar aus diesem Grund, weil die Kostenersparnis in der Verwaltung mit diesem Tool nicht aufgeführt worden

ist. Die Verwaltung soll effizienter werden und dieses Vorhaben auch kalkulieren. Sofern diese Wertschöpfung noch kommuniziert werden kann, könnte die Fraktion dem Antrag gesamthaft zustimmen.

Fraktionssprecher SP/JUSO, Urs Mumenthaler, SP Männer: Die SP/JUSO-Fraktion hat sich mit dem Antrag zur Einführung von SwissGPT in der Gemeindeverwaltung auseinandergesetzt.

1. Wir haben hier die Kosten und die Wirtschaftlichkeit angeschaut: Wir finden, SwissGPT ist aktuell eine kostenintensive Lösung. Die Lizenzkosten von 100 Franken pro Stelle im Jahr sind hoch und stellen für uns einen kritischen Punkt dar. Wir erhoffen, dass sich diese Kosten durch eine breitere Nutzung in der Schweiz künftig reduzieren werden. Gleichzeitig ist es unsere klare Forderung, dass die Gemeinde die Kostenentwicklung transparent überwacht und regelmässig überprüft.
2. Nutzen und Effizienz: Trotz der hohen Kosten sehen wir den Mehrwert: SwissGPT kann durch gut geschultes Personal die Arbeitsprozesse in der Verwaltung effizienter gestalten, Zeit sparen und Ressourcen schonen. Dies führt langfristig zu Kosteneinsparungen, wie auch im Antrag und auf der Website von SwissGPT erwähnt wird.
3. Offenheit für Alternativen: Die KI-Welt entwickelt sich rasant. Deshalb ist es für uns zentral, dass die Gemeinde flexibel bleibt und bei Bedarf andere Anbieter prüft, um Lizenzkosten zu senken und technologische Vorteile anderer Anbieter zu nutzen.
4. Datenschutz und Sicherheit: Ein entscheidender Vorteil von SwissGPT ist der Datenerhalt in der Schweiz. Die Verarbeitung und Speicherung der Daten erfolgt gemäss den Datenschutzvorgaben des Kantons Bern. Damit wird sichergestellt, dass die sensiblen Daten der Gemeinde Köniz geschützt sind.

Fazit: Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Antrag einstimmig zustimmen. Wir sehen die Einführung von SwissGPT als Chance für eine moderne, effiziente Verwaltung. Gleichzeitig erwarten wir eine konsequente Kontrolle, Transparenz und die Bereitschaft, bei Bedarf auf Neuerungen einzugehen.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser, SVP: Dieses Votum darf ich anstelle von Corina Burren halten, welche leider verhindert ist. Wir danken für die ausführlichen Unterlagen.

Dieser Kreditantrag ist in unserer Fraktion unbestritten. SwissGPT soll effizienzsteigernd wirken, deshalb auch unser kurzes Votum dazu. Wir stimmen der Einführung von SwissGPT einstimmig zu, heute leider nur mit drei Stimmen, wir sind also nicht so aussagekräftig.

Schon heute werden KI-Instrumente, vor allem solche Chats bereits im Daily-Business ziemlich gut und viel genutzt. Jedoch ist die Nutzung durch die Mitarbeiter der Verwaltung von solchen Instrumenten, von ungeprüften KI-Diensten, nicht ganz unproblematisch. Mit SwissGPT haben wir eine gute Alternative.

Ein KI-Dienst, welcher das Rechenzentrum in der Schweiz hat und speziell für die Verwaltung konzipiert und entwickelt wurde, das kommt gelegen und das passt. Das ist ein Swissness-Produkt und dem kann man trauen.

Auch wenn wir SwissGPT momentan als einzige Lösung sehen oder diese auch auf dem Markt die einzige Lösung ist, welche von heute auf morgen eingesetzt werden kann, ist es sicherlich das richtige Tool. Zudem erfüllt SwissGPT die kantonalen Datenschutzrichtlinien und wurde im Pilotprojekt in der Verwaltung bereits getestet. Daher ist es sicherlich sinnvoll, dieses SwissGPT-Instrument einzuführen und darin zu investieren.

Natürlich erhoffen wir uns durch den Einsatz von Swiss-GPT auch eine gewisse Effizienzsteigerung und Optimierung der Stellenprozente. Es wurde bereits genannt, die Investition von CHF 120'000 ist sicherlich hoch und das muss irgendeine Produktivitäts- oder Effizienzsteigerung mit sich ziehen und schlussendlich ist ja das Ziel, dass wir irgendwie diese CHF 120'000 durch ein solches Tool einsparen können. KI kann praktisch sein, aber es braucht natürlich auch bei allem ein gesundes Mass. Wir appellieren auch hier auf den Einsatz von NI – natürlicher Intelligenz – und gesundem Menschenverstand.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Lukas Erni, Grüne: Mit der Einführung von Chat-GPT steht Köniz an einem sehr spannenden Punkt in der digitalen Entwicklung. Ich begrüsse diesen Schritt ausdrücklich, nicht zuletzt, weil SwissGPT eine gute und vor allem Schweizer Lösung ist. Eine Lösung, bei welcher die Daten in der Schweiz bleiben und unseren Datenschutzstandards gerecht werden. Das ist keine Selbstverständlichkeit und das ist sehr wichtig für eine digitale Souveränität.

Gleichzeitig gilt: Künstliche Intelligenz ist nur so schlau, wie wir sie nutzen. Auch SwissGPT kann Müll erzählen. Darum begrüssen wir es auch, dass die Mitarbeitenden geschult und sensibilisiert werden. Dass sie die Resultate von KI nicht einfach übernehmen, sondern dass sie diese kritisch prüfen und hinterfragen. KI soll uns unterstützen, auch die Verwaltung, aber sie darf nie Entscheide fällen. Diese sollen immer bei den Menschen liegen.

Die geplanten Vertragsgestaltungen sind aus unserer Sicht ebenfalls sinnvoll, denn sie erlauben der Gemeinde flexibel zu bleiben. Diese Technologien entwickeln sich sehr rasant und wenn sich die Rahmenbedingungen ändern und vielleicht eine bessere oder andere Lösung auf den Markt kommt, dann wollen wir natürlich auch gerne, dass man sich dort entsprechend anpassen kann. Das ist aus unserer Sicht mit der kurzen Laufzeit ein Vorteil und schützt uns de facto von sehr teuren Abhängigkeiten in einem Umfeld, welches sich extrem schnell entwickelt.

Alles in Allem ist SwissGPT eine sinnvolle, verantwortungsvolle und auch sehr vorausschauende Investition in die digitale Kompetenz unserer Verwaltung. Wir sind sehr auf die Erfahrungen gespannt, welche Köniz sammeln wird und wir hoffen doch, dass die gewonnenen Erkenntnisse langfristig auch für andere Bereiche genutzt werden können. Und wir sind sehr technologieoffen und darum unterstützen wir diesen Kreditantrag.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Vielen Dank für die gute Aufnahme und für das viele Lob, das ich hier für diese Unterlagen erhalten habe. Es ist auch für mich ein sehr spannendes Projekt und ganz allgemein, die rasante Entwicklung dieser KI, das kam etwa vor zwei Jahren das erste Mal auf, als ChatGPT freigeschaltet wurde. Seither ist eine rasante Entwicklung in Gang gekommen. Und noch weiss niemand, wohin uns diese künstliche Intelligenz führen wird. Aber eines ist sicher, eine Abwehr- und Verweigerungshaltung wäre aus meiner Sicht der falsche Weg.

Zu euren Voten: Sandra, danke nochmals für die gute Zusammenfassung, wie gewohnt. Und ja, ich habe zur Kenntnis genommen, dass dies bei den nächsten Verwaltungsbesuchen ein Querschnittsthema sein wird, das wird mich dann nicht mehr betreffen.

Zu Sladjan, du hast Effizienzgewinn angesprochen, das haben fast alle von euch, welche jetzt gesprochen haben, gesagt, diese müsse irgendwie eingefordert werden können. Ja, ich weiss, aber das ist schwierig, einen solchen Effizienzgewinn wirklich einzufordern. Eine Massnahme haben wir, das habt ihr hier beschlossen, diese 41-Stunden-Woche. Ich denke, das ist eine Massnahme, mit welcher man das sichtbar machen kann. Aber dieses Tool, wenn es richtig genutzt wird, wenn die Mitarbeitenden wissen, wie damit umzugehen, dann wird dies sicher auch dazu führen, dass Kapazitäten frei werden und andere Aufgaben damit auch noch angegangen werden können.

Ein Punkt kann ich hier vielleicht noch erwähnen, bei welchem wir dies bereits demonstriert haben: Wir haben die Fragen von Sandra einige Stunden vor ihrem Verwaltungsbesuch erhalten. Knifflige Fragen, noch angereichert mit jenen Fragen von Janka. Und etwa zwei Stunden, nachdem diese eingegangen sind, hatte Pascal Wenger diese schon ziemlich sauber beantwortet und ihr ahnt es, er konnte dies dank SwissGPT so schnell liefern.

Dann, Sladjan, du hast noch gesagt, wegen der Protokollführung. Es ist richtig, SwissGPT bietet ein solches Modul an. Das ist jetzt noch nicht das Standardmodul, welches wir anschaffen, aber es gibt ein solches Modul, welches Protokoll führen kann, welches Sitzungen zusammenfassen und welches sogar nach den Sitzungen eine To-Do-Liste erstellen kann. Es versteht scheinbar auch schweizerdeutsch und das wäre durchaus auch eine Möglichkeit, die Parlamentssitzung zu protokollieren. Aber wie gesagt, die Entwicklung ist in diesem Bereich rasant und da muss man schauen, welches der richtige Weg für diese Tools ist.

Heidi Eberhard hat gesagt, man müsse die Marktlage laufend prüfen. Das ist so, das machen wir. Es gibt jetzt bei allen grossen Softwares, welche wir im Einsatz haben, wie zum Beispiel Abacus, wie OneGov GEVER für die Geschäftsverwaltung oder M365, über welches wir auch bereits hier drin gesprochen haben, diese haben alle ihre künstlichen Intelligenzen eingebaut oder werden das einbauen. Und da prüfen wir fortlaufend, ob es noch richtig ist, mit SwissGPT weiterzufahren oder müsste man auf eine andere KI umstellen, welches ein solches Produkt anbietet. Aber es ist im Moment einfach nicht absehbar, wohin das geht und darum haben wir uns auch diese jährliche Kündigungsfrist ausbedungen. Dann noch zu Florian Moser, alias Corina: Ich denke, du hast etwas ganz wichtiges gesagt, das gesunde Mass. Und du hast den Begriff MI – menschliche Intelligenz – gebracht und das ist natürlich aus meiner Sicht ganz wichtig, denn das braucht weniger oder eigentlich gar keinen Strom, die menschliche Intelligenz und ohne diese sollte man auch die künstliche Intelligenz nicht gebrauchen und das dünkt mich entscheidend, dass wir unsere eigene Intelligenz immer nutzen, schon nur, um das, was KI sagt, zu überprüfen. Denn ja, es ist so, ich habe dies auch bereits erlebt, manchmal erzählt sie auch einfach Schwachsinn.

Und eben, Entscheidungen sollte sie auch nicht treffen, auch hier ist die menschliche Intelligenz gefragt und wie dies Lukas Erni gesagt hat, ich bin auf die Erfahrungen gespannt, welche wir hier machen werden, wohin der Weg geht. Ich werde dann aus etwas grösserer Distanz sehr gespannt verfolgen, wie sich die Gemeindeverwaltung Köniz mit diesem Tool weiterentwickeln wird.

Beschluss

Für Lizenz- und Betriebskosten für SwissGPT wird ein Kredit von jährlich wiederkehrend CHF 120'000 zu Lasten Konto 5700.3153.70 "Unterhalt und Service IT-Arbeitsplatz Infrastruktur" bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen)

PAR 2025/86

Bilateraler Leistungsvertrag VKSK 2026-2027

Kredit; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Seit 2016 wird der Verein Kulturhof Schloss Köniz einerseits über den tripartiten Leistungsvertrag von der Gemeinde Köniz, dem Kanton Bern und der Regionalkonferenz Bern-Mittelland sowie über einen zusätzlichen bilateralen Leistungsvertrag von der Gemeinde Köniz unterstützt. Während der tripartite Leistungsvertrag die kulturellen Veranstaltungen regelt, die den Kriterien der kantonalen Kulturförderung nach KKFG entsprechen, werden mit dem bilateralen Leistungsvertrag die niederschwelligen sozio-kulturellen Aktivitäten abgegolten.

Im November 2023 hat das Parlament den bilateralen Leistungsvertrag für die Jahre 2024-2025 genehmigt. Wegen den laufenden Prozess Gründung Stiftung Schloss Köniz und den damit einhergehenden Unsicherheiten wurde der bilaterale Leistungsvertrag nur auf die Dauer von zwei statt der üblichen vier Jahren abgeschlossen. Mittlerweile ist die Stiftung Schloss Köniz gegründet und im Frühling 2025 begannen die Gespräche über den nachfolgenden bilateralen Leistungsvertrag für die Jahre 2026-2027. Dieser wird wieder auf zwei Jahre begrenzt mit dem Ziel, die beiden Leistungsverträge (tripartit und bilateral) ab 2028 wieder mit den gleichen Laufzeiten abzuschliessen.

Die Verhandlungen zwischen dem Kanton Bern, der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und den Standortgemeinden für die tripartiten Leistungsverträge 2028 – 2031 haben bereits begonnen, die Verträge werden dem Parlament im 4. Quartal 2026 vorgelegt. Die Verhandlungen über den bilateralen Leistungsvertrag 2028-2031 werden im 2027 stattfinden, der Vertrag wird dem Parlament im 4. Quartal 2027 vorgelegt.

2. Der bilaterale Leistungsvertrag 2026 - 2027

Der bilaterale Leistungsvertrag regelt die Aktivitäten des Vereins Kulturhof Schloss Köniz im soziokulturellen Bereich. Ziel ist es, die Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten der Bevölkerung von Köniz zu fördern. Dafür sucht der Verein aktiv die Kooperationen mit anderen Kulturinstitutionen insbesondere aus der Gemeinde Köniz. Die soziokulturellen Angebote sollen sich in gleichen Teilen an die Altersgruppen Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior:innen richten. Der Leistungsvertrag beziffert auch die Anzahl Veranstaltungen und die Mindestanzahl Besuchenden dieser soziokulturellen Veranstaltungen pro Jahr. Zudem beinhaltet der Leistungsvertrag wichtige Vorhaben des Vereins und Vorgaben zur Geschäftsführung in den Bereichen Personalführung, Richtgagen, Gleichstellung und Buchhaltung. Die gleichen Vorgaben sind ebenfalls im tripartiten Leistungsvertrag aufgeführt.

Für die Aufsicht und die Kontrolle über die Vertragserfüllung ist die Fachstelle Kultur zuständig. Der VKSK ist verpflichtet in einem jährlichen Controllinggespräch über seine Tätigkeiten zu berichten. Die Berichterstattung erfolgt nach einem festgelegten Schema und enthält insbesondere Angaben über die erbrachten Leistungen, Vorhaben und die Personalpolitik. In den Controllinggesprächen wurde deutlich, dass der Verein die Kennzahlen des bilateralen Leistungsvertrags in den letzten Jahren zum Teil deutlich übertroffen hat, sowohl bei den Anzahl Veranstaltungen wie auch bei den Anzahl Besuchenden. Dies ist vor allem auf den hohen Anteil an Tanzveranstaltungen zurückzuführen, die im Vergleich zu Konzerten oder Theater weniger kosten und dafür relativ viel Publikum anziehen.

Dies ist an sich eine positive Entwicklung, da mehr Anlässe zur gewünschten Belebung des Schlossareals beitragen. Allerdings gilt es neben den quantitativen auch die qualitativen Kriterien von Art. 4 zu erfüllen. Das Ziel sind nicht möglichst viele Veranstaltungen, genauso relevant sind die inhaltliche Tiefe, die Ansprache an die in Art. 4 genannten unterschiedlichen Zielgruppen und die geforderten Kooperationen mit anderen Institutionen. Neu wird auch explizit festgelegt, dass der VKSK zwei Ausstellungen pro Jahr realisieren muss. Dafür werden die Ausstellungstage nicht mehr als Einzelveranstaltungen gezählt. Der VKSK und die Gemeinde Köniz haben sich aus oben genannten Gründen auf eine moderate Anpassung der Kennzahlen bei einem gleichbleibenden finanziellen Beitrag der Gemeinde geeinigt:

	Bisher	neu (2026-2027)
Anzahl soziokulturelle Veranstaltungen	25	35
Anzahl Besuchenden pro Jahr	4000	6000
Anzahl Ausstellungen pro Jahr	Nicht explizit aufgeführt	2

3. Finanzen

Die Gemeinde Köniz unterstützt den Verein Kulturhof Schloss Köniz für die Jahre 2026 und 2027 wie in der laufenden Subventionsperiode mit CHF 110'000.- pro Jahr, total CHF 220'000. Der Betrag von CHF 110'000.- zulasten Konto 1400.3635.77 (Beitrag an Verein Kulturhof Schloss Köniz) ist für 2026 bereits budgetiert.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Für den Abschluss des bilateralen Leistungsvertrages mit dem Verein Kulturhof Schloss Köniz für die Jahre 2026 – 2027 wird ein Verpflichtungskredit von CHF 220'000 (jährlich CHF 110'000) bewilligt, zu Lasten Konto 1400.3635.77 "Beitrag an Kulturhof Schloss Köniz".
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, den entsprechenden Vertrag abzuschliessen.

Köniz, 24.09.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Bilateraler Leistungsvertrag VKSK 2026 - 2027

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Kredit der Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates. Das Vorgehen ist gleich wie bei den letzten Traktanden: Zuerst kommt der GPK-Referent, dann die Fraktionen, die Einzelsprecher:innen, der Gemeinderat und dann folgt die Abstimmung.

GPK-Referent, Toni Eder, Mitte: Seit 2016 wird der Verein Kulturhof Schloss Köniz einerseits über einen tripartiten Leistungsvertrag von der Gemeinde Köniz, dem Kanton Bern und der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und zusätzlich über den bilateralen Leistungsvertrag der Gemeinde Köniz unterstützt. Der tripartite Leistungsvertrag regelt kulturelle Veranstaltungen, welche den Kriterien der kantonalen Kulturförderung nach Kulturförderungsgesetz entsprechen. Mit dem bilateralen Leistungsvertrag werden die niederschweligen soziokulturellen Aktivitäten abgegolten.

Im November 2023 hat das Parlament den bilateralen Leistungsvertrag für die Jahre 2024/25 genehmigt. Damals lief auch noch der Prozess zur Gründung der Stiftung Schloss Köniz. Man hat darum beschlossen, den bilateralen Leistungsvertrag nur auf die Dauer von zwei, statt der üblichen vier Jahre abzuschliessen. Ziel des bilateralen Leistungsvertrags ist, die Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeit für die Könizer Bevölkerung zu fördern. Dafür sucht der Verein aktiv die Kooperation mit anderen Kulturinstitutionen insbesondere aus der Gemeinde Köniz.

Die soziokulturellen Angebote sollen sich in gleichen Teilen an alle Altersgruppen, Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior:innen richten. Der Leistungsvertrag beziffert auch die Anzahl Veranstaltungen und die Mindestanzahl Besuchende dieser Veranstaltungen pro Jahr. Zudem beinhaltet der Leistungsvertrag wichtige Vorhaben des Vereins und Vorgaben zur Geschäftsführung in den Bereichen Personalführung, Richtgagen, Gleichstellung und Buchhaltung.

Für die Aufsicht und Kontrolle über die Vertragserfüllung ist die Fachstelle Kultur zuständig. Der VKSK ist verpflichtet, in einem jährlichen Controlling-Gespräch über seine Tätigkeiten zu berichten.

Neu wird auch explizit festgelegt, dass der VKSK zwei Ausstellungen pro Jahr realisieren muss. Dafür werden die Ausstellungstage nicht mehr als Einzelveranstaltungen gezählt. Der VKSK und die Gemeinde Köniz haben sich aus diesen Gründen auf eine moderate Anpassung der Kennzahlen bei einem gleichbleibenden finanziellen Betrag der Gemeinde geeinigt.

Also nochmals das Wichtigste zusammengefasst: Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen bilateralen Leistungsvertrag mit dem Verein Kulturhof Schloss Köniz und nicht mit dem Schloss Köniz. Der aktuelle bilaterale Vertrag läuft Ende Jahr ab und muss jetzt erneuert werden. Die Messung der Anzahl Besuchende der Veranstaltungen war im vergangenen Jahr etwas uneinheitlich. Im Rahmen des Controlling-Gesprächs hat man sich darauf geeinigt, dass es jetzt einen einheitlichen messbaren Rücklauf geben muss, welcher regelmässig kontrolliert wird.

Noch zur Fragebeantwortung und Diskussion in der GPK: Der Leistungsvertrag wird dem Parlament regelmässig vorgelegt, das Parlament befindet über den Vertrag und kann bei Bedarf Anpassungen vornehmen oder diesen an den Gemeinderat zurückweisen. Sollte das Parlament den Vertrag ganz ablehnen, könnten soziokulturelle Veranstaltungen allenfalls nicht stattfinden.

Einige GPK-Mitglieder sind der Ansicht, dass der Leistungsvertrag dem Parlament zu einem sehr späten Zeitpunkt vorgelegt worden ist. Der Vertrag soll ja bereits am 1. Januar in Kraft gesetzt werden. Damit verliert das Parlament seinen Spielraum für allfällige Anpassungen. Der Vertrag sollte dem Parlament künftig spätestens im 3. Quartal vor Inkrafttreten vorgelegt werden. Im vorliegenden Fall ist aber zu berücksichtigen, dass die Vertragsperiode nur noch zwei und nicht vier Jahre beträgt und richtigerweise zuerst die Gründung der Stiftung Schloss Köniz abgewartet wurde.

Es wird von der GPK begrüsst, dass die Qualität und der Nutzen der Veranstaltungen mit der Anzahl Besucher:innen gemessen und mit den Kosten ins Verhältnis gebracht wird.

Zu den Beschlüssen der GPK:

- Die GPK stellt fest, dass die notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Das war einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, den Anträgen des Gemeinderates Ziffer 1 und 2 zuzustimmen, auch dieses Ergebnis war einstimmig.
- Die GPK bittet den Gemeinderat zu prüfen, ob die Verträge, welche ab Januar laufen, künftig spätestens im 3. Quartal vorgelegt werden könnten. Auch dieses Abstimmungsergebnis war einstimmig.

Fraktionssprecherin FDP, Tatjana Rothenbühler, FDP: Kulturförderung gehört zur Gemeindeaufgabe. Im November 2023 hat das Parlament Köniz dem bilateralen Leistungsvertrag für die Jahre 2024 bis 2025 zugestimmt. Der GPK-Sprecher hat es bereits gesagt, man hat dies damals wohlweislich für die Dauer von nur zwei Jahren gemacht, statt der üblichen vier Jahre, weil man eben noch Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Gründung der Stiftung Schloss Köniz hatte.

Jetzt liegt der bilaterale Leistungsvertrag für die Dauer der nächsten zwei Jahre vor, 2026 bis 2027. Ab dem Jahr 2028 werden die Laufzeiten der Leistungsverträge tripartit und bilateral dann wieder einheitlich sein.

Man konnte die Entwicklungen und die Zahlen zu den Veranstaltungen und den Besuchenden bereits gestützt auf die letzten zwei Jahre machen und hat die Prognose für die nächsten zwei Jahre aufgestellt. Die Entwicklung im Kulturhof Schloss Köniz ist allgemein positiv zu werten und erfreulich.

Aus Sicht der FDP. Die Liberalen ist das Angebot in gleichem Rahmen weiter zu führen. Inklusive der jährlich stattfindenden Controlling-Gespräche, bei welchen der Bedarf etwas justiert werden kann.

Die FDP. Die Liberalen stimmen dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu, einerseits den Verpflichtungskredit zu bewilligen und andererseits den entsprechenden Vertrag abzuschliessen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Bösch, SP Frauen: Gerade zu Beginn möchte ich meine Interessensbindung bekannt geben. Ich bin Leiterin des Fachbereichs Kultur bei der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und darum zusammen mit den Vertreter:innen des Kantons und der Standortgemeinden für die Ausarbeitung und das Controlling der sogenannten tripartiten Leistungsverträge mit den regional bedeutenden Kulturinstitutionen zuständig. Eine davon ist eben der Kulturhof Schloss Köniz.

Der tripartite Leistungsvertrag läuft seit dem 01.01.2024 und noch bis zum 31.12.2027. Vorliegend geht es aber eben nicht um die tripartiten Verträge für die professionelle Kultur, sondern um den bilateralen Vertrag im soziokulturellen Bereich, bei welchem ich nicht involviert bin.

Ich werde jetzt nicht nochmals wiederholen, welche Begebenheiten dazu geführt haben, dass man einen zweijährigen Leistungsvertrag gemacht hat, das ist bekannt. Der Betriebsbetrag, dieser bleibt gleich. Aber die Sollwerte bei der Anzahl Veranstaltungen und der Anzahl Besuchende, dieser wird moderat erhöht. Auf den ersten Blick könnte man jetzt meinen, der VKSK muss jetzt für gleich viel Geld mehr Leistungen erbringen, dieser Blick greift etwas zu kurz, weil dem Antrag ist auch zu entnehmen, dass die jährlichen Controllings ergeben haben, dass der Verein die Kennzahlen der Veranstaltungen und der Besuchenden im soziokulturellen Bereich, nicht zuletzt wegen der sehr beliebten Tanzveranstaltungen deutlich übertroffen hat. Der Kulturhof muss mit dem neuen Leistungsvertrag also effektiv nicht zusätzlich mehr Veranstaltungen durchführen, sondern neu sollen die soziokulturellen Veranstaltungen, welche so oder so durchgeführt werden, über den bilateralen Leistungsvertrag abgegolten werden. Der neue Leistungsvertrag passt sich der Realität des Kulturbetriebs an, nicht umgekehrt.

Der Kulturhof Schloss Köniz leistet einen wichtigen Beitrag, um den Schlosshof und nicht zuletzt auch die Stiftung Schloss Köniz als Kultur- und Begegnungsort zu etablieren. Es braucht eine Vielfalt an Veranstaltungen, welche ein möglichst breites Publikum anziehen. Das reicht von Public Viewings zu Blues Konzerten, von Flamenco Aufführungen zum Weihnachtsmarkt. Der VKSK, die Mitarbeiter:innen vom Kulturhof sowie die vielen Ehrenamtlichen, diese arbeiten im niederschweligen Rahmen für einen lebendigen, gesellschaftlichen Treffpunkt und ihnen gebührt unser Dank.

Die SP/JUSO-Fraktion dankt aber auch der Verwaltung für die Aufarbeitung der Unterlagen und stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne: Vorab möchte auch ich meine Interessensbindung bekannt geben: Ich bin Vorstandsmitglied vom Verein Kulturhof Schloss Köniz.

Die Fraktion Grüne/Junge Grüne stimmt den beiden Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu. Der Weihnachtsmarkt auf dem Schloss, das Boule-Turnier und die Tanzveranstaltungen im Sommer, die Ausstellungen oder auch die zahlreichen Discos, sind Anlässe, welche Köniz farbiger, schöner und lebendiger machen. Die Bevölkerung kann sich treffen und austauschen. Man kann den Alltag für einen Moment hinter sich lassen und sich inspirieren lassen.

Bei diesen Veranstaltungen arbeiten auch zahlreiche Freiwillige mit. Der VKSK schafft es immer wieder, Leute aus der ganzen Region zu begeistern, dass sie sich ohne Lohn, abendlang zum Beispiel an einer Bar oder bei der Eintrittskontrolle engagieren. Auch das trägt dazu bei, dass Köniz eine lebendige Gemeinde ist und bleibt.

Wir haben zuvor CHF 120'000 pro Jahr für künstliche Intelligenz für 150 Mitarbeitende gesprochen. Hier bekommen wir für CHF 110'000 pro Jahr menschliche Intelligenz und Inspiration für 6'000 Besucherinnen und Besucher - mindestens. Dieser Kredit hat aus Sicht der Grünen/Jungen Grünen ein sehr gutes Preis/Leistungsverhältnis.

Der VKSK ist momentan in einer anspruchsvollen Zeit. Es gilt zusammen mit dem Stiftungsrat der Stiftung Schloss Köniz einen Weg zu finden, wie man in Zukunft zusammenarbeiten und die Aufgaben verteilen will. Das ist ein happiger Brocken zusätzlich zum Alltagsgeschäft. Man muss sich viele Gedanken machen und sich in Frage stellen. In unseren Augen geht der VKSK sehr vorausschauend und kooperativ mit dieser Situation um. Ein herzliches Dankeschön der Betriebsleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des VKSK für ihr Engagement, jeden Tag wieder neu für die Kultur, für die Politik – merci Rufi - und für ein gutes Miteinander in Köniz.

Sandra Röthlisberger, GLP: Der Verein Kulturhof Schloss Köniz wird zurecht aufgefordert, Angebote und Anlässe zu veranstalten, welche besucht werden, welche einem Bedürfnis entsprechen. Öffentliche Gelder müssen eine Wirkung haben. Der Nutzen misst sich somit auch an der Anzahl Besuchenden. 35 soziokulturelle Veranstaltungen sollen 6'000 Besuchende ansprechen und das für CHF 110'000 jährlich. Ich finde das Kosten-Nutzen-Verhältnis ebenfalls gut, so wie es Monika zuvor gesagt hat. Das sind

CHF 18 pro Besucher:in und natürlich muss sich da jeder auch selber noch beteiligen, welcher eine solche Veranstaltung besucht.

Meine Anfrage betr. die Könizer Industrienacht hat genau nach diesen quantitativen Messgrössen gefragt. Die Antwort, ihr konntet sie lesen, ist, dass die Besucherzahlen nicht gezählt worden sind. Folglich ist auch die Wirkung nicht abschätzbar. Die Könizer Industrienacht hat CHF 80'000 gekostet. Die beteiligten Firmen haben sich gerade mal mit CHF 15'000 beteiligt. Mit der gleichen Elle gemessen, hätten also CHF 4'500 Besuchende teilnehmen müssen. Wie viele waren es? Wir wissen es nicht. Klar ist aber, öffentliche Gelder müssen eine Wirkung haben. Ich unterstütze diese Vorgaben im Vertrag. Der Gemeinderat sollte sich aber bei seinen eigenen Veranstaltungen auch an solche Vorgaben halten.

Selin López, FDP: Kurz auf das Votum von Sandra: Anfragen werden nicht diskutiert, ich bitte darum, dies in einer solchen Diskussion nicht aufzunehmen, bei welchem es klar um ein ganz anderes Thema geht. Da wäre ich sehr dankbar im Sinne der Effizienzsteigerung im Parlamentsbetrieb.

Géraldine Bösch, SP Frauen: Mein Einzelvotum geht in eine ähnliche Richtung, doch nicht wegen der Effizienzsteigerung, sondern weil Anfragen nicht diskutiert werden. Und nur anhand eines einzelnen Fakts - nämlich aufgrund der Zuschauer:innenzahlen - beim Thema Kultur, ein anderes Thema abhandeln zu wollen, finde ich diesem Traktandum und der Arbeit des Kulturhofs nicht würdig.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ich möchte dem GPK-Referenten für die gute Zusammenfassung dieses Geschäfts danken, welche dann auch noch von den Fraktionsvoten ergänzt wurde, so dass es ein sehr gutes Bild gibt und ich hier überhaupt nichts Inhaltliches mehr dazu sagen muss.

Danke für die gute Aufnahme. Dieser soziokulturelle Vertrag ist wichtig. Er ist wichtig für den Kulturhof, das ist klar, dieses Engagement wäre ansonsten nicht möglich. Er ist für uns alle wichtig, welche ja heute Abend auch hier sind, aber er ist auch für ganz Köniz wichtig.

Darum möchte ich mich sehr gerne dem Dank anschliessen, gegenüber dem Kulturhof, dem Vorstand, den Leuten, welche beim Kulturhof arbeiten, ob sie voll- oder ehrenamtlich arbeiten, und auch für die vielen Veranstaltungen, welche wir besuchen dürfen, welche das Schloss beleben.

Es freut mich sehr, dass es gelungen ist, diese Arbeit und das Ganze weiterzuführen. Jetzt auch, dass wir die Stiftung gründen konnten und dass es weitergehen kann und dass wir diese Kontinuität dieser Veranstaltungen haben und dass der Kulturhof immer offen war, an dieser Weiterentwicklung des Schlosses weiterzuarbeiten. Das ist nicht selbstverständlich, aber ein absolut wichtiger Erfolgsfaktor, damit diese Vorlage "Zukunft Schloss Köniz" gelingen konnte.

Und das ist wie der zweite Teil, diesen braucht es auch: Dieser soziokulturelle Vertrag, dass wir diesen auch weiter verlängern, damit die Arbeit innerhalb dieser schönen und geschützten Mauern stattfinden kann – eben nicht nur die Hardware, sondern auch die Software geliefert werden kann, um beim vorherigen Traktandum zu bleiben und ich freue mich sehr, wenn ich euch mal wieder hier treffe, z.B. eben am Weihnachtsmarkt.

Damit möchte ich schliessen, ich werde dann auch nach Hause gehen, weil meine Traktanden fertig sind, aber ich wünsche euch ganz gute Diskussionen und danach einen wohlverdienten Feierabend.

Beschluss

1. Für den Abschluss des bilateralen Leistungsvertrages mit dem Verein Kulturhof Schloss Köniz für die Jahre 2026 – 2027 wird ein Verpflichtungskredit von CHF 220'000 (jährlich CHF 110'000) bewilligt, zu Lasten Konto 1400.3635.77 "Beitrag an Kulturhof Schloss Köniz".
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, den entsprechenden Vertrag abzuschliessen.

(Abstimmungsergebnis Ziffern 1 und 2: stillschweigende Zustimmung)

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer verlässt die Sitzung.

PAR 2025/87

V2509 Richtlinienmotion (SP/JUSO) „Entlastung der Könizer Vereine durch die Reduktion der Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen in Köniz spürbar¹⁾ zu senken oder zu erlassen, um die ansässigen Vereine finanziell zu entlasten. Die «Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte» ist entsprechend anzupassen.

Begründung

Die Vereine spielen eine zentrale Rolle im sozialen Leben einer Gemeinde. Sie bringen Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammen, fördern den Austausch zwischen Generationen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob Sport, Musik, Kunst oder soziales Engagement – Vereine bieten eine Plattform für aktive Freizeitgestaltung und ehrenamtliches Mitwirken. Durch ihre Arbeit tragen sie massgeblich zur Lebensqualität und Identifikation der Einwohner:innen einer Gemeinde bei. Die Gemeinde Köniz verfügt über ein vielfältiges Vereinswesen, dass unbedingt erhalten bleiben muss.

In der «Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte» sind die Bedingungen für die Benützung durch Vereine und andere Organisationen geregelt. Der Gemeinderat hat aufgrund eines Vorstosses im Jahr 2015 die Tarife per 1.1.2018 massiv erhöht. Die Erhöhungen beliefen sich auf ca. 50% der Einzelbelegungen respektive ca. 35% bei Dauerbelegung. Dies vor dem Hintergrund, dass dadurch der Deckungsbeitrag zwischen den Einnahmen und den realen Kosten von 20% auf 50% erhöht werden kann. Der Tarif für Junior:innen von einem Sechstel des Grundbetrages wurde beibehalten.

Die Vereine in Köniz stehen seit der Erhöhung vor einer grossen finanziellen Herausforderung. Die aktuell hohen Kosten stellen für viele Vereine eine erhebliche Belastung dar und gefährden deren langfristige Existenz. Einige Vereine haben bereits mehrfach die Mitgliederbeiträge erhöhen müssen. Ohne spürbare Entlastung müssen weitere Vereine die Mitgliederbeiträge massiv erhöhen oder ihre Aktivitäten einschränken oder gar aufgeben. Dies hätte weitreichende Folgen für das soziale, kulturelle und sportliche Leben in der Gemeinde Köniz.

Im Vergleich mit anderen Gemeinden fallen die Gebühren in der Gemeinde Köniz für Vereine hoch aus. Im Quervergleich werden in den Gemeinden Schwarzenburg, Belp und Zollikofen für einheimische Vereine grundsätzlich keine Gebühren erhoben (Ausnahme Zollikofen am Wochenende). In Münsingen wird zwischen Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen unterschieden. Bei Vereinsaktivitäten mit Kindern und Jugendlichen wird keine Gebühr erhoben. Der Tarif für die Erwachsenen fällt im Vergleich deutlich tiefer aus als in Köniz.

Gemäss Anhang 1 der Verordnung besteht eine Vielzahl unterschiedlicher Tarife, die eine differenzierte Abrechnung erforderlich machen. Die damit verbundene administrative Bearbeitung sowie die Weiterverrechnung an die Vereine erfordern einen nicht unerheblichen personellen Aufwand. Diese Prozesse binden wertvolle personelle Ressourcen, die anderweitig effizienter eingesetzt werden könnten. Durch die Abschaffung dieser komplexen Verrechnungsmechanismen liesse sich die Bürokratie spürbar reduzieren. Gleichzeitig würden dadurch Kapazitäten frei, die gezielt für andere Aufgaben genutzt werden könnten.

Um das Vereinswesen, das grösstenteils im Ehrenamt ausgeführt wird, zu erhalten und zu stärken, braucht es dringend eine Reduktion resp. einen Erlass der Nutzkosten der Schul- und Sportanlagen. Nur damit bleibt das vielfältige Vereinsleben in Köniz erhalten und die Gemeinde profitiert langfristig von einem aktiven und engagierten Gemeinwesen. Diese Reduktion resp. der Erlass der Gebühren darf jedoch keinen Einfluss auf den Pro-Kopf-Förderbeitrag für die Jugendarbeit der Vereine haben.

5. Mai 2025, Brigitte Rohrbach

Eingereicht

05.05.2025

Unterschrieben von 25 Parlamentsmitgliedern

Brigitte Rohrbach, Géraldine Boesch, Janka Hamm, Arlette Mürger, Bülent Celik, Jutta Gubler Kläner-Menke, Urs Mumenthaler, Isabelle Steiner, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser Mayra Faccio, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Roland Hofer, Andrea Winzenried, Heidi Eberhard, Sandra Röthlisberger, Katja Streiff, Toni Eder, Christine Müller, Selin López, Reto Zbinden

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

2. Ausgangslage

Die Motion der SP JUSO beauftragt den Gemeinderat, die Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen spürbar zu senken oder zu erlassen, um die ansässigen Vereine finanziell zu entlasten. Zudem soll die Verordnung 430.61 über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte angepasst werden. Als Richtgrösse wird das Tarifniveau vor der Erhöhung per 1. Januar 2018 genannt.

3. Bisherige Entscheide und Ziele seit 2018

Im Januar 2015 wurde die Motion 1502 „Umgestaltung der Gebühren für die Nutzung öffentlicher Schul- und Sportanlagen“ eingereicht. Diese verlangte eine Erhöhung der Tarife, welche aus dem 1999 stammten.

Aufgrund dessen wurde die letzte umfassende Überprüfung der Benützungsgebühren im 2017 durchgeführt. Per 1. Januar 2018 trat eine Anpassung in Kraft, mit folgenden Zielen:

- Erhöhung des Kostendeckungsgrads von rund 20 Prozent auf bis zu etwa 50 Prozent,
- Abdeckung steigender Aufwendungen für Unterhalt, Reinigung und Betrieb bei deutlich gestiegener Belegung,
- Lenkungswirkung zur Vermeidung von Doppel und Vorratsbuchungen,
- Positionierung zwischen höheren Tarifen der Stadt Bern und Gebührenfreiheit in Belp.

Die Verordnung 430.61 stützt sich auf Art. 60 Buchstabe i der Gemeindeordnung und Art. 10 Buchstabe b des Bildungsreglements. Sie wurde am 28. Juni 2017 erlassen, trat am 1. Januar 2018 in Kraft und wurde am 2. März 2022 punktuell angepasst, insbesondere im Anhang.

Die Mehreinnahmen wurden mit rund 100'000 Franken pro Jahr beziffert, wovon ein Teil gezielt in Infrastruktur und vereinsnahe Ausstattungen reinvestiert werden sollte.

Grundgedanken der seit 2018 vorliegenden Verordnung ist es den Deckungsgrad der realen Kosten zu erhöhen. Weiter sollte auch der Anreiz gefördert werden, die Infrastrukturen effizient zu nutzen. So sollten Doppelbuchungen (innen und aussen) sowie Reservationen auf Vorrat mit einem höheren Tarif minimiert werden.

4. Heutige Regelung

Die Verordnung regelt Benützungsbewilligungen für Vereine und Organisationen, im Sonderfall für Privatpersonen. Die Tarife differenzieren nach Anlagenkategorien, Belegungsarten und Nutzergruppen. Wesentliche Elemente sind:

- Jugendgruppen entrichten 1/6 des Pauschalbetrags, beim Einzelbeitrag 1/2,
- Zuschlag für auswärtige Benützer 200 Prozent,

- Zuschläge für kommerzielle Nutzungen,
- Rabatt ab einem Jahresumsatz pro Verein bei Dauerbelegungen.
- Pauschalen für Meisterschaftsspiele
- Rabatt von 20% auf Jahresgebühr für Dauerbelegungen ab einem Jahresumsatz von 5'000.- pro Verein

5. Einordnung des Anliegens

Der Gemeinderat anerkennt die zentrale Bedeutung der Vereine für Sport, Kultur, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Köniz.

- ermöglichen Zugang zu Sport und Kultur unabhängig von Einkommen, sie senken Eintrittshürden für Kinder und Jugendliche, für Familienhaushalte und für Menschen mit besonderen Bedürfnissen,
- leisten Präventions- und Integrationsarbeit im Sinn der öffentlichen Gesundheit, sie fördern Bewegung, regelmässige Sozialkontakte und stabile Tagesstrukturen,
- engagieren sich in der Nachwuchsförderung, von Breite bis Leistung, sie schaffen Durchlässigkeit zwischen Schule, Verein und Verband, sie tragen zur Talententwicklung bei,
- erbringen erhebliche Freiwilligenarbeit, sie investieren unbezahlte Stunden in Training, Betreuung, Organisation, Turniere, Anlässe, Unterhalt,

Diese Leistungen erzeugen einen Mehrwert über den Vereinszweck hinaus. Sie entlasten kommunale Angebote in Prävention und Integration, sie stärken die Lebensqualität in den Quartieren und tragen zur Attraktivität der Gemeinde bei. Vor diesem Hintergrund ist das Anliegen einer spürbaren Entlastung bei den Gebühren nachvollziehbar. Die Gebührenordnung erfüllt jedoch neben der Finanzierung auch eine Steuerungsfunktion, sie unterstützt eine faire Vergabe von knappen Kapazitäten und hilft, Leerbezüge und Blockierungen zu vermeiden. In der weiteren Prüfung ist deshalb das Zusammenspiel von Entlastung, Zugangsgerechtigkeit und Kapazitätssteuerung sorgfältig auszubalancieren.

6. Finanzielle und betriebliche Aspekte

Mit der Tarifierungsanpassung 2018 wurden Mehreinnahmen von rund 100'000 Franken pro Jahr erzielt. Eine Rückkehr zu tieferen Tarifen würde in vergleichbarer Grössenordnung Mindereinnahmen verursachen. Auswirkungen bestehen insbesondere auf:

- den Finanzierungsspielraum für Unterhalt, Reinigung und kleinere Ersatzinvestitionen,
- allfällige zweckgebundene Mittel für vereinsnahe Infrastrukturbedürfnisse,
- die Lenkungsfunktion der Tarife, insbesondere die Vermeidung leerer Reservierungen und Blockierungen.

7. Prüfraum und Variantenraum

Der Gemeinderat ist bereit, Varianten einer Entlastung zu prüfen. Im Zentrum stehen insbesondere:

- Variante A, Rückkehr zu tieferen Tarifniveaus: Rückführung ausgewählter Tarife in Richtung Stand vor 2018, je nach Anlagenkategorie oder Belegungsart, unter Erhalt der Jugendermässigungen. Wirkung, deutliche Entlastung, Mindereinnahmen in der Grössenordnung der damaligen Mehreinnahmen.
- Variante B, gezielte Teilentlastungen: Fokus auf Vereine mit Kinder und Jugendangeboten und auf Dauerbelegungen, zum Beispiel weitergehende Reduktionen gegenüber heute, Entlastung bei wiederkehrender Nutzung, unveränderte oder moderat angepasste Ansätze bei Einzelbelegungen und bei kommerziellen Nutzungen. Ziel, spürbare Entlastung mit begrenzter Haushaltswirkung.
- Variante C, strukturelle Vereinfachung: Überprüfung von Anhang 1 auf Reduktion von Tarifpositionen, klarere Pauschalen, mehr Transparenz für Vereine und Verwaltung, damit weniger administrativer Aufwand bei guter Planbarkeit.

Alle Varianten sind hinsichtlich Budgets, Infrastrukturfinanzierung, Kapazitätssteuerung und Gleichbehandlung zu prüfen. Flankierend sind bei Bedarf No Show Regeln, klare Fristen bei Absagen oder Kontingente für Spitzenzeiten zu prüfen, damit Kapazitäten trotz Entlastung effizient genutzt werden.

8. Pro Kopf Beiträge

Die Gemeinde Köniz unterstützt Vereine, Organisationen und Gruppen mit Pro Kopf Beiträgen für Kinder und Jugendliche, die regelmässig an Freizeitangeboten teilnehmen. Die Beiträge sind in der Verordnung 1.2.4 w3 geregelt. Der Gemeinderat hat deren Höhe mit Beschluss vom 25. April 2018 auf CHF 50.00 festgelegt. An dieser Regelung sind im Rahmen der Motion keine Änderungen vorgesehen.

9. Weitere Überlegungen

Tarife erfüllen neben der Finanzierung eine Lenkungsfunction. Ein vollständiger Erlass kann Kapazitätsblockaden begünstigen und die gerechte Vergabe erschweren. Auch bei tieferen Tarifen ist daher die Sicherstellung eines sorgsamem Umgangs mit den Anlagen und einer effizienten Belegung zentral. Diese Aspekte werden im Variantenvergleich berücksichtigt.

10. Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 12.09.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 21. Mai 2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung, zuständig ist die Direktion Bildung und Soziales. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin.

Erstunterzeichnerin, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Als erstes möchte ich auch hier meine Interessensbindung bekannt geben: Ich bin Präsidentin des Ortsvereins Schliern und somit auch von dieser Richtlinienmotion betroffen. Weiter werde ich hier im Sinne der Effizienz auch gerade im Namen der SP/JUSO-Fraktion sprechen.

Es freut mich ausserordentlich, wie viele Menschen aus den unterschiedlichen Vereinen heute vor der Sitzung gekommen sind, um auf das vorliegende Traktandum aufmerksam zu machen. Diese Präsenz zeigt, wie wichtig das Thema für die Könizer Vereine ist. Ich bedanke mich auch im Namen der SP/JUSO-Fraktion beim zuständigen Gemeinderat und den Mitarbeitenden in der Verwaltung der Direktion Bildung und Soziales für die Beantwortung dieser Richtlinienmotion.

Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat die Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen in Köniz spürbar senkt oder erlässt, um die ansässigen Vereine finanziell zu entlasten. Dazu muss die «Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte» entsprechend angepasst werden.

Die Vereine spielen eine zentrale Rolle im sozialen Leben einer Gemeinde. Sie bringen Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammen, fördern den Austausch zwischen Generationen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob Sport, Musik, Kunst oder soziales Engagement – Vereine bieten

eine Plattform für aktive Freizeitgestaltung und ehrenamtliches Mitwirken. Durch ihre Arbeit tragen sie massgeblich zur Lebensqualität und zur Identifikation der Einwohnenden der Gemeinde bei. Die Gemeinde Köniz verfügt über ein vielfältiges Vereinswesen, dass unbedingt erhalten bleiben muss.

Die Vereine in Köniz stehen aber seit der Erhöhung vor grossen finanziellen Herausforderungen. Die aktuell hohen Kosten stellen für viele Vereine eine erhebliche Belastung dar und gefährden deren langfristige Existenz. Ohne spürbare Entlastung müssen Vereine die Mitgliederbeiträge massiv erhöhen oder ihre Aktivitäten einschränken oder gar aufgeben. Dies hätte weitreichende Folgen für das soziale, kulturelle und sportliche Leben in der Gemeinde Köniz.

In der Antwort des Gemeinderates wird erwähnt, dass die Gebührenordnung auch eine Steuerungsfunktion für die Kapazitätsregulierung hat. Diesen Punkt sehen wir eher kritisch. Eine Steuerung der sehr knappen Kapazitäten im Bereich der Infrastrukturen darf nicht über die Finanzierung gemacht werden. Hier werden kleine Vereine benachteiligt, da sie sich die Miete der Infrastruktur fast nicht leisten können und deshalb das eigentliche Vereinsangebot ausdünnen müssen. Im Sinne der Zugangsgerechtigkeit müssen andere Wege gefunden werden, um die Kapazitätsengpässe zu steuern.

Weiter werden in der Motionsantwort von Mindereinnahmen in der Höhe von rund CHF 100'000 gesprochen. Im Vergleich zu den Aufgaben, welche die Vereine für die Gemeinschaft übernehmen, erachten wir es als vertretbar, auf diese Einnahmen zu verzichten. Wie vom Gemeinderat festgehalten, erzeugen die Vereine einen Mehrwert über den Vereinszweck hinaus. Sie entlasten die Gemeinde in den Bereichen Prävention und Integration, sie stärken die Lebensqualität in den Quartieren und sie tragen zu einer attraktiven Gemeinde bei. Wir sind überzeugt, dass diese Aufgaben einen deutlich höheren Wert haben als die erwähnten Mindereinnahmen.

Betreffend die verschiedenen Varianten hoffen wir, dass der Gemeinderat hier diese nicht unabhängig voneinander betrachtet. Gerade bei der Variante B werden Vereine, die keine Kinder- und Jugendangebote haben, benachteiligt. Aber auch solche Vereine leisten einen wichtigen Beitrag für die Gemeinde. Ein attraktives Angebot auch im Bereich der Erwachsenen oder Senioren ist ebenso wichtig, wie die Kinder- und Jugendangebote. Wir möchten nicht, dass die Vereine je nach Angebot gegeneinander ausgespielt werden. Es sollte für alle Vereine eine Entlastung geben. Womit wir wieder bei der schon erwähnten Zugangsgerechtigkeit sind. Zudem sind wir der Meinung, dass die Variante C nicht isoliert betrachtet werden kann. Diese Variante ist sowohl in Kombination mit der Variante A und der Variante B zu prüfen.

Wir danken dem Gemeinderat, für die grundsätzlich positive Aufnahme unseres Anliegens und freuen uns, dass er die Motion erheblich erklären lassen will. Die SP/JUSO-Fraktion wird diesen Antrag einstimmig unterstützen. Wir hoffen, dass auch eine Mehrheit des Parlaments die Notwendigkeit dieses Anliegens erkennt und den Antrag des Gemeinderates unterstützt.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne: Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Antwort auf diese Richtlinienmotion und begrüsst auch seine Haltung, dass er diese Motion erheblich erklären und die Möglichkeiten prüfen will, um unsere Vereine zu entlasten.

Wir sind uns alle einig, ohne unsere Vereine und ihr vielfältiges Angebot würde es nicht gehen. Unser Zusammenleben in der Gemeinde wäre um einiges ärmer und auch das gegenseitige Kennen über Ortsteile hinweg sicher viel schwächer und die Gemeinde soll dies so gut wie möglich unterstützen, unter anderem eben durch einen Tarif und eine Gebührenregelung, welche dieses grosse, ehrenamtliche Engagement und die Gratis-Arbeit in vielen Vereinen nicht behindert.

Die letzte Überprüfung dieser Tarife geschah 2017, sie sind 2018 in Kraft getreten. Alleine das ist ja auch ein Grund, diese Regelung mal wieder anzuschauen. Darum begrüssen wir den Antrag des Gemeinderates zur Überweisung dieses Postulats und die Grüne/Junge Grüne-Fraktion wird dies einstimmig unterstützen. Jede der beschriebenen möglichen Varianten ist für uns denkbar, so lange sie zu einer Entlastung dieser Vereinsbudgets führen.

Wir haben aber noch einige Anliegen aus unserer Diskussion und diese würden wir gerne mit auf den Weg geben:

- Für unsere Fraktion gehört die Arbeit dieser Vereine zu den sehr wertvollen Leistungen in unserer Gemeinde und darum ist die Frage des realen Deckungsgrades der Kosten aus unserer Sicht eigentlich falsch, zumindest solange wir nicht im Gegenzug den Gegenwert der freiwilligen Gratisarbeit hochrechnen und in die Waagschale werfen. Wir bitten darum den Gemeinderat, bei seiner Prüfung der Gebühren von der Frage des Deckungsgrads Abstand zu nehmen, welche 2017 für die Festsetzung dieser Tarife noch relativ entscheidend war.
- Im Weiteren fänden wir es wichtig, dass man bei der Betrachtung der Nutzung von Sport- und Schulraum auch den Aussenraum oder den Zugangsraum anschaut, konkret die Parkplätze und

Parkplatzgebühren zum Beispiel auch in diese Rechnung miteinbezieht. Nebst möglichen zusätzlichen Einnahmen, wäre dies auch ein Mittel, um unser Netto-Null-Ziel auf Gemeindeboden voran zu bringen, denn auch in Köniz ist die Freizeitmobilität eine der grösseren Emissionstreiber.

- Dann ist uns das Prinzip der Gleichbehandlung aller Vereine wichtig. Im Nachgang zur Diskussion um den Kredit Infrastruktur Lerbermatt und dieser pendente Vergleich, FC Wabern und FC Köniz, war uns nicht ganz schlüssig, welcher Verein dann letztendlich in welcher Form, welche Nutzungs- oder auch exklusive Nutzungsrechte hat und welche Kosten und Gebühren er bei gemeindeeigenen Infrastrukturen tragen müsste. Wir würden eine transparente Darlegung sehr begrüssen, es ist aber auch wichtig, dass Gleichbehandlung nicht bedeutet, dass alle über denselben Kamm geschert werden, sondern es gibt unterschiedliche Grössen von Vereinen, es gibt unterschiedliche Budgetvolumen, es gibt einen Unterschied zwischen Laienvereinen und halbprofessionellen oder professionellen Vereinen.
- Und zu guter Letzt geht es nicht nur um Sportvereine und Sportinfrastruktur, sondern natürlich auch um kulturelle und soziale Vereine, welche eher Räume wie Aulas in Schulhäusern benötigen. Angesichts der generellen Raumknappheit würden wir es auch hier sehr begrüssen, wenn man im Zusammenhang mit dieser Motion prüft, wie man Schulraum generell multifunktionaler nutzen kann. Zum Beispiel am Abend den Vereinen zur Verfügung stellen, wir denken hier an kleinere Chore oder Musikvereine, welche vielleicht nicht eine ganze Aula brauchen, aber auch Ortsvereine, Leiste oder alle Vereine, welche Vorstände haben und welche Sitzungstreffpunkte brauchen. Das Bedürfnis ist je nach Ortsteil sehr unterschiedlich, das ist uns bewusst, aber wir würden es begrüssen, wenn man hier etwas flexibler unterwegs wäre.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katja Streiff, EVP: Die Motion spricht ein berechtigtes Anliegen an: Nämlich die finanzielle Belastung unserer Vereine durch die Nutzungsgebühren für Schul- und Sportanlagen. Vereine leisten enorm viel für unsere Gemeinde und ich glaube, darüber sind wir uns hier alle einig. Sie fördern den Zusammenhalt, die Integration, die Gesundheit und die Lebensqualität. Dass wir dieses Engagement unterstützen wollen, steht für uns ausser Frage.

Gleichzeitig ist uns aber auch wichtig zu betonen: Es geht hier nicht einfach um einen Paradigmenwechsel. Das heutige Gebührenmodell wurde 2018 nach sorgfältiger und intensiver Diskussion eingeführt und damals einstimmig im Parlament überwiesen. Anpassungen waren notwendig, weil die Tarife vorher teils absurd tief waren und die Betriebskosten nicht gedeckt werden konnten. Grundsätzlich funktioniert vieles von diesem Modell ziemlich gut. Es schafft zum Beispiel Transparenz, es gibt Kostenwahrheit und sorgt für eine faire Nutzung unserer Anlagen. Aber nach einigen Jahren Erfahrung ist es auch richtig, nochmals hinzuschauen. Wo braucht es wirklich Feinjustierung? Welche Vereine geraten tatsächlich in die beschriebenen finanziellen Nöten? Und wo könnten Vereinfachungen in der Tarifstruktur oder in den Abläufen – etwa in der Digitalisierung von Reservationen – die Verwaltung, wie auch die Vereine entlasten?

Eine pauschale Senkung nach dem Giesskannenprinzip wäre aber in unseren Augen der falsche Weg. Nicht alle Vereine sind gleich betroffen, Christina hat dies zuvor bereits erwähnt. Und eine flächendeckende Reduktion würde die Einnahmen binden, ohne gezielt zu helfen. Entscheidend ist, dass der Gemeinderat prüft, wo wirklich gezielt Entlastung sinnvoll ist. Insbesondere bei Kinder- und Jugendvereinen, mit sehr knappen Mitteln.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion unterstützt darum den Antrag des Gemeinderates, diese Motion erheblich zu erklären. Wir geben damit den Auftrag, die Situation differenziert zu prüfen und Vorschläge auszuarbeiten, wie den Vereinen wirklich gezielt Unterstützung zukommen gelassen werden kann.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger, FDP: Die FDP. Die Liberalen stimmen diesem Antrag des Gemeinderates zu. Die Vereine übernehmen in unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion und dem sind wir uns auch bewusst.

Der eine oder andere von uns ist auch in einem Verein und wir kennen die ganze Prozedur, welche wir dort haben. Trotzdem müssen wir, wie ihr alle wisst, auf unser Budget in der Gemeinde schauen. Wir begrüssen daher die Stossrichtung des Gemeinderates für eine Variantenprüfung wie sie in Punkt 7 aufgeführt ist. Insbesondere die Variante C, eine Vereinfachung der Administration, des Ablaufs, passt uns, der FDP. Die Liberalen. Hier wäre eine budgetneutrale Ausarbeitung unser Wunsch.

Einmal mehr geht es hier auch um das Verteilen und natürlich kann die Linke einmal mehr grossartig und heldenhaft erscheinen, wenn sie als Gönnerin auftritt. An das Wohl der Gemeinde zu denken, ist manchmal nicht so eures. Es macht natürlich Spass, Geld verteilen zu können und glaubt mir, das würde auch mir oder uns von der FDP Spass machen, wenn wir das machen könnten. Darum wäre es sehr schön gewesen, wenn die SP, als sie das eingegeben hat, auch einen Vorschlag hätte machen können, wie man dann diese CHF 100'000 auffangen könnte. Wo man diese andernorts einsparen könnte.

Versprechen an die Vereine, das kann gut verkauft werden, aber es sollte ein Preisschild dran sein, es sollte transparent sein. Und darum wünscht sich die FDP. Die Liberalen von euch allen zukünftig, dass wenn man solche Ausgaben plant, dass man auch darlegt, wie man das wieder kompensieren könnte. Und das gilt nicht nur für die SP, das gilt auch für alle anderen.

Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer, SVP: Heute beraten wir über eine Motion, welche einen glasklaren Zweck hat: Nämlich die Reduktion der Gebühren für die Nutzung der Schul- und Sportanlagen hier in Köniz für unsere Vereine.

Diese Geschichte geht weit zurück, nämlich auf den 1. Januar 2018, dann sind die neuen Gebühren in Kraft getreten. Vielen war damals gar nicht bewusst, was dies für die Vereine bedeutete und was es für Auswirkungen hatte. Vielen Vereinen ist langsam aber sicher der Schnauf ausgegangen - trotz der Erhöhungen der Mitgliederbeiträge, der Kürzung der Trainingszeiten und, und, und. Sie konnten es drehen und machen und tun wie sie wollten, es geht nicht.

In anderen Gemeinden werden die Infrastrukturen gratis oder für eine kleine Miete zur Verfügung gestellt.

Uns SVPlern ist es wichtig, dass man zu den Vereinen in der Gemeinde Köniz Sorge trägt und sie unterstützt und ihnen das Vereinsleben nicht mit diesen hohen Mieten schwer macht. Es gibt nämlich sehr viele Leute, welche ihre Freizeit für einen Verein opfern. Und für die Bevölkerung machen diese Vereine auch sehr viel, ob das jetzt Musik oder Sport oder irgendetwas ist. Ich erlebe dies hautnah mit, ich bin in der Schliern Musik Aktivmitglied.

Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss voll und ganz, nämlich einstimmig. Ich danke für eure Aufmerksamkeit und hoffe auf eine deutliche Unterstützung.

David Müller, Grüne: Ich wollte eigentlich nicht nach vorne kommen, aber das FDP-Votum hat mich jetzt trotzdem nach vorne gelockt.

Wie das auch mit anderen Sparvorschlägen aus diesem Ecken der Fall ist, zum Beispiel wenn man beim Unterhalt von Gebäuden spart und dafür dann einige Jahre später Rohrbrüche hat, und so dann mehr bezahlt, ist es auch hier dasselbe: Wenn wir beim Unterhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts, nämlich eben bei den Vereinen sparen, dann zahlen wir es an einem anderen Ort. Darum bin ich hier klar dafür.

Sandra Röthlisberger, GLP: Ich möchte die Relevanz der Infrastrukturtarife am Beispiel des Sportvereins Köniz aufzeigen. Das Beispiel wurde mir zugetragen und ich bringe es hier gerne mit rein. So viel zu meiner Interessensbindung.

Der Sportverein Köniz hat knapp 300 Mitglieder, weitere ca. 80 Personen, nehmen an den Kursangeboten teil. Der SVK bietet Ballsport und Turnen für jedes Alter. Im Vergleich mit anderen Vereinen, hat der Sportverein sehr viele Angebote für ältere Menschen und sogar für Hochaltrige und auf der anderen Seite des Spektrums, auch für Kleinkinder, Stichwort Purzelkinder. Das ist wie Midnightsports für Kleinkinder am Sonntagnachmittag. Das Angebot ist mehrheitlich auf nicht kompetitiven Sport ausgerichtet, Aktivitäten also für gute Gesundheit und soziale Vernetzung. Die Einnahmen des Vereins bestehen hauptsächlich aus den Beiträgen der Mitglieder und Kursteilnehmenden. Weitere Einnahmequellen sind Engagement von Veranstaltungen wie GurtenCLASSIC oder eigene Durchführung von Sportanlässen des Turnverbands, welche aber auch wieder auf sehr viel freiwilliges Engagement baut.

Die wichtigsten Ausgaben sind die Entschädigung von Leiterinnen und Leitern, Beiträge an übergeordnete Turnverbände und eben auch die Miete von Hallen und Aussenanlagen. Die Kosten in allen drei Bereichen sind markant gestiegen, während das ehrenamtliche Engagement sinkt. Neu engagierte Leitungspersonen fordern Stundenansätze von CHF 40 bis CHF 60, früher waren CHF 20 bis CHF 30 noch ausreichend. Die übergeordneten Verbände professionalisieren sich, was teilweise mit erheblichen Beitragserhöhungen einher geht. Tarife für Hallen sind zwar nicht die grössten finanziellen Belastungen, fallen aber trotzdem ins Gewicht. Die letzte Tarifierhöhung war deutlich spürbar. Der Verein möchte die Mitgliederbeiträge möglichst tief behalten und versucht Mitglieder mit freiwilligen Solidaritätsbeiträgen anzuregen. So zahlen knapp 40% der Mitglieder freiwillig rund ¼ des Jahresbeitrags zusätzlich. Falls diese Solidarität nicht weiter anhält, dann sind Beitragserhöhungen unumgänglich und vor allem ältere Teilnehmende könnten nicht mehr mithalten und könnten allenfalls austreten. Das wäre unbedingt zu vermeiden.

Der Vorstand des Sportvereins Köniz ist sich bewusst, dass die Benutzung der Sporthallen auch bei den aktuell geltenden Gebühren hochgradig subventioniert sind. Dafür und die wohlwollende Zusammenarbeit, möchte sich der Vorstand im Namen des Vereins bei der Gemeinde herzlich bedanken. Ich

persönlich hoffe, dass der Gemeinderat die geschilderte Situation bei der Tarifsetzung berücksichtigen wird.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Merci für die Voten und ihr habt es alle gesehen, die Sache ist noch ziemlich komplex, wenn man es denn allen Recht machen will. Aber ich kann euch versichern, dass die Verwaltung das will, das ist auch ein Grund, dass der Gemeinderat, also nicht nur meine Direktion, sondern auch der Gesamtgemeinderat will, dass man das wieder anschaut. Es ist ja interessant, es ist hier entstanden, als man es mal erhöht hat, aber es ist auch kein Problem, wenn man es nach einigen Jahren wieder anschaut.

Es ist klar, kostenlos ist es nie, aber ihr habt ja in der Antwort des Gemeinderates gesehen, es ist auch gut investiertes Geld, in diese Vereine. Und ich kann euch versichern, dass wir wirklich versuchen, hier eine faire Umsetzung zu erreichen. Wie gesagt: Die Thematik ist komplex und was wir sicher nicht wollen, wir wollen nicht Vereine gegeneinander ausspielen, das will niemand. Aber es gibt dann vielleicht wirklich mal Unterschiede, welche man begründet wird anschauen müssen, da nicht jeder Verein ganz genau gleich ist. Aber wir wollen dies ganz genau anschauen.

Zur Kapazitätsregelung: Wir haben diese erwähnt, weil es in der Praxis je nach Raum oder Halle, dann schon mal ein Problem gegeben hat. Sie ist einfach da, aber wir wollen dies fair umsetzen.

Zu den einzelnen Voten: Katja Streiff, du hast das richtig gesagt, als man dies geändert hat, hat man natürlich auch etwas dabei gedacht. Das hatte man nicht irgendwie in zehn Minuten gemacht, aber wie ich gesagt habe, ist es auch kein Problem, wenn wir es wieder anschauen.

Das OZK - das ist jetzt kein gutes Beispiel, das ist mir einfach in den Sinn gekommen, weil es bekannt ist: Der FDP-Gemeinderat und der GLP-Gemeinderat wollten dies bereits viel früher sanieren, aber wir hatten die Mehrheit im Gemeinderat nicht. Das darf ich sagen, weil dies dann auch öffentlich geworden ist. Ich will auch hier niemanden gegeneinander ausspielen, aber manchmal sind einfach die Mehrheiten anders. Das war beim OZK so, aber das macht auch nichts, es ist einfach so, wie es auch hier entstanden ist, die Tarife zu erhöhen, darf man auch darüber sprechen, diese wieder zu senken. Es ist mir einfach durch den Kopf, denn Thomas Brönnimann und ich wurden immer wieder etwas angefeindet, wir seien daran schuld, dass das OZK nicht saniert worden ist. Das sage ich jetzt hier am Ende der Legislatur noch einmal: Man braucht immer die Mehrheit, um dies machen zu können.

Dann danke ich nochmals für die Voten. Wir wollen dies machen und machen das, das wird dann meine Nachfolgerin auch noch mitprägen und natürlich der Gesamtgemeinderat. Danke, wenn ihr diese Motion erheblich erklärt. Es ist wirklich sinnvoll, wenn wir hier wieder hinschauen und eine faire Lösung finden.

Erstunterzeichnerin, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Ich kann hier noch als Ergänzung sagen: Wir zum Beispiel vom Ortsverein Schliern, wir meiden die Infrastruktur der Gemeinde wegen der Kosten. Wir weichen lieber auf die Kirchgemeinde aus, denn die Kirchgemeinde stellt ihre Infrastruktur den Vereinen gratis zur Verfügung.

Was ich noch zum Votum von Ronald Sonderegger sagen könnte, merci David, für deinen Konter: Die Linke verteilt nicht grundsätzlich Geld. Wir bemühen uns, Anliegen aus der Bevölkerung aufzunehmen und etwas Gutes der Bevölkerung zurückzugeben. Ausserdem ist diese Motion bei der Einreichung von einer Mehrheit des Parlaments unterschrieben worden und zwar über alle Parteien hinweg. Und vielleicht kannst ja du Ronny, eine Motion eingeben, welche festhält, dass man jeweils, wenn man etwas möchte, was Geld kostet, auch noch gleich das Einsparpotential darlegen muss.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Damit ist die Debatte geschlossen. Der Antrag des Gemeinderates wurde in keinem Votum bestritten, darum verzichte ich auf eine Abstimmung und erkläre den Antrag als genehmigt.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme)

PAR 2025/88

V2510 Richtlinienmotion (JUSO, SP, Junge Grüne, Grüne) "Massnahmen gegen Gewalt an FINTA Personen in der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

In der Istanbul Konvention werden Forderungen auf kommunaler Ebene verlangt. Der Gemeinderat wird deswegen aufgefordert, folgende Massnahmen gegen patriarchale Gewalt zu prüfen und umzusetzen.

1. Der Gemeinderat setzt sich beim Kanton für den Ausbau von Schutzplätzen und Notschlafstellen für FINTA -Personen ein.
2. Der Gemeinderat sucht auf dem Gemeindegebiet aktiv nach geeigneten Liegenschaften für Schutz- und Notschlafstellen und geht auf Eigentümerschaften und mögliche Betreiberorganisationen zu.
3. Der Gemeinderat erhebt in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Bern aktuelle Zahlen zu Fällen patriarchaler Gewalt und dem Bedarf nach Schutzplätzen von FINTA-Personen.
4. Der Gemeinderat prüft Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit (Kampagnen, Melde-Möglichkeit, etc.)

Begründung

Die vorliegende Motion ist ein dringender Appell an den Gemeinderat von Köniz, sich aktiv gegen die anhaltende patriarchale Gewalt zu positionieren und konkrete Massnahmen zu ergreifen. Die Istanbul Konvention, die im April 2018 von der Schweiz ratifiziert wurde, stellt einen klaren Rahmen für den Schutz von FINTA-Personen² dar und fordert von den Gemeinden, auf lokaler Ebene aktiv zu werden. Leider zeigt sich, dass Köniz in der Umsetzung dieser wichtigen Vorgaben hinterherhinkt.

Die alarmierenden Statistiken zur häuslichen Gewalt in der Schweiz sind unmissverständlich: In den ersten 17 Wochen des Jahres 2025 wurden bereits 15 Frauen Opfer von Femiziden. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit des Handelns. TINA-Personen³ sind in den Statistiken auch heute noch unsichtbar. So hat man zu den Gewaltdelikten an ihnen auch keine Zahlen. FINTA-Personen sind tagtäglich der Gefahr ausgesetzt, patriarchale Gewalt und Belästigung zu erfahren. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel und erfordert ein entschlossenes Handeln der Gemeinde.

Ein zentrales Problem ist der Mangel an Schutzplätzen für FINTA-Personen in der Schweiz. FINTA-Personen sind überdurchschnittlich von patriarchaler Gewalt betroffen und meiden deshalb häufig gemischte oder konzeptionell auf Männer ausgerichtete Angebote. Auch diese Angebote sind allerdings schweizweit überlastet. Der von der Dachorganisation Schweizer Frauenhäuser (DAO) betonte Notstand wird auch von Studien auf Bundesebene sowie von der Konferenz der Sozialdirektor*innen SODK bestätigt.⁴ Konkrete Massnahmen sind im Kanton Bern bisher aber nicht ersichtlich. Der Gemeinderat von Köniz muss beim Kanton intervenieren, um die notwendige Infrastruktur für Schutzplätze zu schaffen. Es ist inakzeptabel, dass viele Betroffene nicht wissen, wo sie Hilfe finden können, während die bestehenden Opferberatungsstellen überlastet sind. Hier ist ein sofortiger Handlungsbedarf gegeben.

Die Gemeinde Köniz verfügt über Möglichkeiten, einen Beitrag an die Bereitstellung von ausreichend Schutzplätzen und ggf. Notschlafstellen zu leisten. Namentlich soll der Gemeinderat auf dem Gemeindegebiet systematisch nach möglichen Liegenschaften suchen, welche sich für eine der genannten Nutzungen eignen könnten. Zur Erstellung eines Kriterienkatalogs ist der Kontakt zu möglichen Betreiber*innenorganisationen aufzubauen. Sind geeignete Liegenschaften nicht in öffentlichem Besitz, soll

² Frauen, Inter Personen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen und Agender Personen

³ Trans Menschen, Inter Personen, Nichtbinäre Menschen und Agender Personen

⁴ <https://www.srf.ch/news/schweiz/trotz-hilferuf-die-schweizer-frauenhaeuser-sind-weiter-am-anschlag>

der Gemeinderat auf die Eigentümer*innen zugehen, ihre Unterstützung für eine Umnutzung anbieten oder einen Kauf der Liegenschaft anbieten.

Über die Frage der Infrastruktur hinaus können Fortschritte nur durch eine verbesserte Information erreicht werden. Häusliche und sexualisierte Gewalt spielt sich meist im Privaten ab. Der Gemeinderat soll deshalb in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei eine umfassende Erhebung zu den aktuellen Zahlen patriarchaler Gewalt in der Gemeinde durchführen und den Bedarf an Schutzplätzen eruieren. Nur durch eine fundierte Datengrundlage können gezielte Massnahmen entwickelt und die Situation nachhaltig verbessert werden.

Weiter soll der Gemeinderat prüfen, wie Betroffenen, die breite Öffentlichkeit, aber auch Täter*innen besser über diese Hilfsangebote informiert werden können. Beispiele von erfolgreichen Kampagnen liefert beispielsweise die Stadt Bern mit der Melde-Plattform «Bern schaut hin» oder der Sensibilisierungskampagne «Tür an Tür».

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Umsetzung dieser Massnahmen nicht nur eine rechtliche Verpflichtung gemäß der Istanbul-Konvention darstellt, sondern auch eine moralische Verantwortung gegenüber den FINTA-Personen in unserer Gemeinde. Es ist an der Zeit, dass Köniz aktiv wird und sich für eine gewaltfreie und gerechte Gesellschaft einsetzt.

05.05.2025 / Mayra Faccio

Eingereicht

05.05.2025

Unterschrieben von 20 Parlamentsmitgliedern

Mayra Faccio, Isabelle Steiner, Janka Hamm, Arlette Münger, Bülent Celik, Jutta Gubler Kläne-Menke, Géraldine Boesch, Urs Mumenthaler, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Andreas Hauser, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Brigitte Rohrbach, Christine Müller

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

2. Ausgangslage

Datenlage

Zu Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt existieren Daten auf nationaler und kantonaler Ebene.

Gemäss Bundesamt für Statistik⁵ registrierte die Polizei im Jahr 2024 auf nationaler Ebene 21'127 Straftaten im häuslichen Bereich, davon 26 Tötungsdelikte. Bei den Opfern von Delikten häuslicher Gewalt handelt es sich mehrheitlich um weibliche Personen (rund 70%). Wie bereits in den Vorjahren wurde auch 2024 eine Zunahme von polizeilich registrierten Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt festgestellt (+6%), wobei davon ausgegangen werden muss, dass die Dunkelziffer hoch ist und viele Fälle häuslicher Gewalt behördlich nicht bekannt sind. Bei den Opfern der vollendeten Tötungsdelikten im häuslichen Bereich handelte es sich 2024 um 19 weibliche und 7 männliche Personen. Bis Mitte August 2025 wurden in der Schweiz schon 22 Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen verzeichnet, d.h. weibliche Personen, welche von ihrem (Ex-)Partner, Vater oder von einem anderen Mann getötet wurden.

⁵ www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-strafrecht/polizei/haeusliche-gewalt.html

Auch im Kanton Bern wurde 2024 erneut eine Zunahme (+14%) von polizeilich registrierten Straftaten im Bereich häusliche Gewalt festgestellt (total 1'975 Straftaten). Auch im Kanton Bern liegt der Anteil der weiblichen Opfer bei rund 70%. Im Jahresbericht 2024 "Häusliche Gewalt im Kanton Bern" der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt sind die Zahlen nach Verwaltungskreisen, Tat- und Opferpersonen und Strafbeständen dargestellt. Diese Zahlen zeigen – wie im Bericht vermerkt – jedoch nur einen Bruchteil der Realität. Viele Fälle häuslicher Gewalt werden nicht zur Anzeige gebracht und erscheinen in keiner Statistik.

Zu Gewalt an TINA-Personen liegen Daten auf Ebene des Kantons Bern vor sowie die Angaben aus dem Hate Crime Bericht 2025 der LGBTIQ⁶ Helpline. Im Kanton Bern erfasst die Kantonspolizei seit dem 1. Januar 2023 LGBTIQ-feindliche Straftaten sowie andere sogenannte Hate Crimes und stellt jährlich eine entsprechende Statistik zur Verfügung⁷. Als Hate Crime gilt eine Straftat, wenn davon auszugehen ist, dass das Motiv der Tat eine auf Vorurteilen beruhende, feindliche Einstellung der Täterschaft gegenüber einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ist. Es werden alle der Polizei gemeldeten Ereignisse erfasst, unabhängig davon, ob ein Strafantrag vorliegt oder nicht. Folgende Hassmotive werden unterschieden: Ethnie (nationale Herkunft, Fremdenfeindlichkeit) und/oder Religion (z.B. Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit), sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität und Andere (zum Beispiel aus feindlicher Haltung gegenüber Menschen mit Behinderungen). Im Jahr 2024 wurden gesamthaft 33 Vorfälle erfasst. Davon betreffen 25 Fälle das Hassmotiv «Ethnie/Religion» und 8 die «Geschlechtsidentität/sexuelle Orientierung».

Schweizweit erstellt die LGBTIQ-Helpline ein Monitoring LGBTIQ-feindlicher Diskriminierung und Gewalt in der Schweiz. Der Hate Crime Bericht 2025 weist für das Jahr 2024 309 Meldungen aus, wobei rund zwei Drittel der erfassten Vorfälle Beleidigungen und verbale Belästigungen waren, gefolgt von körperlicher Gewalt und sexueller Belästigung.

Beratungsangebote bei Gewalt

Auf kantonaler und nationaler Ebene existieren diverse Beratungsangebote bei Gewalt, welche allen Personen offenstehen.

Die Opferhilfe-Beratungsstellen beraten und unterstützen Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität verletzt wurden. Das Angebot "gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus", welches auch durch die Gemeinde Köniz mitfinanziert wird, bietet kostenlose Beratungen in den Bereichen Rassismus/rassistische Diskriminierung, Gewalt im öffentlichen Raum und Rechtsextremismus. Für Männer und Frauen stehen im Kanton Bern zudem je eigene Beratungsangebote zur Verfügung (für Frauen z.B. AppElle! oder Lantana; für Männer ZwüscheHalt Bern). Zudem gibt es weitere, nicht spezifisch auf Gewalt ausgerichtete Beratungsangebote wie der Checkpoint Bern, ein Angebot der Aidshilfe Bern. Dieses bietet kostenlose psychosoziale Beratungen für lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen an.

Auf nationaler Ebene steht für lesbische, schwule, bisexuelle, trans, nicht-binäre, intergeschlechtliche oder queere Personen die LGBTIQ Helpline Schweiz zur Verfügung. Diese bietet u.a. Beratungen an bei homo-, bi- und transphober Gewalt und führt eine Meldestelle für Hate Crimes.

In der Gemeinde Köniz stehen von Gewalt betroffenen Personen verschiedene niederschwellige Anlaufstellen zur Verfügung (Kinder- und Jugendarbeit; Schulsozialarbeit, Sozialberatung, Alters-, Integrations- und Familienbeauftragte). Im Projekt "Köniz schaut hin" werden zudem Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen zu verschiedenen Themen beraten und unterstützt, so auch zu Konfliktlösung, Mobbing- und Gewaltprävention oder Intervention bei sexueller Grenzverletzung, Ausbeutung und Belästigung. In der Volksschule durchlaufen alle Kinder der 3. bzw. 4. Klasse den Parcours „Mein Körper gehört mir“. Im Zyklus 3 wird das Projekt „Herzsprung“⁸ regelmässig und das Projekt „Ja, Nein, Vielleicht“⁹ punktuell angeboten.

⁶ LGBTIQ = lesbische, schwule, bisexuelle, trans, nicht-binäre, intergeschlechtliche oder queere Personen

⁷ www.police.be.ch/de/start/dienstleistungen/statistik/kriminalstatistik.html (Statistische Erfassung Hate Crimes)

⁸ <https://education21.ch/de/bildungsaktivitaet/herzsprung-freundschaft-liebe-und-sexualitaet-ohne-gewalt>

⁹ <https://janeinvielleicht.ch/>

Die Mitarbeitenden dieser Angebote und Anlaufstellen beraten die Klient:innen und Kund:innen bestmöglich und triagieren sie bei Bedarf weiter. Sie sind allerdings nicht oder nur zum Teil auf FINTA-Personen spezialisiert und es fehlt teilweise an Koordination und vertieftem Wissen.

Schutzplätze bei Gewalt

Für Frauen stehen die Frauenhäuser des Kantons Bern zur Verfügung. Diese verfügen über Zimmer für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder. Allerdings können die Frauenhäuser nicht jederzeit den Bedarf mit den eigenen Räumlichkeiten decken, sondern müssen auf andere Unterkünfte ausweichen wie Hotels. Dort kann keine gleichwertige Betreuung wie in den Schutzhäusern sichergestellt werden.

Allen Menschen aus Berner Gemeinden, welche sich in einer Notsituation befinden, stehen die Notschlafstellen in der Stadt Bern zur Verfügung. Für junge Menschen betreibt der Verein "Rêves sûrs – Sichere Träume" in der Stadt Bern die Notschlafstelle "Pluto". Diese steht allen Menschen bis 23 Jahren offen, welche sich in einer Notsituation befinden.

Für FINTA-Personen steht seit dem 23. Juni 2025 in der Stadt Bern eine neue Notschlafstelle zur Verfügung, welche 18 Plätze explizit für FINTA-Personen bietet. Damit wurde ein Angebot geschaffen für Personen, welche sich in den bestehenden Notschlafstellen oft nicht sicher fühlen und diese deswegen meiden. Zudem handelt es sich beim neu eröffneten Angebot um einen 24-Stunden-Betrieb, welcher tagsüber nicht verlassen werden muss. Dies im Gegensatz zur allgemeinen Notschlafstelle, welche nur über Nacht geöffnet hat. Die neue Notschlafstelle steht allen FINTA-Personen aus dem Kanton Bern offen, die in akuter Not sind, d.h. auch aus der Gemeinde Köniz. Der Aufenthalt ist bis zu drei Monate möglich. Betreiberin ist die Stiftung Heilsarmee Schweiz. Die Kosten des Angebotes werden über den Lastenausgleich durch die Gesamtheit der Berner Gemeinden und den Kanton Bern getragen. Das Projekt ist vorerst bis Ende April 2026 befristet. Je nach Ergebnis der geplanten Evaluation zu Bedarf und Nutzung, wird über die Fortführung des Projekts entschieden.

Zusammenhang zum Postulat V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention"

Die vorliegende Motion nimmt explizit Bezug auf die Istanbul-Konvention, das "Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt", welches 2017 ratifiziert und 2018 in Kraft gesetzt wurde. Am 10.2.2025 wurde das Postulat V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention" eingereicht. Darin wird der Gemeinderat gebeten zu prüfen, mit einem Aktions- und Massnahmenplan die Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Das Parlament hat das Postulat am 25.8.2025 einstimmig erheblich erklärt. Entsprechend soll ein Könizer Aktions- und Massnahmenplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt unter Einbezug der entsprechenden Akteure und auf der Grundlage einer sorgfältigen Bedarfs- und Situationsanalyse entwickelt werden.

3. Einschätzung des Handlungsbedarfs

Wie eingangs erwähnt, ist das Ausmass von Straftaten im häuslichen Bereich sowohl schweizweit wie im Kanton Bern sehr hoch und in den letzten Jahren steigend, wobei davon ausgegangen werden muss, dass die Dunkelziffer hoch ist und viele Fälle häuslicher Gewalt behördlich nicht bekannt sind. Die Mehrheit der Opfer sind weibliche Personen und mehr als die Hälfte aller Tötungsdelikte in der Schweiz wurden 2024 im häuslichen Bereich verübt. 2025 sind bis Mitte August 22 weibliche Personen Opfer von Femiziden geworden. Zu Gewalt an TINA-Personen liegen gesamtschweizerisch einzig Angaben aus dem Hate-Crime Bericht der LGBTIQ-Helpline vor. Im Kanton Bern wurden darüber hinaus 2024 von der Polizei 8 Vorfälle erfasst, welche das Hassmotiv "Geschlechtsidentität/sexuelle Orientierung" betrifft.

Das statistische Bild widerspiegelt sich auch in den Rückmeldungen der Fachpersonen der Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Sozialberatung und vom Kinder- und Erwachsenenschutz der Gemeinde Köniz. Während von den Fachpersonen verschiedentlich von Fällen von Gewalt an Frauen, Mädchen oder häuslicher Gewalt berichtet wird, gibt es keine konkreten Anhaltspunkte zu spezifischer Gewalt an TINA-Personen in der Gemeinde Köniz. Daraus lässt sich nicht schliessen, dass in Köniz TINA-Personen nicht von Gewalt betroffen sind. Wie bei der häuslichen Gewalt ist davon auszugehen,

dass eine Dunkelziffer besteht und Fälle nicht zur Anzeige gebracht werden und in keiner Statistik erscheinen.

Während zu Gewalt an Frauen, häuslicher Gewalt oder zu LGBTIQ-feindlichen Straftaten Daten erfasst werden, ist die Einschätzung des Bedarfs an Schutzplätzen für FINTA-Personen aufgrund fehlender Daten schwer möglich. Eine Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz zu "Ausmass, Profil und Erklärungen der Obdachlosigkeit in 8 der grössten Städte der Schweiz" aus dem Jahr 2022 zeigt, dass sich deutlich weniger Frauen unter den obdachlosen Personen befinden als Männer. Gleichzeitig wird eine Dunkelziffer bei den FINTA-Personen vermutet, da die meisten Angebote nicht auf FINTA-Personen ausgerichtet sind und daher von dieser Personengruppe gemieden werden.

Zur Eruierung eines FINTA-spezifischen Bedarfs an Schutzplätzen gibt es zwei Herangehensweisen: Entweder werden weiterführende explorative Studien auf kantonaler oder nationaler Ebene erstellt, analog der 2021 vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann herausgegebenen Studie "Bedarfsabklärung zu Schutzplätzen für gewaltbetroffene Mädchen und junge Frauen". Eine weitere Möglichkeit ist die Bereitstellung von entsprechenden Angeboten für FINTA-Personen und die Evaluation der Nutzung über eine gewisse Zeit. Dadurch kann der Bedarf real erfasst werden. Dies wird aktuell in der Stadt Bern im Rahmen des erwähnten Pilotprojektes einer Notschlafstelle für FINTA-Personen gemacht. Das Pilotprojekt ist vorerst auf ein Jahr befristet. In dieser Zeit wird sich zeigen, wie das neue Angebot genutzt wird und ob es den Bedarf decken kann. Mit der Überprüfung der Nutzung können somit Aussagen zum bestehenden Bedarf gemacht werden.

Die Bereitstellung von entsprechenden Angeboten ist Aufgabe des Kantons. Das neue Angebot in der Stadt Bern wird durch den Kanton via sogenannte Ermächtigungen und dadurch via Lastenausgleich mitfinanziert. Die Kosten werden somit durch die Gesamtheit der Gemeinden und den Kanton Bern getragen. Auch alle anderen Notschlafstellen, die der Kanton via sogenannte Ermächtigungen und dadurch via Lastenausgleich mitfinanziert, sind grundsätzlich für alle Personen aus dem Kanton Bern zugänglich. In Köniz gemeldete Personen können diese Angebote somit nutzen. Der Kanton wird schliesslich darüber entscheiden, ob der Bedarf besteht und das Angebot nach der Pilotphase in den Regelbetrieb übergehen wird. Sollte sich der Bedarf höher erweisen als die 18 neu geschaffenen Plätze für FINTA-Personen und würde der Kanton bei der Suche nach weiteren Liegenschaften auf die Gemeinde Köniz zukommen, würde die Gemeinde diese Anfrage sorgfältig prüfen.

Was die Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit betrifft, inkl. Betroffener und potentieller Täter:innen, wird im Rahmen der Umsetzung des Postulats V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention" ein kommunaler Aktions- und Massnahmenplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt unter Einbezug der entsprechenden Akteure und auf der Grundlage einer sorgfältigen Bedarfs- und Situationsanalyse entwickelt werden. Dadurch soll die Sensibilität der Bevölkerung und von Fachpersonen gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt erhöht, die geschlechtsspezifische Gewalt sichtbar gemacht und die vermutete Dunkelziffer verringert werden.

Zusammenfassend ist der Gemeinderat der Ansicht, dass aufgrund der neu eröffneten Notschlafstelle für FINTA-Personen in der Stadt Bern, welche Personen aus allen Berner Gemeinden und somit auch der Gemeinde Köniz offen steht, die Anliegen der Motionär:innen in den Punkten 1 bis 3 erfüllt sind. Das Angebot richtet sich explizit an FINTA-Personen, steht Personen aus der Gemeinde Köniz offen und durch das Bereitstellen des Angebots kann der konkrete Bedarf von FINTA-Personen nach Schutzplätzen eruiert werden. Aktuelle Zahlen zu Gewalt gegen Frauen, häuslicher Gewalt sowie zu den LGBTIQ-feindlichen Straftaten und anderen sogenannte Hate Crimes liegen im Kanton Bern vor. Die Erhebung von Zahlen auf Gemeindeebene durch den Gemeinderat Köniz in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Bern wird deshalb nicht als zielführend eingeschätzt. Die Problematik bei den bestehenden Daten zu häuslicher Gewalt sowie der Gewalt gegen FINTA-Personen besteht darin, dass vermutlich ein Teil der Fälle nicht zur Anzeige gebracht wird und in keiner Statistik erscheint. Aus diesem Grund schlägt der Gemeinderat vor, den Punkt 4 der vorliegenden Motion, die Prüfung von Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, im Rahmen der Umsetzung des Postulats V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention" anzugehen, welches am 25.8.2025 vom Parlament als erheblich erklärt wurde. Konkret soll ein Könizer Aktions- und Massnahmenplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt erarbeitet werden.

4. Finanzen

Auf mögliche Kosten, welche bei der Umsetzung des Postulats V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention", d.h. bei der Erarbeitung eines stufengerechten Aktions- und Massnahmenplans gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt entstehen, wird im Rahmen der Umsetzung eingegangen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.
2. Die Punkte 1-3 des Postulats werden abgeschrieben.

Köniz, 12.09.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 16.5.2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung mit Antrag auf Abschreibung der Direktion Bildung und Soziales. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin.

Erstunterzeichnerin, Mayra Faccio, JUSO: Ich bedanke mich für die Beantwortung dieser Motion und spreche auch gleich im Namen unserer Fraktion.

Am 22. Oktober hat der Bund eine Medienmitteilung zu den Massnahmen gegen Femizide veröffentlicht. Die Zahl der Femizide steigt, genau wie jene der Gewalt an FINTA-Personen im Allgemeinen. In diesem Jahr sind bereits 25 Frauen in der Schweiz Opfer von Femiziden geworden. Das ist etwas mehr als eine alle zwei Wochen.

Der Handlungsbedarf bleibt also extrem hoch und der Bund will dass die Gemeinden aktiv bei den Massnahmen gegen die Gewalt beteiligt werden. Sie schreiben in einer Medienmitteilung von drei dringlichen Massnahmen. Eine davon ist die Förderung von Schutzplätzen für FINTA-Personen. Genau das ist eine der Punkte, welche in dieser Motion gefordert werden.

Die Antwort des Gemeinderates befriedigt uns nicht. Sie bleibt in zentralen Bereichen unzureichend und geht an den eigentlichen Anliegen der Motion vorbei. An vielen Orten werden die Begriffe Frauen, FINTA und LGBTQ+ miteinander vermischt. Dass eine Differenzierung schwierig ist, ist uns klar, aber diese Motion zielt klar auf eine dieser Gruppen ab.

Die Motion fordert konkrete Massnahmen auf kommunaler Ebene, solche, die Köniz selber ergreifen kann und soll. Die Schutzstrukturen stärken, die Datenlage klären, Liegenschaften prüfen und die Sensibilisierung der Gesellschaft fördern.

In der Antwort des Gemeinderates wird zum Teil am eigentlichen Thema vorbei argumentiert und es werden von Pilotprojekten in anderen Gemeinden erzählt. Diese befreien uns aber nicht von unserer kommunalen Verantwortung.

Die FINTA-Notschlafstellen, welche jetzt für einen Pilot in Bern bewilligt wurden, sind sehr wichtig. Sie sind aber kein Ersatz für Schutzhäuser und Schutzplätze. Ausserdem wurden sie erst für ein Jahr bewilligt. Dies ist auch nicht das, was gefordert wird. Notschlafstellen und Schutzplätze sind nicht dasselbe. Und mit dem einen kann man den Bedarf des anderen nicht decken. Wir fordern darum immer noch, dass Köniz aktiv schaut, ob man Liegenschaften hat, welche für ein solches Schutzhaus in Frage kommen würde. Und dass der Gemeinderat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für solche Schutzplätze im Kanton einsetzt. In der Antwort wird die Forderung nach dieser Liegenschaftssuche gekonnt umgangen. Prüfen, ob man einen solchen Ort hat, kann man auch bereits bevor der Kanton auf einen

zukommt. So dass die Gemeinde im Fall, dass kantonale Schutzplätze bewilligt werden, aktiv auf den Kanton zugehen kann.

Auch in der Revision des Opferhilfegesetzes wurde festgestellt, dass die momentane Unterstützungsstrukturen von gewaltbetroffenen FINTA-Personen unzureichend sind. Die Beratung von Opfern soll niederschwelliger werden. In der Antwort des Gemeinderates werden ganz viele Beratungsangebote erwähnt. Programme wie "Köniz schaut hin" und "Mein Körper gehört mir" sind für die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig. In der Motion sind aber öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Projekte gefordert. Ein Beispiel dafür ist das "Tür zu Tür" in Bern.

Wir sind einverstanden, dass die Forderung 4 zum Postulat V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention" gehört und in diesem Rahmen umgesetzt werden soll.

In der Antwort des Gemeinderates steht, dass man keine wirklichen Zahlen zur Gewalt an FINTA-Personen hat. In der Motion wird genau darum gefordert, dass diese auf kommunaler Ebene erhoben werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass wir die Ansicht des Gemeinderates, dass die neuen Not-schlafstellen für FINTA-Personen ausreichen und das diese das Problem der fehlenden Schutzplätze löst, nicht teilen. Es ist ein guter Anfang, aber das ist auch bereits alles. Und in der aktuellen Situation muss endlich Verantwortung übernommen werden – und zwar von uns allen.

- Der Ziffer 1 des Antrags des Gemeinderates, eine Umwandlung in ein Postulat stimme ich zu und unsere Fraktion wird dem einstimmig folgen.
- Bei Ziffer 2 des Gemeinderatsantrags verlangen wir eine punktweise Abstimmung.
- Punkt 1 und 2 des Postulats werden wir nicht abschreiben, da wir mit der Antwort des Gemeinderates nicht befriedigt sind. Punkt 3 schreiben wir ab.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne: Wir haben dies falsch verstanden und haben darum kein Votum vorbereitet, aber ich mache das jetzt einfach spontan. Und zwar wird unsere Fraktion ebenfalls Punkt 1 und 2 sicher nicht abschreiben und Punkt 3 würden wir helfen abzuschreiben.

Grund dafür ist, dass wir dieses Thema in Köniz noch nicht genügend verstehen. Wenn man die Antwort des Gemeinderates liest, wird einiges vermischt und man muss hier einfach dahinter und dieses Thema besser durchdringen, denn es ist sehr ernst, es betrifft alle Bevölkerungsschichten, alle Altersklassen und es ist im Verborgenen. Ich habe nämlich gerade vor zwei Wochen mit einer Kollegin vom Elternrat gesprochen, welche ich kenne und welche in einem Frauenhaus arbeitet und sie hat mir gesagt, sie hat im Kanton Bern einen Fünftel der Plätze, welche sie braucht. Einen Fünftel hat sie, es fehlen also vier Fünftel der Plätze und darum bitte ich euch, dass ihr helft, dieses Postulat nicht abzuschreiben.

Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried, SVP: Die SVP-Fraktion Köniz ist gegen Gewalt. Wir sind gegen Gewalt gegen Frauen, Männer, Kinder und alte Leute. Wir verurteilen Gewalt gegen Personen jeglicher Glaubensrichtung, Hautfarbe, sexueller Ausrichtung oder Geschlechtsidentität. Alle Personen, welche körperliche, verbale oder psychische Gewalt erleben mussten, sollen Hilfe beantragen können und die Täterschaft soll zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir danken dem Gemeinderat und der zuständigen Direktion für die ausführliche Antwort. Wie wir diesem Schreiben entnehmen konnten, existieren auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene diverse Beratungsangebote bei Gewalt, welche allen Personen offen stehen. Und wir konnten auch lesen, dass ab Juni diesen Jahres 18 Plätze in der Stadt Bern explizit für FINTA-Schutzsuchende offen stehen. Auch Personen der Gemeinde Köniz können diese Plätze nutzen. Mit der Evaluation wird sich dann zeigen, ob es noch mehr Plätze braucht.

Die Gemeinde Köniz schaut hin und macht im Bereich der Prävention bereits sehr viel. Das Thema Gewalt ist in den Schulen ein stetiges Thema und die Kinder werden in allen Zyklen für diese Thematik sensibilisiert. Die Fachstelle Prävention und die Sozialarbeit leisten gute Arbeit. Problematik bei diesem Thema wird immer sein, dass die geschädigten Personen den Mut finden, sich Hilfe zu holen und sich bei einer Fachstelle zu melden.

Statistiken zeigen vor allem, dass Vorfälle passieren, aber nicht, wer sie begeht. Wenn man eine Verbesserung erzielen will, muss man Transparenz schaffen. Es fehlen zentrale Daten über Herkunft, Religion, Beziehung zum Opfer oder der sozialen Situation. Das wäre nötig, um wirklich gezielte Präventionsmassnahmen zu entwickeln.

Wir finden somit die aktuelle Präventionsarbeit in der Gemeinde Köniz so genügend und mit den 18 FINTA-Plätzen in der Stadt Bern, unserer Nachbargemeinde, ist ein Angebot für explizit diese Personen vorhanden. Wir haben in unserer Fraktion nicht ganz verstanden, warum Punkt 4, die Finanzen auch

nicht gleich abgeschrieben wird, darum stellen wir den Antrag, wenn dies überhaupt möglich ist, Punkt 4 dieser Motion, wenn man ja schon punktweise abstimmt, auch gleich abzuschreiben.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Ja, das ist möglich, ich halte fest, dass der Antrag gestellt wurde, auch Ziffer 4 abzuschreiben.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katja Streiff, EVP: Gewalt an FINTA-Personen ist leider auch heute noch Realität. Jede Form von Gewalt hinterlässt Spuren. Nicht nur bei den Betroffenen selbst, sondern auch in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben. Es ist darum unsere gemeinsame Verantwortung, hier genau hinzuschauen und auch Betroffene zu schützen.

Die Motion will jetzt, dass der Gemeinderat konkrete Massnahmen prüft und umsetzt. Mehr Schutzplätze, bessere Datengrundlagen, stärkere Sensibilisierung. Das sind wichtige Anliegen, welche wir alle ernst nehmen müssen.

Der Gemeinderat hat sich mit der Motion sorgfältig auseinandergesetzt. Wir finden, das sieht man auch in der Antwort. Er anerkennt die Bedeutung des Themas und zeigt auch auf, dass viele der geforderten Punkte bereits auf kantonaler und nationaler Ebene bearbeitet werden. Die neuen Notschlafstellen in Bern, die Umsetzung der Istanbul-Konvention, die geplante Revision des Opferhilfegesetzes. All das sind wichtige Schritte in die richtige Richtung.

Wir finden die Antwort und die Begründung des Gemeinderates überzeugend. Sie zeigt, dass er das Anliegen aufnimmt, aber gleichzeitig mit den vorhandenen Ressourcen verantwortungsvoll umgeht. Es geht nicht darum Doppelspurigkeiten zu schaffen oder zusätzliche Strukturen aufzubauen, wenn gute Angebote bereits bestehen oder im Aufbau sind. Wir finden es hier auch wichtig, Synergien zu nutzen, unbedingt aktiv zu vernetzen und Bestehendes und Entstehendes auch zu stärken. Darum unterstützen wir den Vorschlag des Gemeinderates, die Motion als Postulat erheblich zu erklären und Punkt 1 bis 3 würden wir mehrheitlich abschreiben. So bleibt das Anliegen in den laufenden Arbeiten insbesondere bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention verankert. Und gleichzeitig können die Kräfte gebündelt werden, dort, wo sie die grösste Wirkung entfalten können.

Für uns als EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist klar: Gewalt an FINTA-Personen darf kein Randthema sein. Wir müssen dranbleiben, wir müssen darüber sprechen, aber es ist auch wichtig, Zusammenarbeit über die Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene hinweg anzustreben, mit einem klaren Bekenntnis zu Schutz, Respekt und Gleichstellung.

Andrea Winzenried, SVP: Ich ziehe meinen Antrag wegen Punkt 4 zurück. Wir haben dies anders interpretiert - Punkt 4 Finanzen und nicht Punkt 4 des Postulats.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Der Antrag ist zurückgezogen.

Monika Röthlisberger, Grüne: Ich muss doch noch etwas zu diesen Voten von Katja und von Andrea sagen: Diese FINTA-Notschlafstellen in Bern, das sind Notschlafstellen. Dort kann ich als Frau schlafen gehen, wenn ich kein Dach über dem Kopf habe und kein Bett. Und da ist auch klar, wo diese ist, wo man mich dort findet. Das ist öffentlich bekannt. Was wir aber für den Schutz der FINTA-Personen brauchen, sind Häuser und Orte, wo man hin kann, damit man nicht gefunden wird. Wo man sich verstecken kann, wo man sich schützen kann, wo einem die Person, welche einen bedroht, nicht findet. Das ist etwas ganz anderes.

Man sagt jetzt hier, wir geben euch Birnen, ihr hättet zwar Äpfel gebraucht, aber wir geben euch Birnen und das ist gut so - und damit bin ich nicht einverstanden.

Das andere ist: Man verlangt jetzt hier, dass die Herkunft und die Religion der Täter offen gelegt werden. Ihr würdet staunen, ihr würdet wirklich staunen. Ich glaube die Hoffnung dieser Forderung ist, dass man dieses Problem exportieren kann, dass man es irgendwo wegpacken kann, damit man es nicht mehr findet, so wie man die Frauenhäuser nicht finden sollte. Aber das ist nicht so. Diese Leute sind überall in der Gesellschaft. Ihr findet sie in all unseren Quartieren, in all unseren Religionen und unabhängig der Herkunft.

Andreas Hauser, GLP: Mich dünkt, es sind jetzt neue Argumente aufgetaucht und auch neue Interpretationen dieses Vorstosses und ich beantrage darum einen Sitzungsunterbruch.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Betreffend Sitzungsunterbruch, das ist euer Job, nicht meiner, aber ich möchte doch gerne noch etwas sagen.

Mayra Faccio: Dein Votum hat so gelautet, dass der Gemeinderat es nicht versteht, Begriffe erklärt und eigentlich keine Ahnung hat – vielleicht übertreibe ich etwas, aber es ist einfach nicht so. Die Gemeinde kennt die Thematik. Die Fachstelle Prävention, die Jugendarbeit wurden genannt, wir verstehen schon, um was es geht. Aber wir haben auch realistisch darauf geschaut. Ihr wisst genau, in diesen Gruppen gibt es grosse Dunkelziffern, nicht nur dort. Ihr verlangt Infrastrukturen für wie viele? Wieso auch? Die Gemeindeverwaltung hat bis jetzt dort keine Hinweise erhalten, dass man akut reagieren müsste. Ich habe immer gesagt, in diesen acht Jahren, ich bin immer bereit, zu reagieren, wenn der Bedarf von aussen an uns herangetragen wird. Dann haben wir immer reagiert und geschaut. Du hast es jetzt also schon sehr negativ dargestellt. Und es soll doch erlaubt sein, über die Gemeindegrenze rüber zu schauen.

Und zur GSI, wir haben extra noch mit ihnen Kontakt aufgenommen, damit wir ganz sicher sind, es ist auch für die Gemeinde Köniz. Diese Plätze sind für alle Gemeinden im Kanton Bern geschaffen worden. Monika, du hast es nicht genau gelesen oder ich habe dich nicht verstanden. Es geht nicht um eine Notschlafstelle. Man kann bis zu drei Monaten dort bleiben, 24 Stunden. Lies es nochmals, wir haben es geschrieben, das ist nicht nur eine Notschlafstelle – du schüttelst den Kopf: "Damit wurde ein Angebot geschaffen für Personen, welche sich in den bestehenden Notschlafstellen oft nicht sicher fühlen und diese deswegen meiden. Zudem handelt es sich beim neueröffneten Angebot um einen 24 Stunden-Betrieb. Der Aufenthalt ist bis zu drei Monaten möglich." Lest es doch nochmals genau, es geht hier nicht nur um eine Notschlafstelle. Und deswegen haben wir auch vorgeschlagen, den ganzen Vorstoss als Postulat anzunehmen, aber Ziffer 1 bis 3 abzuschreiben. Warten wir doch mal ab, was mit diesen 18 Plätzen passiert und gehen wir stufenweise vorwärts und jetzt nicht irgendwie in einer hektischen Handlung eine Liegenschaft zu suchen. Das ist definitiv nicht zielführend.

Noch wegen der Verwirrung wegen Punkt 4, da hat der Gemeinderat ja gesagt, Punkt 4 soll man als Postulat stehen lassen. Das ist wirklich das Postulat, welches ihr geschätzt an der vorletzten Parlamentssitzung überwiesen habt, wegen der Istanbul-Konvention. Dort wollen wir ja einen Aktions- und Massnahmenplan erarbeiten und das passt dann eben genau dort hinein und das ist diese Arbeit, welche wir machen wollen, deswegen haben wir gesagt, Punkt 4 nicht abschreiben, denn das müssen wir zuerst noch machen. Das war der Grund, dass wir Punkt 4 als Postulat beibehalten wollen.

Wir müssen hier pragmatisch vorgehen und nicht die Gemeinde schlecht reden, was dieses Thema angeht. Der Kanton hat reagiert, das finde ich gut, dass es hier jetzt kantonale Angebote gibt. Und nochmals, Monika, es ist nicht nur eine Notschlafstelle. Und dann schauen wir, wie diese Plätze genutzt werden etc. Folgt bitte dem Vorschlag des Gemeinderates. Ob dies formal möglich ist? Wir haben ja vom Parlamentsbüro noch eine Mail erhalten, ob wir jetzt hier ein Postulat überhaupt vorschlagen können. Wir haben es mit unserer natürlichen Intelligenz nicht ganz verstanden, aber wir sind im Gemeinderat der Meinung, dass man dies als Postulat annehmen und danach abschreiben sollte. Und Punkt 4 soll als Postulat stehen gelassen werden. Aber das Formale überlasse ich dem Parlamentspräsidenten.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Dieses Mail kam vom Parlamentspräsidium, nicht vom Parlamentsbüro und hat sich auf den Fall bezogen, dass dieser Vorstoss nicht in ein Postulat umgewandelt wird.

Es ist ein Antrag auf Sitzungsunterbruch eingegangen. Wir stimmen darüber ab.

Beschluss:

Dem Antrag auf Sitzungsunterbruch wird zugestimmt.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Diskussion

Erstunterzeichnerin, Mayra Faccio, JUSO: Wir werden weiterhin die Punkte 1 und 2 nicht abschreiben. Diese Richtlinienmotion in ein Postulat umzuwandeln, ist wichtig. Für die Abschreibung reicht es für uns aber nicht. Bei einer Nichtabschreibung kann das Anliegen und die Möglichkeiten der Gemeinde für eine Mitarbeit bei der Suche von Schutzplätzen und ihren Orten nochmals geprüft werden.

Dann möchte ich noch sagen, dass ich bereits gesagt habe, dass die Gemeinde bereits viel Wichtiges macht, gerade in der Prävention. Aber in der Hälfte der Forderungen in der Motion geht es um Schutzplätze und bei diesen sind wir noch nicht zufrieden.

Monika hat es bereits gesagt: Notschlafstellen, auch wenn man den ganzen Tag und über mehrere Monate dort sein kann, und Schutzplätze sind nicht dasselbe. Es ist ein sehr wichtiges Angebot, doch geschützt sind diese nicht. Täter können rausfinden, wo ihre Opfer wohnen. In einem geschützten Frauenhaus nicht.

Schutzplätze werden vom Kanton bewilligt. Die Infrastruktur wird dann in der Gemeinde gesucht, der Betrieb des Ganzen wird durch den Kanton übernommen. Und wir wollen nur, dass man hilft, den Ort zu finden.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich stelle fest, dass die Erstunterzeichnerin mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist. Somit stimmen wir über ein Postulat ab. Bei der Abschreibung werden wir eine punktweise Abstimmung machen, da dazu unterschiedliche Äusserungen gemacht wurden.

Beschluss

1. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen für erheblich erklären / 3 Stimmen für ablehnen / 6 Enthaltungen)

2. Die Punkte 1 und 2 des Postulats werden nicht abgeschrieben.
Punkt 3 des Postulats wird abgeschrieben.

Ziff. 2 Punkt 1:

(Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen für Abschreibung, 25 Stimmen gegen Abschreibung, 1 Enthaltung)

Ziff. 2 Punkt 2:

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen für Abschreibung, 19 Stimmen gegen Abschreibung)

Ziff. 2 Punkt 3:

(Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen für Abschreibung, 0 Stimmen gegen Abschreibung, 1 Enthaltung)

PAR 2025/89

V2513 Richtlinienmotion/Motion (Grüne, Junge Grüne, SP, Juso, GLP, EVP, Mitte) "Die Gemeinde Köniz nutzt ihr Solarpotenzial"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird angehalten,

1. bei Neubauten und umfassenden Sanierungen von gemeindeeigenen Liegenschaften das Solarpotenzial der gut geeigneten Dächer und Fassaden möglichst vollständig zu nutzen;
2. im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten mit der Überarbeitung des behördenverbindlichen Richtplans bzw. der Raumstrategie den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen;
3. die baurechtliche Grundordnung dahingehend anzupassen, dass für Neubauten eine Unterschreitung der gewichteten Gesamtenergieeffizienz von mindestens 15% gegenüber dem kantonalen Standardwert vorgesehen ist. Der Gemeinderat kann für die verschiedenen Gebäudekategorien Abstufungen vorsehen;

4. dafür zu sorgen, dass die baurechtlichen Bestimmungen keine über die kantonalen Vorgaben hinausgehenden Einschränkungen zum Bau von Solaranlagen enthalten;
5. bei Eingang einer Meldung einer umfassenden Dachsanierung gemäss Art 39d (neu) kEnG beratend darauf hinzuwirken, dass tatsächlich eine Solaranlage gebaut wird.

Begründung

Die kantonale Verfassung sieht im Bereich des Klimaschutzes für Gemeinden eine Vorbildfunktion vor. Die Gemeinde Köniz ist also auch bezüglich Solarausbau besonders gefragt und muss ihre Verantwortung als Vorbild wahrnehmen. Auch wenn übergeordnete Gesetzgebung den kommunalen Handlungsspielraum beschränkt, muss dieser Spielraum konsequent genutzt werden, indem eigene Gebäude und Anlagen ausgebaut und planungsrechtliche Grundlagen angepasst werden.

Aktuell wird in Köniz erst 7.8% des Solarpotenzials auf Dächern genutzt. Damit liegt Köniz hinter dem kantonalen und nationalen Durchschnitt und auch hinter vergleichbaren Gemeinden¹⁰. Gesamthaft könnte auf den gut geeigneten Könizer Dächern mehr Strom produziert werden, als die Könizer Bevölkerung heute verbraucht! Dies noch ohne Berücksichtigung des Potenzials an Fassaden, welches heute noch nahezu vollständig vernachlässigt wird.

Am 9. Februar 2025 hat sich die Bevölkerung des Kanton Bern mit 67% Ja-Stimmen für den Gegenvorschlag zur Solarinitiative ausgesprochen. In Köniz waren es sogar 71%. Ein deutliches Zeichen, dass die Bevölkerung eine Beschleunigung des Solarausbaus wünscht. Der Gegenvorschlag sieht unter anderem eine Solarpflicht bei Neubauten vor und verpflichtet Hauseigentümer*innen, im Falle einer Dachsanierung den Bau einer Solaranlage zu prüfen. Dadurch ergibt sich durch die Vollzugsbehörde der Gemeinde ein zusätzlicher Anknüpfungspunkt im Rahmen des Baubewilligungsprozesses, welcher bestmöglich genutzt werden soll. Ausserdem ist die Herabsetzung des Grenzwerts für die gewichtete Gesamtenergieeffizienz in den kantonalen Mustervorschriften explizit vorgesehen¹¹. Andere Gemeinden kennen denn auch bereits ähnliche Bestimmungen in ihren entsprechenden kommunalen Gesetzgebungen (Bspw. Münsingen¹²). Neben einer zusätzlichen Beschleunigung des Solarausbaus kann damit gleichzeitig eine Reduktion der Emissionen für die Heizung der Gebäude erzielt werden.

Liebefeld, 05.05.2025

David Müller

Eingereicht

05.05.2025

Unterschrieben von 24 Parlamentsmitgliedern

David Müller, Janka Hamm, Andreas Hauser, Monika Röthlisberger, Christina Aebischer, Lukas Erni, Laura Hoffman, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Mayra Faccio, Jutta Gubler Kläne-Menke, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Katja Streiff, Toni Eder, Matthias Müller, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Fabienne Marti, Roland Akeret, Arlette Mürger, Bülent Celik, Christine Müller

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf die Ziffer 3 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf die Ziffern 1, 2, 4 und 5 eine Richtlinie vor (siehe Beilage 1).

¹⁰ Energiereporter (31.01.2025). Solarstrom in Köniz. <https://www.energieschweiz.ch/tools/energiereporter/>

¹¹ Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion Kanton Bern (2022). Muster für kommunale Energievorschriften. <https://www.weu.be.ch/content/dam/weu/dokumente/aeu/de/energieprogramme-gemeinden/aeu-energievorschriften-gemeinden-DE.pdf>

¹² Gemeinde Münsingen (2023). Baureglement 2021 (Stand 31.10.2023) <https://www.muensingen.ch/wAs-sets/docs/dienstleistungen/Reglemente-Verordnungen-Gebuehren/nutzungsplanung/Gemeindebaureglement-GBR-2021-Stand-31.10.2023.pdf>

2. Ausgangslage

Wie bereits in der Beantwortung der Motion V2506 "Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Gemeinde Köniz" geschrieben, ist der Ausbau der Solarenergie ein wesentlicher Baustein einer nachhaltigen Energieversorgung. Der Antwort ist ebenfalls zu entnehmen, dass die Solarstromproduktion zwar stetig zunimmt, dass das Potenzial für Photovoltaik-Anlagen jedoch noch lange nicht ausgeschöpft ist.

3. Geplante Massnahmen und Massnahmen in Umsetzung

Zur Förderung der Photovoltaik werden auf allen Staatsebenen Massnahmen geplant und umgesetzt. Im Zusammenspiel werden diese Massnahmen den Solarausbau in Köniz weiter vorantreiben.

3.1 Gemeinde Köniz: Klimamassnahmenpaket

Im Klimamassnahmenpaket des Gemeinderats vom März 2024 sind diverse Massnahmen zur Förderung der Solarenergie verankert. Im Rahmen der Beantwortung der Motion V2506 (EVP-glp-Mitte-Fraktion, Grüne / junge Grüne-Fraktion) "Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Gemeinde Köniz" hat der Gemeinderat ausführlich darüber berichtet.

3.2 Kanton Bern: Gegenvorschlag zur Solarinitiative

Neubauten müssen bereits heute mit Solaranlagen ausgerüstet werden. Der Gegenvorschlag zur Solarinitiative, welcher am 9. Februar vom Berner Stimmvolk 66.7 % angenommen wurde, sieht vor, dass *geeignete Dachflächen* von Neubauten und Erweiterungen mit Anlagen zur Solarenergienutzung *möglichst vollständig* auszustatten sind (neuer Art 39 im Kantonalen Energiegesetz KEnG; siehe Beilage). Ausnahmen gibt es für kleine Wohnbauten mit einer Dachfläche von weniger als 50m². Bei einer Gebäudegrundfläche von weniger als 300m² muss nur so viel Solarenergie installiert werden, wie zur Deckung des halben Normbedarfs notwendig ist. Der Regierungsrat ist aktuell daran, die Verordnungssartikel zum Art. 39 auszuarbeiten. Darin wird u.a. geregelt sein, was "geeignete Dachflächen" sind und wie "möglichst vollständig" definiert wird. Gesetz und Verordnung werden voraussichtlich am 1.1.2026 in Kraft treten.

3.3 Schweizerische Eidgenossenschaft: Mantelerlass

Mit dem Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (auch bekannt unter dem "Mantelerlass"), welches von der Schweizer Stimmbürgerung am 9. Juni 2024 mit 68.72 % angenommen wurde, wurden diverse Instrumente zur Förderung der erneuerbaren Energien im Energiegesetz (EnG), Stromversorgungsgesetz (StromVG) und im Raumplanungsgesetz (RPG) gesetzlich verankert. Im Bereich der Photovoltaik sind dies u.a.:

- Finanzieller Bonus für hohe Neigungswinkel: Anreize für mehr Winterstromproduktion
- Ermöglichung von virtuellen Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch (vZEV): Benützung des öffentlichen Stromnetzes bis zum Verteilkasten
- Ermöglichung von Lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG): Benützung des öffentlichen Stromnetzes über den Verteilkasten hinaus mit einem Preisabschlag auf die Netznutzungsgebühren. Die LEG ist begrenzt durch die Gemeindegrenzen.
- Minimalvergütung für den eingespeisten Solarstrom von PV-Anlagen unter 150 kWp

Mit der Anpassung im Raumplanungsgesetz werden *genügend angepasste* Fassaden-Solaranlagen an Gebäuden in der Bau- und Landwirtschaftszone grundsätzlich baubewilligungsfrei. Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung ist auf den 1. Juli 2026 geplant.

4. Zu den einzelnen Punkten der Motion

4.1 Punkt 1 (gemeindeeigene Gebäude)

Diese Forderung wird bereits umgesetzt. Wo ein Dach saniert wird oder wo neu gebaut wird, wird in der Regel eine PV-Anlage geplant und realisiert. Dort wo es sinnvoll erscheint, werden auch PV-Anlagen an der Fassade geprüft. An dieser Strategie wird festgehalten. Der Gemeinderat kann sich vorstellen, dass sich in Zukunft die Bevölkerung an den Anlagen beteiligen kann, wie dies in diversen anderen Städten und Gemeinden bereits möglich ist. Im Rahmen der Massnahme 1.7.5 des Klimamassnahmenpakets werden deshalb Bürgerbeteiligungsmodelle geprüft.

4.2 Punkt 2 (Richtplanung)

Es ist bereits heute vorgesehen, die Photovoltaik als raumrelevantes Thema in der Raumstrategie zu behandeln. Das betrifft insbesondere die PV-Anlagen auf Infrastrukturanlagen, Freiflächen, vZEV oder LEG. Der Ausbau des Stromnetzes wird einen weiteren Fokus bilden.

4.3 Punkt 3 (Revision Baureglement)

Mit dem neuen Artikel 39 im Kantonalen Energiegesetz müssen ab dem 1.1.2026 bei Neubauten und Erweiterungen die geeigneten Dachflächen vollständig mit Solarenergieanlagen (Photovoltaik oder Solarthermie) ausgestattet werden. Damit geht das KEnG nach der Inkraftsetzung in den meisten Fällen weiter als die geforderte Verschärfung der gewichteten Gesamtenergieeffizienz um 15 % für Neubauten und Erweiterungen, welche indirekt ebenfalls zu einer Vergrösserung der PV-Flächen – wenn auch in einem geringeren Ausmass - führt. Eine Analyse der Baueingaben für Neubauten und Erweiterungen zwischen 2021 und 2024 in Köniz hat gezeigt, dass in 11 von 19 Fällen die minus 15 % gewichtete Gesamtenergieeffizienz auf freiwilliger Basis bereits erreicht wurden, ohne dass die Dachfläche vollständig ausgerüstet wurde.

Der Gemeinderat sieht deshalb keinen Anlass, das Baureglement zu verschärfen.

4.4 Punkt 4 (keine Verletzung kantonaler Vorgaben)

Der Gemeinderat ist bereits heute daran, baurechtliche Bestimmungen dahingehend anzupassen, dass sie mit dem kantonalen Recht und dem Bundesrecht vereinbar sind und den Ausbau der Solarenergie nicht behindern. So werden beispielsweise nach und nach die Überbauungsordnungen von Siedlungsschutzgebieten mit Einschränkungen zur Nutzung der Solarenergie überarbeitet. Hinsichtlich der Änderungen im Energiegesetz aufgrund des angenommenen Gegenvorschlags zur Solarinitiative sind die baurechtlichen Bestimmungen der Gemeinde erneut zu überprüfen, insbesondere das Baureglement. Bei Widersprüchen gilt, dass das Kantonale Energiegesetz oder andere übergeordnete Gesetze gegenüber dem kommunalen Baureglement Vorrang haben.

4.5 Punkt 5 (Meldung Dachsanierung)

Gemäss dem neuen Art. 39d im Kantonalen Energiegesetz gilt bei einer umfassenden Erneuerung von Dachflächen bestehender auf Dauer angelegter Bauten eine Meldepflicht mit Nachweis über die Eignung der Dachflächen für die Solarenergienutzung und die Solarausstattungskosten. Es handelt sich somit um eine Informationspflicht der Bauwilligen. Sofern bei einem geeigneten Dach und angemessenen Ausstattungskosten keine Solaranlage vorgesehen wird, ist ein kostenloses Beratungsangebot durch einen Energieberater der spätestmögliche Interventionszeitpunkt. Der Gemeinderat ist bereit, ein solches Angebot zu prüfen, sobald die Ausgestaltungsdetails von Art. 39d bekannt sind. Das Angebot wird zu entsprechenden Mehrkosten auf Seite der Gemeindeverwaltung führen.

5. Auswirkungen auf das Stromnetz

Der Ausbau der Solaranlagen ist dringend notwendig, um die Klimaziele zu erreichen. Er führt jedoch zu grossen Herausforderungen für das Stromnetz. Um hohe volkswirtschaftliche Kosten für den Netzausbau zu vermeiden, gilt es, den Solarstrom möglichst lokal zu verbrauchen. Neben marktwirtschaftlichen Anreizen und regulatorischen Rahmenbedingungen sind dazu auch zentrale oder dezentrale Speicher notwendig.

6. Auswirkungen auf das Klima

Mit erneuerbarem Strom aus Wasser, Wind, Biomasse oder der Sonne können fossile Heizungen mit Wärmepumpen und Verbrenner-Fahrzeuge mit Elektrofahrzeugen ersetzt werden. Die Photovoltaik leistet deshalb einen direkten Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen auf dem Gemeindegebiet.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Motion wird erheblich erklärt.
2. Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 12. September 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Motionsprüfung vom 16. Mai 2025
- 2) Auszug aus der Abstimmungsbotschaft Art. 39 Kantonales Energiegesetz (Gegenvorschlag Solarinitiative)

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung mit Antrag auf Abschreibung. Zuständig ist die Direktion Umwelt und Betriebe. Einleitend noch eine Bemerkung: Ziffer 4 dieser Richtlinienmotion ist aus Sicht des Parlamentspräsidiums keine Richtlinie. Wir haben hier noch Abklärungen mit der Stabsabteilung gemacht, wir haben aber kein Instrument, um dies zu ändern. Die Begründung ist, dass die Umsetzung der Ziffer 4 auch Änderungen des Baureglements brauchen würde, wie man der Antwort des Gemeinderates entnehmen kann, und das fällt nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderates.

Erstunterzeichner, David Müller, Grüne: Vielen Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieser Antwort auf den Vorstoss.

Seit der Einreichung des Vorstosses hat Köniz weitere Solaranlagen gebaut – nicht unbedingt die Gemeinde, aber auf dem Gemeindegebiet bzw. wurden diese offiziell angemeldet. Wir hinken aber immer noch dem nationalen und kantonalen Durchschnitt hinterher. Deshalb und natürlich auch weil wir weiterhin den Ausbau beschleunigen müssen, um die Ausbauziele zu erreichen, wenn wir von fossilen Energien und der Atomkraft wegkommen wollen, um damit das Klima zu schützen und unabhängiger vom Ausland zu werden. Dies zur generellen Einleitung.

- Nun zu den einzelnen Punkten der Motion: Ich starte mit Ziffer 3, das ist sicherlich die knackigste Forderung:
Hier werden die Vorschriften für Neubauten adressiert. Was die Antwort des Gemeinderats auslöst, ist, dass die geforderte Reduktion des Grenzwerts für die gewichtete Gesamtenergieeffizienz nicht nur einen Effekt auf den Solarausbau hat, sondern den Hauseigentümer:innen einen Spielraum lässt, so dass die Vorgaben zum Beispiel auch mit verbesserter Dämmung erreicht werden könnten. Insofern kann die Vorgabe nicht mit jener des Gegenvorschlags zur kantonalen Solarinitiative gleichgesetzt werden, sondern hat weitere positive Effekte.
- Hinzu kommt, dass beim in Kraft getretenen Gegenvorschlag zur Solarinitiative nur Gebäude über 300m² Grundfläche das Potenzial, Zitat, "möglichst vollständig" nutzen müssen. Randbemerkung: Gemäss kantonomer Verordnung heisst «möglichst vollständig» übrigens zu 60%. Gebäude unter 300m² haben erleichterte Vorschriften, eine Verschärfung wie im Vorstoss gefordert könnte also hier zusätzlichen Mehrwert bringen.
- Andererseits habe ich durch die in der Antwort aufgeführten Zahlen von konkreten Bauprojekten der letzten Jahre auch etwas gelernt und mich in den Diskussionen in den letzten Tagen überzeugen lassen, dass der positive Effekt unter Berücksichtigung dieser Zahlen und auch unter Berücksichtigung, dass es ja sowieso nur um Neubauten geht und natürlich das grösste Potential auf den bestehenden Gebäuden liegt, der Mehrwert vermutlich nicht so gross wäre, wie ich mir dies erhofft hatte. Das Verhältnis zum Aufwand einer Baureglementsanpassung ist somit suboptimal. Ich ziehe deshalb Ziffer 3 zurück und wandle den restlichen Vorstoss in ein Postulat um.

Wieso es wichtig ist, dass die restlichen 4 Punkte überwiesen und noch nicht abgeschrieben werden können, ganz kurz: Noch keine dieser Forderungen ist aktuell umgesetzt. Punkt. Es gibt also eigentlich keinen Grund diesen Vorstoss jetzt abzuschreiben.

Trotzdem noch etwas zum Inhalt:

- Zu Punkt 1, hier geht es um Fassadenanlagen bei gemeindeeigenen Gebäuden: Der Gemeinderat sagt bloss ziemlich schwammig: «wo es sinnvoll erscheint, werde es geprüft». Bis heute wurde noch keine einzige Anlage gebaut. Der Gemeinderat bleibt also schuldig, dass er es damit wirklich ernst

meint. Ich hoffe natürlich, dass mit der Postulatsantwort dann eine echte Auswertung und hoffentlich bereits die ersten umgesetzten Projekte präsentiert werden können.

- Punkt 2: Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat bzw. die Verwaltung das Thema Solarausbau in Bezug auf die kommunale Richtplanung bereits auf dem Schirm hat. Von daher gibt es von meiner Seite nichts Weiteres. Ich bin gespannt zu sehen, was dabei konkret vorgelegt werden wird. Dass der Gemeinderat, wie er in der Antwort sagt, auch Speicher berücksichtigen will, oder dass er dies als ein wichtiges Thema erachtet, damit bin ich absolut einverstanden und unterstütze das.
- Punkt 4: Besten Dank für die Antwort. Da geht es ja um das Zusammenspiel mit dem übergeordneten kantonalen Recht. Auch wenn das kantonale Recht vorgeht, ist es in meinen Augen im Sinne aller, dass es kommunal nicht widersprüchliche Informationen gibt, die zu Mehraufwand und Zeitverzögerungen bei den Projekten führen können. Aber es ist auf jeden Fall gut zu wissen, dass dies der Gemeinderat erkannt hat und auch bereits adressiert.
- Punkt 5: Es freut mich zu hören, dass der Gemeinderat eine entsprechende Beratung der Hauseigentümer:innen prüfen und so die Chancen der neuen kantonalen Gesetzgebung möglicherweise nutzen will. Aber eben, auch hier ist noch nichts entschieden oder gar umgesetzt, eine Abschreibung ist deshalb verfrüht. Ich bin deshalb auch bei diesem Punkt sehr gespannt auf das Ergebnis der Prüfung im Rahmen eines Postulatsberichts.

Vielen Dank und ich hoffe auf möglichst viele unterstützende Stimmen.

Und dann vielleicht zuletzt noch eine Bitte an den Parlamentspräsidenten: Die Diskussionen im Vorfeld zur heutigen Sitzung betreffend diesem Traktandum haben gezeigt, dass es hier gewisse Unklarheiten gibt, was in der Kompetenz des Gemeinderates ist oder eben auch nicht, bezüglich Abschreibungen von Motionen. Vielleicht wäre eine entsprechende Erläuterung noch hilfreich.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Ich stelle fest, dass der Erstunterzeichner mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist und die Ziffer 3 zurückgezogen hat. Wir sprechen damit nicht mehr über die Ziffer 3.

Was Davids Frage noch anbelangt: Gemäss Artikel 62, Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments, werden Richtlinien nicht durch Parlamentsbeschluss abgeschrieben. Darum kann der Gemeinderat keinen Antrag stellen, dass das Parlament beschliesst, eine Richtlinie abzuschreiben.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Janka Hamm, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Motion. Wir teilen das Ziel klar: Köniz soll sein grosses Solarpotential konsequent ausschöpfen - auf den Dächern, an den Fassaden und mit zeitgemässen Lösungen. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass das Postulat noch nicht abgeschrieben werden darf. Der Gemeinderat hat angekündigt, verschiedene Punkte zu prüfen, aber diese Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Wir möchten die Ergebnisse sehen, bevor das Geschäft definitiv abgeschrieben wird. Das betrifft alle Ziffern, ich sage aber jetzt insbesondere zu den Ziffern 1 und 5 noch etwas:

- Zu Ziffer 1: Wir anerkennen, dass die Gemeinde bei Neubauten und Dachsanierungen von eigenen Gebäuden Solaranlagen konsequent realisiert. Das ist sehr erfreulich. Aber die Motion spricht auch das Fassadenpotential an. Der Gemeinderat schreibt, Fassadenanlagen, wo sinnvoll, werden sie geprüft. Das ist ein guter Ansatz, aber noch keine abgeschlossene Umsetzung. Wir möchten wissen, welche Gebäude tatsächlich geprüft wurden, welche Kriterien bei der Prüfung eine Rolle gespielt haben und wo zusätzliche Flächen sinnvoll genutzt werden könnten. Ausserdem möchten wir wissen, ob der Gemeinderat die Prüfung der Bürgerbeteiligungsmodelle für verwaltungseigene Gebäude bereits vorwegnehmen könnte, statt in diesem Punkt auf das Klimamassnahmenpaket zu verweisen.
- Zu Ziffer 5: Der Gemeinderat will prüfen, ob bei Dachsanierungen ein Beratungsangebot eingeführt werden kann, um Eigentümerinnen und Eigentümer zum Bau von Solaranlagen zu motivieren. Diese Prüfung steht aber auch noch aus und soll erst nach Bekanntwerden der Ausführungsbestimmungen zu Art. 39d, des kantonalen Energiegesetzes, vorgenommen werden. Wir möchten das Ergebnis abwarten, bevor dieses Postulat abgeschrieben wird.

Ergänzend möchten wir folgendes festhalten: Das volle Solarpotential der Gemeinde wird nur dann ausgeschöpft, wenn auch neue technische Entwicklungen aktiv verfolgt werden. Dazu zählen in Zukunft zum Beispiel intelligente Speicherlösungen oder bidirektionale Ladesysteme, welche den überschüssigen Solarstrom besser nutzbar machen können und gleichzeitig das Stromnetz entlasten. Diese Themen gehören zwar nicht direkt zur Motion oder zum Postulat, zeigen aber auf, welches Potential Köniz in den kommenden Jahren noch ausschöpfen könnte.

Die SP/JUSO-Fraktion beantragt in diesem Sinne, dass das Postulat noch nicht abgeschrieben wird, bis die angekündigten Prüfungen abgeschlossen sind und die Ergebnisse vorliegen.

Fraktionssprecherin FDP, 2. Vizepräsidentin, Selin López, FDP: Wir danken für die Antwort vom Gemeinderat und der Direktion Umwelt und Betriebe. Vorab, wir die FDP. Die Liberalen möchten nicht, dass die Gemeinde sich weiter mit dieser Motion bzw. jetzt Postulat auseinandersetzt und stimmen der Abschreibung entsprechend auch zu.

Für uns ist klar, dass im vorliegenden Fall die Gemeinde ihren Handlungsspielraum bereits ausschöpft und wir bewegen uns hier mal wieder in einer Ebene, wo es darum geht, was ist Bundes- oder Kantonsaufgabe und da gibt es immer wieder diese Überschreitungen. Es tut mir leid, dass wir uns mit dem befassen müssen, aber jetzt ist es auf dem Tisch und jetzt machen wir das Beste daraus.

Auch in der Vergangenheit, haben wir uns mehrfach mit Solarthemen beschäftigt, wie die Berner Solarinitiative oder der Energie-Mantelerlass, worüber wir abgestimmt haben. Die Berner Solarinitiative der Grünen verlangte, bis 2040 sämtliche geeignete Dächer und Fassaden mit einer Solaranlage auszurüsten. Das Berner Kantonsparlament hat dann gesagt, nein, wir wollen das nicht, wir wollen die Solarpflicht auf Dächer von Neubauten und setzt dabei bei Sanierungen auf Freiwilligkeit. Dieser Gegenvorschlag wurde denn auch mit 66.7% angenommen – im Gegensatz zur Initiative, welche mit 71,2% abgelehnt wurde. Da hat das Volk klar gesprochen. Wenn wir jetzt hier weitermachen, dann entspricht dies einfach nicht dem Volkswillen. Hört mit diesen Themen auf, bitte.

Zudem besteht auf Bundesebene der sogenannte Energie-Mantelerlass – auch dort befasst man sich mit dieser ganzen Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Das wurde vom Volk angenommen und das beinhaltet Förderinstrumente, erleichterte Planungsbedingungen für Grossanlagen sowie eine Wasserkraftreserve. Nach unserem Empfinden, ist dieses Thema einfach gut abgedeckt und nicht wirklich in der Verantwortlichkeit unserer kleinen Gemeinde.

Für uns stellt dieser Vorstoss der Grünen Fraktion, welcher von der SP-Fraktion und der EVP-GLP-Mitte-Fraktion eingereicht wurde, leider wieder nur eine Beschäftigung der Verwaltung dar. Diese Themen laufen bereits und die Gemeinde macht im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits was sie kann. Wir bitten euch daher auf weitere Vorstösse zu verzichten und schaut, dass ihr auf geeigneter Stufe – das könnt ihr euren Kantons- und Bundeskollegen sehr gerne weitergeben – damit das dort weiterbehandelt wird und nicht hier. Wir stimmen der Abschreibung entsprechend zu. Besten Dank für eure Aufmerksamkeit.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses. Sie zeigt, dass Ziffer 3 das Baureglement komplizierter machen, der Solarenergie aber nur wenig bringen würde. Danke, David, dass du den Punkt zurückziehst.

Der Gemeinderat hätte beantragt, ihn erheblich zu erklären, obwohl er ihn gar nicht gut findet. Vielleicht stört ihn dieser Widerspruch nicht, weil er den Auftrag sowieso gerade wieder abschreiben möchte. Überhaupt stellt der Gemeinderat einen speziellen Antrag: Er möchte den gesamten Vorstoss erheblich erklären und gleich wieder abschreiben. Er möchte also die Adventskerze anzünden und gerade sofort wieder ausblasen. Aber ist denn schon Weihnachten?

- Bei Ziffer 1, den gemeindeeigenen Gebäuden, sagt der Gemeinderat, er setze die Forderung bereits um. Allerdings hat er bisher noch keine geeignete Fassade gefunden. Photovoltaik von der Fassade ist aber wichtig für den Winterstrom. Darum ist der Auftrag noch nicht erfüllt. Anders als David, würde ich aber nicht so weit gehen, dem Gemeinderat zu unterstellen, er meine es nicht ernst. Uns würde aber interessieren, ob "Contracting" für die Gemeinde ein Thema ist und ob dies die Sache beschleunigen könnte.
- Bei Ziffer 2, Richtplanung, sagt der Gemeinderat selber, das Anliegen sei *vorgesehen*. Vorgesehen heisst, noch nicht umgesetzt. Auch dieser Auftrag ist noch nicht umgesetzt.
- Bei Ziffer 4, sagt der Gemeinderat, er *sei daran*, die baurechtlichen Bestimmungen anzupassen. *Daran sein* heisst, noch nicht umgesetzt. Hierzu hätte ich auch die Frage, was mit «nach und nach» gemeint ist: Wie sieht der Zeitplan aus?
- Und bei Ziffer 5, Beratung, ist er *bereit*, diesen *zu prüfen*, sobald der Kanton zum kantonalen Energiegesetz bekannt gegeben hat. *Bereit zu prüfen*, heisst nach meinem Verständnis noch nicht umgesetzt.

Fazit Nr. 1: Mit dem Anliegen, das Solarpotenzial zu nutzen, rennt der Vorstoss beim Gemeinderat offensichtlich offene Türen ein. Wir stimmen gerne für die Überweisung des Vorstosses. Sowieso: Als Postulat hat der Gemeinderat in der Umsetzung viel Spielraum, den Auftrag mit Augenmass umzusetzen.

Fazit Nr. 2: Auch wenn der Gemeinderat gerne Aufträge abschreibt, die er noch nicht umgesetzt hat, damit sind wir nicht einverstanden. Diese Kerze wollen wir gerne noch etwas brennen lassen.

David Müller, Grüne: Ich möchte noch etwas auf das Votum von Selin erwidern: Dass es hier bei diesem Vorstoss um Sachen geht, welche die Gemeinde nichts angehen, Überschreitung von Kompetenzen. Ich weiss nicht, aber bei Ziffer 1 geht es um die gemeindeeigenen Gebäude. Wer, wenn nicht die Gemeinde soll sich um diese kümmern? Ich wüsste es nicht. Bei Ziffer 4, dort geht es um den Bauprozess in der Gemeinde. Auch da hat die Gemeinde meiner Meinung nach eine wichtige Rolle. Und Ziffer 5 nimmt ja genau die kantonale Entwicklung auf, den Volksentscheid zum Gegenvorschlag zur Solarinitiative und dort sind die Hauseigentümer:innen verpflichtet, sich darüber zu informieren, wenn sie ihr Dach umfassend sanieren, ob da Potential für eine Solaranlage vorhanden ist. Und das, was hier gefordert wird, ist, dass die Gemeinde ihren Spielraum ausnützt und dort beratend zur Seite steht, damit dies eben nicht nur z.B. mit einem Häkchen abgetan und gesagt wird, gut, ich habe es angeschaut, sondern, dass auch möglichst viel dann tatsächlich resultiert. Von daher denke ich, da geht es eben genau darum, was wir hier in Köniz machen können.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Die Solarproduktion in Köniz hat sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht – es geht also einiges. Aber es stimmt, wir sind noch auf einem etwas tieferen Niveau, wir decken etwa 10% des Stromverbrauchs hier in Köniz mit Solarstrom. Und das Potential ist grösser, als der gesamte Stromverbrauch. Wir haben also noch ziemlich Luft nach oben.

Aber, und ihr habt dies gesagt, auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene hat es jetzt neue Regelungen gegeben, welche zum Teil noch nicht greifen. Da muss man schauen, wie das jetzt weitergeht. Unsere Hoffnung ist, dass der Zubau von Photovoltaik auf Gemeindegebiet, dass dieser im gleichen Stil weitergehen kann, wie dies in den letzten fünf Jahren passiert ist. Mit Unterstützung all dieser neuen Gesetze und Massnahmen.

Vielleicht zu David Müller, merci, dass du diesen Punkt 3 zurückziehst, da wäre unseres Erachtens der Aufwand und der Ertrag in keinem Verhältnis, dieses Baureglement zu ändern, für einen fragwürdigen Mehrwert.

Dass wir an den Gemeindegebäuden noch keine Fassadenanlagen haben, das ist schade. Das finde ich, wäre ein wichtiger Beitrag, denn es wurde gesagt, das produziert im Verhältnis mehr Winterstrom. Aber dazu sagt Thomas Marti noch etwas.

Zu Janka Hamm: Du hast von neuen technischen Entwicklungen und von der Entlastung des Stromnetzes gesprochen. Und ich finde, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, welchen du hier erwähnt hast. Denn eine Sache ist es, Solaranlagen zu bauen, aber eine andere Sache ist es, wie man den Solarstrom ins Netz bringt. Und das kann doch ziemlich kompliziert sein und vor allem kann das sehr hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Gerade wenn die grossen Bauernhofdächer mit Photovoltaik gedeckt werden und dann die BKW eine Leitung dahin bauen muss, wo sämtlicher Strom, welcher produziert wird, jederzeit immer gleich abführt, dann kann dies sehr teuer werden. Und genau diese Problematik haben wir aufgenommen und darum haben wir auch diese Machbarkeitsstudie zum Energieverbund Mittelhäusern in Auftrag gegeben und auch mitfinanziert, welcher genau dies angeschaut hat. Und das war etwa vor zwei Monaten, ich habe das damals bereits etwas geschildert, es war jetzt auch ziemlich in den Medien, unter dem Titel "Mittelhäusern, ein Modell für die Schweiz". Und zwar geht es da darum, dass man eine schlaue Kombination von Solarproduktion und der dezentralen Speicherung dieses Stroms in Batterien braucht, so dass man die Netzausbaukosten massiv senken kann. Damit der gesamte Solarstrom, welcher tagsüber produziert wird, kurzfristig speichern kann und dann über den ganzen Tag verteilt, ins Stromnetz einspeisen kann. So spart man sehr viele Kosten. Die BKW war an dieser Studie ebenfalls beteiligt und aufgrund dieser Resultate fand sie, dass sie vermutlich ihre Netzausbaustategie aufgrund der Resultate noch einmal etwas überdenken muss. Ich denke, da konnten wir wirklich einen wichtigen Beitrag leisten.

Ein weiterer Punkt wäre die Steuerung der flexiblen Verbraucher, damit diese dann den Strom brauchen, wenn lokal genügend produziert wird oder eben sehr viel produziert wird. Wir sind übrigens bei unserer Wasserversorgung in der Diskussion, ob wir unseren Pumpbetrieb so umbauen könnten, dass man dann pumpen könnte, wenn gerade viel Strom im lokalen Netz vorhanden ist. Das wäre ein riesiger Vorteil. Im Moment ist das relativ fixiert, dass man nur in der Nacht pumpen kann.

Das dünkt mich, das ist in etwa die Richtung, wo es hingehen muss. Nicht – ich sage es etwas salopp – auf Teufel komm raus, Photovoltaik zu bauen, sondern sich eben gleichzeitig zu überlegen, wie man den Strom ins Netz reinbringt.

Andreas Hauser, "Contracting" ist bei den Gemeindegebäuden im Moment kein Thema und bei den Überbauungsordnungen, das ist bei Punkt 4 des Vorstosses, das ist ein fortlaufender Prozess. Wir haben im Gemeinderat immer wieder die überarbeiteten Überbauungsordnungen und dort wird geschaut, dass dies mit dem übergeordneten Recht bezüglich Photovoltaik übereinstimmt. Ich schaue natürlich auch immer speziell darauf, ob dies erfüllt ist und das wird erfüllt, aber wir haben sehr viele

Überbauungsordnungen und das ist ein etwas längerer Prozess. Aber es ist so: Jene Leute, welche eine Photovoltaikanlage bauen wollen, da gewähren wir immer Ausnahmegewilligungen im Gemeinderat.

Insgesamt ist der Gemeinderat der Meinung, dass die aufgeworfenen Punkte hinreichend beantwortet wurden oder wir haben aufgeführt, wie der Gemeinderat diese Photovoltaik weiter unterstützen und fördern will und das ist der Grund, warum er die Abschreibung empfiehlt. Und ich kann jetzt nicht gut sagen, ich kann damit leben, wenn wir dann in zwei Jahren einen Postulatsbericht schreiben müssen, denn diesen muss ich nicht mehr schreiben, darum sage ich das jetzt nicht.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Ich fühle mich natürlich bei Punkt 1 schon ziemlich angesprochen und ich möchte hier dafür weibel, dass ihr dem Gemeinderat da auch glaubt, dass er dort auch liefert. In diesem Jahr hattet ihr im Parlament keine Vorlage, von der Immobilienseite her, bei welcher das Thema Solar nicht auch beleuchtet wurde und wir nicht auch eine Solaranlage beantragt haben. Das ist das eine.

Das Andere ist Photovoltaik an der Fassade: Ja, da bin ich sehr dafür und ja, schade, haben wir noch keine, aber man muss da auch sehen, dass sich nicht jede Fassade eignet und wir werden das – spontan kommt mir nur eines aus unserem Portfolio in den Sinn – und das braucht dort etwas länger, denn nicht alle Objekte eignen sich und jene Objekte, welche sich eignen, sind vielleicht nicht im nächsten Jahr hier im Parlament, sondern erst im übernächsten Jahr. Auch dort sind wir dran. Ihr könnt uns hier auch glauben und ihr könnt es jedes Mal, wenn wir eine Vorlage hier im Parlament haben, auch überprüfen, ob wir dem nachkommen.

Abgesehen davon, machen wir jetzt gerade in der Stapfenstrasse – vielleicht habt ihr die Baustelle gesehen, das ist im Finanzvermögen - eine kleinere Liegenschaft. Auch dort kommt eine Photovoltaikanlage drauf. Das Thema ist von der Verankerung sicherlich drin. Wenn ihr dazu in zwei Jahren nochmals einen Bericht wollt, noch so gerne, das liefern wir gerne nach, denn, ich habe es schon im Editorials im Mai geschrieben, wir müssen die Sanierungsraten in den nächsten 10 Jahren etwa verdoppeln, das heisst, ihr bekommt in etwa doppelt so viele Geschäfte mit Solaranlagen in den nächsten 10 Jahren.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Das letzte Wort wird durch den Erstunterzeichner nicht mehr gewünscht. Damit ist die Debatte beendet. Ich halte nochmals fest, die Motion wurde in ein Postulat umgewandelt. Wir stimmen darum zuerst über das Postulat ab und dann über die Abschreibung des Postulats. Weil das Postulat in den Voten bestritten wurde, führen wir die Abstimmung durch.

Beschluss

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen für erheblich erklären, 9 Stimmen für nicht erheblich erklären)

Die Motion wird nicht abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen für Abschreibung, 27 Stimmen gegen Abschreibung)

PAR 2025/90

V2121 Postulat (SP) „Köniz für Nachbar:innen“

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Am 21. Juni 2021 wurde die Motion V2121 "Köniz für Nachbar:innen" eingereicht, welche den Gemeinderat beauftragt, mit dem Ziel einer generationenübergreifenden Solidarität ein Konzept für eine generationenübergreifende Nachbarschaft zu erarbeiten.

Als zu berücksichtigende Eckwerte nannten die Motionär:innen, dass die Versorgungssicherheit der älteren Menschen mit den Gütern, die sie für den täglichen Gebrauch benötigen, – auch in Krisenzeiten – sicherzustellen sei. Es seien Familien mit Kindern, z.B. mittels nachbarschaftlicher Aufgabenhilfen, zu unterstützen. Weitere generationenübergreifenden Hilfen sowie Möglichkeiten zur Vermittlung von Nachbar:innen seien zu benennen und zu fördern. Es solle eine Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit geschaffen und ihre möglichen Aufgaben skizziert und diesbezügliche Kooperationsmöglichkeiten in die Planung einbezogen werden. Dabei sollen Ortsteilorganisationen sowie die Leiste in die Erarbeitung des Konzeptes miteinbezogen werden.

Die Motionsprüfung stufte die Motion als Richtlinienmotion ein.

In seiner Antwort vom 20. Oktober 2021 äusserte sich der Gemeinderat dahingehend, dass eine Ausweitung der Konzepterarbeitung auf eine generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe erst dann geprüft werden soll, wenn die Aufbauarbeiten der Nachbarschaftshilfe im Rahmen des Projekts "gemeinsam altersfreundlich" abgeschlossen sind und erste Erfahrungen damit gesammelt werden konnten. Er beantragte dem Parlament, die Motion als Postulat erheblich zu erklären. Das Parlament hat die Motion am 6. Dezember 2021 als Postulat erheblich erklärt.

Am 26. Juni 2023 beantragte der Gemeinderat die Verlängerung der Erfüllungsfrist. Hauptgrund war, dass die Erfüllung des Postulats auf die Evaluation des Projekts "gemeinsam altersfreundlich" abgestimmt werden sollte. Diese Evaluation war auf Ende 2024 terminiert, so dass der Gemeinderat erst 2025 und gestützt auf die Evaluationsergebnisse den Entscheid treffen würde, ob eine Überführung der Nachbarschaftshilfe für ältere Menschen in den Regelbetrieb eingeleitet werden solle. Der Gemeinderat legte zudem dar, dass die Abklärungen bei weiteren Zielgruppen aus Ressourcengründen gestaffelt stattfinden und im Rahmen der geplanten Überarbeitungsprozesse des Kinder-, Jugend- und Familienkonzeptes (damals geplant für 2024) und des Integrationskonzeptes (damals voraussichtlich 2025) erfolgen sollten und dass bis zum Ablauf der maximalen Erfüllungsfrist die verlangte Konzepterarbeitung voraussichtlich nur für einen Teil der Zielgruppen vorliegen werde.

Das Parlament hat dem Antrag auf Verlängerung der Erfüllungsfrist am 26. Juni 2023 zugestimmt.

2. Projekt "gemeinsam altersfreundlich"

Nach einer 5-jährigen Projektlaufzeit wurde das Projekt "gemeinsam altersfreundlich" im Sommer 2025 beendet. Im Hinblick auf den Projektabschluss wurde eine extern begleitete Selbstevaluation der seit Mitte 2023 laufenden Pilotphase des Projekts durchgeführt. Die Selbstevaluation hatte zum Zweck, Entscheidungsgrundlagen für die Überführung der Angebote in den Regelbetrieb der Gemeindeverwaltung bereitzustellen und Hinweise zu geben für die Weiterentwicklung und Optimierung der Angebote sowie für die generationenübergreifende Ausweitung der Nachbarschaftshilfe.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Projekt "gemeinsam altersfreundlich" erfolgreich durchgeführt, evaluiert und abgeschlossen werden konnte. Dadurch wurde massgeblich zur Umsetzung des Konzeptes für eine altersfreundliche Gemeinde 2025 beigetragen.

Die Vision des Konzeptes wie auch des Projekts war und ist es, dass die Sorge um die älteren Menschen in der Gemeinde eine gemeinschaftliche Aufgabe ist. Im Sinne einer "Caring Community" bauen dabei der Staat, die Organisationen im Altersbereich und die Zivilgesellschaft eine Kultur des Füreinander-Sorgens und Engagierens auf. Wie die Selbstevaluation aufzeigte, konnte mit dem Projekt "gemeinsam altersfreundlich" ein solides Fundament für die Caring Community geschaffen werden:

- Es wurde das *Netzwerk "Köniz – gemeinsam altersfreundlich"* aufgebaut, in welchem die Akteure regelmässig und zielgerichtet zusammenarbeiten, um gemeinsam die umfassende Sorge und Versorgung der älteren Menschen wahrzunehmen.
- Als erstes gemeinsames Produkt des Netzwerks "Köniz – gemeinsam altersfreundlich" wurde ein [digitales Verzeichnis der Altersangebote](#) entwickelt (einsehbar unter koeniz.ch, Stichwort "Altersangebote"), welches den älteren Menschen, ihren Angehörigen, den Freiwilligen und den professionell tätigen Personen einen Überblick über die Altersangebote ermöglicht.
- Im Juni 2023 wurde die *Nachbarschaftshilfe für ältere Menschen "Zeit-Netz Köniz"* eröffnet. In der Nachbarschaftshilfe unterstützen engagierte Könizer Freiwillige ältere Menschen, welche sich Gesellschaft oder Unterstützung im Alltag wünschen.
- Seit Mitte 2024 gibt es in Niederscherli und in Köniz je einen *"InfoTreff Alter"*. An diese Anlaufstellen können sich ältere Menschen und ihre Angehörigen mit ihren Fragen wenden. Die

engagierten Freiwilligen hören ihnen zu und übermitteln ihnen Informationen über die bestehenden Altersangebote.

Gleichzeitig ist jedoch aufgrund der relativ kurzen Dauer der Pilotphase die Reichweite der Angebote noch begrenzt und über das Gemeindegebiet ungleich verteilt. Die Umsetzung der Angebote muss daher noch weiterentwickelt und insbesondere die Kommunikation noch effektiver ausgestaltet werden.

Betreffend die **generationenübergreifende Ausweitung der Nachbarschaftshilfe** kam die Selbstevaluation zum Schluss, dass das Modell der Nachbarschaftshilfe für ältere Menschen grundsätzlich auf andere Zielgruppen, insbesondere die Migrationsbevölkerung und Familien übertragbar ist. Im Pilotbetrieb der Nachbarschaftshilfe für ältere Menschen wurden Prozesse und Strukturen aufgebaut, die sich auf andere Zielgruppen ausweiten lassen und in diesem Sinn anderen Bereichen zugutekommen können. Es gibt zudem in anderen Gemeinden bereits funktionierende Modelle, die eine breitere Ausrichtung der Nachbarschaftshilfe haben.

Die Selbstevaluation zeigte zudem, dass bereits Anfragen anderer Zielgruppen an die Nachbarschaftshilfe gelangten, welche jedoch abgewiesen werden mussten. Auch interessierte Freiwillige haben sich gemeldet, welche eine Unterstützung anderer Zielgruppen anbieten wollten, wie beispielsweise Sprachtandems für Fremdsprachige. Die Ausweitung auf weitere Zielgruppen bietet demnach auch für die Freiwilligen eine Steigerung der Bandbreite ihres zivilgesellschaftlichen Engagements.

Gleichzeitig hat die Evaluation gezeigt, dass der Erfolg der Nachbarschaftshilfe für ältere Menschen stark auf der Unterstützung des aufgebauten Netzwerks "Köniz – gemeinsam altersfreundlich" basiert. Bei der Ausweitung der Zielgruppen der Nachbarschaftshilfe ist es daher wichtig sicherzustellen, dass einerseits diese Einbettung im Netzwerk "Köniz – gemeinsam altersfreundlich" erhalten bleibt. Andererseits erfordert der Aufbau einer generationenübergreifenden Nachbarschaftshilfe den Miteinbezug von und die Kooperation mit weiteren Partnerorganisationen.

Die Alters- und Gesundheitskonferenz (AGK) der Gemeinde Köniz stimmte als strategisches Projektteam des Projekts "gemeinsam altersfreundlich" im Frühling 2025 einstimmig den Schlussfolgerungen der Selbstevaluation zu und beschloss zuhanden des Gemeinderates eine Überführung des Projekts in den Regelbetrieb. Der Gemeinderat genehmigte im Sommer 2025 in einem ersten Schritt die Überführung der im Projekt "gemeinsam altersfreundlich" aufgebauten Angebote in den Regelbetrieb der Verwaltung.

3. Überarbeitungsprozesse des Kinder-, Jugend- und Familienkonzeptes und Integrationskonzept

Die geplanten Überarbeitungsprozesse des Kinder-, Jugend- und Familienkonzeptes und des Integrationskonzeptes wurden aus Ressourcengründen zurückgestellt und finden voraussichtlich 2026 und 2027 statt.

In Bezug auf die hier relevante Fragestellung der Bedarfs- und Bedürfnisabklärung zur Nachbarschaftshilfe bei weiteren Zielgruppen hat sich der Gemeinderat deshalb für eine Entkoppelung der Vorhaben entschieden. Konkret soll die Bedarfs- und Bedürfnisabklärung einer generationenübergreifenden Nachbarschaftshilfe unabhängig von der Überarbeitung des Kinder-, Jugend- und Familienkonzeptes und des Integrationskonzeptes erfolgen.

4. Ausblick

In einem zweiten Schritt hat der Gemeinderat im Herbst 2025 die Schlussfolgerungen aus der Selbstevaluation des Projekts "gemeinsam altersfreundlich" genehmigt und gestützt darauf in der Fachstelle Alter, Jugend und Integration, Fachbereich Alter, eine neue Stelle für die Freiwilligenkoordination bewilligt. Die Stelle hat die Aufgabe, das Freiwilligenmanagement und die aufgebauten Angebote InfoTreffs Alter und Nachbarschaftshilfe weiter zu stärken sowie die generationenübergreifende Ausweitung der Nachbarschaftshilfe zu konzipieren und erste Erfahrungen in entsprechenden Pilotprojekten zu sammeln. Damit soll gleichzeitig ermöglicht werden, dass sich die Altersbeauftragte nach den intensiven Projektarbeiten wieder verstärkt ihren angestammten Aufgaben zuwenden kann.

Bei der Konzepterarbeitung der generationenübergreifenden Nachbarschaftshilfe soll die Bedarfsabklärung auf Interviews mit bereits bestehenden generationenübergreifenden Nachbarschaftshilfen anderer Gemeinden fokussieren. Die Ortsvereine und Leiste werden in die Entwicklung miteinbezogen sowie

Überlegungen zur Kooperation mit den Partnerorganisationen der neuen Zielgruppen der Nachbarschaftshilfe gemacht. Des Weiteren soll die bereichsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung (z.B. zwischen den Bereichen Frühe Förderung, Kinder- und Jugendarbeit, Familien, Integration, Alter, Prävention) und die konkrete Vorgehensweise für die Realisierung der generationenübergreifenden Nachbarschaftshilfe festgelegt und der schrittweise Aufbau derselben angegangen werden.

Damit kann das Anliegen der Motionär:innen erfüllt werden. Gleichzeitig können Erfahrungen in generationen- und bereichsübergreifenden Vorhaben gewonnen werden, welche in die Weiterentwicklung der Konzepte im Bereich der sozialen Leistungsangebote aufgenommen werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:
Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 24.09.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Beantwortung [V2121 Richtlinienmotion \(SP\) "Köniz für Nachbar:innen"](#) (online auf Parlamentswebseite)

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Abschrift, zuständig ist die Direktion Bildung und Soziales. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin.

Erstunterzeichnerin, Isabelle Steiner, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich herzlich für die Antwort des Gemeinderates auf unseren Vorstoss resp. unseren Antrag. Bevor ich auf das Anliegen der generationenübergreifenden Nachbarschaftshilfe eingehen werde, möchte ich noch ganz kurz etwas zum Projekt "gemeinsam altersfreundlich" sagen: Das Projekt wurde in diesem Herbst nach fünf Jahren Aufbau erfolgreich abgeschlossen. Abgeschlossen heisst in diesem Fall, das Resultat wird in die Regelstruktur überführt. Es wurde ein Netzwerk auf die Beine gestellt, bei welchem sich alle Beteiligten darin austauschen können. In Niederscherli ist der Infotreff als dauerhafte Anlaufstelle eröffnet worden und mit dem "Zeit-Netz Köniz" engagieren sich Freiwillige für eine bessere Lebensqualität im Alter. All diese Massnahmen sind im Austausch mit alten Menschen in unserer Gemeinde erarbeitet, entwickelt und umgesetzt worden. Entstanden ist ein neuer Service Public, bei welchem sich die Verwaltung und die Bevölkerung auf Augenhöhe begegnen und unsere Gesellschaft besser machen. Der Dank geht hier nebst vielen anderen Beteiligten, auch an den Gemeinderat. Man könnte an dieser Stelle sogar auch sagen: Zum Glück haben wir Hans-Peter Kohler, welcher sich hier unermüdlich beim Aufbau einer Caring-Community engagiert hat und das wird Spuren hinterlassen. Merci vielmals.

Jetzt aber zum Postulat: Das knüpft an diese Grundlagenarbeit an, welche mit dem Alterskonzept geleistet wurde. Die Überzeugung dahinter ist, dass diese Strukturen des Austausches und der Beratung, vor allem aber auch von der freiwilligen Arbeit heute nicht nur ein Bedürfnis von älteren Menschen ist. Es ist auch ein Bedürfnis von neu zugezogenen Menschen, welche in ihrer Nachbarschaft vereinsamen, von Menschen mit Migrationserfahrung, welche bei uns Fuss fassen möchten, von jungen Familien, welche mit dem Job und ihrer Betreuungsaufgaben an ihre Grenzen stossen oder auch von Menschen, ohne konkrete Not, welche sich aber mehr Gemeinschaft, Austausch und Sinn im Leben wünschen. Das Erfolgsrezept soll darum auf alle Generationen ausgeweitet werden, das ist unser Anliegen.

Die Ausweitung des freiwilligen Netzwerks war darum auch die Kernforderung des Vorstosses, welchen wir im Dezember 2021 als Postulat überwiesen haben. Seitdem haben sich gewisse Sachen bewegt. Bereits umgesetzt ist die Schaffung einer Stelle, welche mit der Koordination der Freiwilligenarbeit betraut ist im Bereich Alter. Im Rahmen der Evaluation "gemeinsam altersfreundlich" ist die Ausweitung

auf weitere Generationen angedacht und grundsätzlich als sinnvoll beurteilt worden. Im Rahmen eines Konzepts soll diese Ausweitung jetzt konkretisiert werden. All das sind wichtige Schritte.

Heute befinden wir aber über die Abschreibung dieses Postulats und dafür ist es aus unserer Sicht noch zu früh. In der Beantwortung des Gemeinderates zum Vorstoss im Jahr 2021 hat dieser das weitere Vorgehen zur Prüfung so beschrieben, dass zuerst die Aufbauarbeit im Altersbereich abgeschlossen werden und dann eine vertiefte Abklärung des Bedarfs und der Bedürfnisse erfolgen soll sowie die Prüfung der finanziellen Auswirkungen. Genau an diesem Punkt befinden wir uns heute, also sozusagen auf der Startlinie des Prüfauftrags.

Die Voraussetzungen sind erfüllt, die Arbeiten sind aber noch nicht umgesetzt. Die Bedarfsabklärung fällt aus unserer Sicht in diesen erteilten Prüfauftrag und ist noch nicht erfolgt und damit auch noch nicht erfüllt. Auch das weitere Vorgehen sollte geklärt werden, bevor eine Abschreibung Sinn macht. Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen, haben wir auch eine konkrete Grundlage, mit welcher wir den Auftrag als erfüllt erachten und uns ein Urteil über das weitere Vorgehen bilden können. Wird der Vorstoss bereits jetzt abgeschrieben, bevor diese Schritte erfolgt sind, dann fällt der Auftrag des Parlaments weg, dieses Projekt weiterzuverfolgen, das ist aus unserer Sicht vor allem darum kritisch, weil ein Wechsel bevorsteht und dieses Projekt beim Gemeinderat und der Direktion an Priorität verlieren könnte.

Und wir bedauern auch, dass die Bedarfs- und Bedürfnisabklärung zur Erarbeitung des Kinder-, Jugend- und Familienkonzepts resp. Integrationskonzepts entkoppelt wurde. Wir sind überzeugt, dass hier durchaus auch Synergien hätten genutzt werden können. Und wenn man bedenkt, dass in zwei Monaten bereits 2026 ist, wirkt es nicht so, als wäre man hier in zeitlich komplett anderen Sphären unterwegs. Fazit: Wir werden die beantragte Abschreibung des Postulats einstimmig ablehnen.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Sara Cristina Gasser, Junge Grüne: Wie die SP/JUSO-Fraktion werden auch die Grünen/Jungen Grünen das Postulat "Köniz für Nachbar:innen" nicht abschreiben. Aus unserer Sicht wurde ein Anfang gesetzt, aber die Forderungen des Postulats wurden noch lange nicht umgesetzt.

Wir begrüßen ebenfalls die Anstrengungen des Gemeinderates für das Netzwerk "gemeinsam altersfreundlich", welches in den Regelbetrieb überführt werden konnte. Das digitale Verzeichnis der Altersangebote, die Nachbarschaftshilfe für Ältere, Zeit-Netz Köniz und dass der Gemeinderat recherchiert hat, wie die Nachbarschaftshilfe in anderen Gemeinden gefördert wird, sind ebenfalls gute Fortschritte. Die gerade vor kurzem erst neu geschaffene Stelle für die Koordination der Freiwilligenarbeit ist sicher eine gute Voraussetzung, dass die Forderungen des Postulats umgesetzt werden können.

Aber diese Person muss ja jetzt erst einmal ihre Arbeit aufnehmen und Pilotprojekte, welche der Gemeinderat unter "Ausblick" beschreibt, erst noch durchführen. Es ist auch noch wirklich klar, wie sich der Gemeinderat Nachbarschaftshilfe für Familien konkret vorstellt, welche weiteren Bereiche die Nachbarschaftshilfen betreffen könnten und auch die Leiste und Ortsvereine wurden nach unserem Wissen noch nicht einbezogen.

Wenn die Nachbarschaftshilfe ein Bauprojekt wäre, hätte der Gemeinderat hier den Architekten gestellt, Pläne zeichnen lassen und vielleicht das Kellergeschoss zu betonieren begonnen. Aber wir nehmen das Gebäude erst ab, wenn das Dach gedeckt ist und die Heizung funktioniert - wohlgermerkt, eine erneuerbare Heizung.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Zuerst einmal besten Dank Isabelle Steiner für deine Worte. Wenn ich von linker Seite gerühmt werde, bin ich nicht immer so wohl, aber ich nehme es natürlich sehr gerne auf, denn es war mir wirklich ein Anliegen, das stimmt. Ich war 32 Jahre lang Arzt, habe die demografische Entwicklung 1:1 jeden Tag auch in den Spitälern und überall, auch im Ausland - ich habe auch im Ausland gearbeitet – gesehen und das Gebiet der demografischen Entwicklung, Alterspolitik, haben eigentlich die meisten Gemeinden, die meisten Kantone, nicht nur in der Schweiz, verschlafen, das muss ich sagen. Da habe ich wirklich sehr gerne daran gearbeitet. Aber ich will diesen Dank natürlich an die Verwaltung weitergeben: An meine Direktion, welche sehr viel gearbeitet hat, zusammen auch mit der Sozial- und Gesundheitskonferenz, mit allen Mitgliedern dort. Aber es war ein tolles Projekt und ich habe grosse Freude darüber, wo wir jetzt stehen. Also besten Dank für dieses Votum.

Jetzt sind wir bei dieser Diskussion, man kann sagen, es ist eine etwas akademische Diskussion: Wann abschreiben oder wann nicht. Diese Diskussion gibt es im Grossen Rat und in allen Parlamenten. Ich kann das auch nachvollziehen, aber wir haben natürlich die Weichen trotzdem gestellt. Und aus dem Projekt "gemeinsam altersfreundlich" wurde dies natürlich zu einem Thema, die generationsübergreifende Ausweitung, und deswegen hat der Gemeinderat dort auch eine Stelle gesprochen und ist auch dafür, dass man das angeht.

Ja, das Produkt ist noch nicht fertig, das kann ich nicht weg reden, aber wir waren trotzdem der Meinung, aufgrund der Erfahrungen mit den älteren Leuten, dass wir da sehr gut aufgestellt sind und waren auch überzeugt, dass man das abschreiben kann. Aber das entscheidet ihr jetzt und ansonsten berichten wir wieder darüber. Doch wir sind hier sicherlich auf einem guten Weg und wegen dem Direktionswechsel, ich hoffe, dass meine Nachfolge dann das genau gleiche Gespür und Interesse hat, dort auch weiter zu machen. Aber entscheidet das. Ihr merkt, ich kann trotzdem gut schlafen, wenn dies jetzt noch nicht abgeschrieben wird. Es geht ja darum, dass wir hier ein super Endprodukt haben, so wie bei "gemeinsam altersfreundlich".

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Die Erstunterzeichnerin wünscht das letzte Wort nicht mehr. Dann ist die Debatte geschlossen.

Beschluss

Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen für Abschreibung, 27 Stimmen gegen Abschreibung)

PAR 2025/91

V2302 Richtlinienmotion (JUSO/SP) „Gratis Menstruationsprodukte“

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Die Motion V2302 "Gratis Menstruationsprodukte", wurde am 13. Februar 2023 eingereicht. Der Gemeinderat wurde gebeten dafür zu sorgen, dass auf allen Toiletten gemeindeeigener Gebäude (z.B. Schulen und Verwaltungsgebäude) gratis Menstruationsprodukte zur Verfügung gestellt werden.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 11.10.2023 beschlossen, dem Parlament zu beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- a. Die Motion wird in Bezug auf die Schulgebäude und die Gebäude der offenen Kinder- und Jugendarbeit als Postulat erheblich erklärt.
- b. Die Motion wird in Bezug auf die Verwaltungsgebäude abgelehnt.

Am 13.11.2023 hat das Parlament die Motion als Postulat erheblich erklärt, ohne eine Trennung der Gebäudekategorien vorzunehmen. Mit der Erheblicherklärung hat das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vorgegeben.

2. Umsetzung

2.1 Schulgebäude und Gebäude der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Der Gemeinderat hat die Anschaffung und Installation von Hygienespendern zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsprodukten in sämtlichen Schulanlagen mit den Zyklen 2 und 3 sowie in den Gebäuden der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Gemeinde beschlossen. Die Hygienespender werden bzw. wurden zu Beginn des Schuljahres 2025/26 auf allen Mädchentoiletten installiert, die von dieser Altersgruppe genutzt werden. Die Befüllung und Instandhaltung wird in den Schulen vom Hausdienst, in den Gebäuden der offenen Kinder- und Jugendarbeit von den Jugendarbeitenden übernommen.

Grundlage dafür war ein Pilotprojekt in den Jahren 2021 und 2022 im Oberstufenzentrum Köniz OZK. Die entsprechende Auswertung ergab, dass die Bereitstellung von kostenlosen Hygieneartikeln von den Schülerinnen sehr geschätzt und das Projekt auch im Kollegium der Schule positiv wahrgenommen wurde. Probleme gab es im Pilotprojekt keine, ausser der Finanzierung der Hygieneartikel. Im

entsprechenden Auswertungsbericht "Kostenlose Hygieneartikel an allen Könizer Schulen im Zyklus 2 und 3" vom Dezember 2024 (siehe Beilage 2) wurde von der Schulsozialarbeit Köniz empfohlen, dass die Umsetzung an allen Schulen in Köniz im Zyklus 2 und 3 erfolgt und die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen sichergestellt werden.

In der offenen Kinder- und Jugendarbeit Köniz JUK ist das Thema Menstruation und Menstruationsprodukte ebenfalls immer wieder präsent. Die Zielgruppen der JUK sind vorwiegend junge Menschen, welche den ersten Kontakt mit der Menstruation erleben und den Umgang damit erlernen. Mit der Bereitstellung von Menstruationsprodukten wird ein niederschwelliges Angebot geschaffen, das auch dazu beiträgt, Periodenarmut vorzubeugen. Der erleichterte Zugang zu diesen Produkten kann sich positiv auf den Lebensalltag der Betroffenen auswirken: Da die Produkte jederzeit zur Verfügung stehen, entsteht kein Stress aufgrund fehlender Produkte und menstruierende Personen müssen nicht auf unhygienische Produkte zurückgreifen.

Die JUK kann in der Auseinandersetzung mit dem Thema "Kostenlose Menstruationsprodukte" zudem einen wertvollen Beitrag zu einem offenen Umgang mit der Menstruation leisten. So ist für die Zielgruppe in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit folgendes Informationsmaterial entstanden:

- DinA4 Plakate, die über das Angebot "Kostenlose Menstruationsprodukte" informieren, sowie alle aktuell auf dem Markt verfügbaren Menstruationsprodukte aufzeigen.
- Ein "Informationsfächer" (Booklet) mit Informationen rund um das Thema Menstruation.
- Ein begleiteter Themenabend, bei dem Mädchen sich zum Thema Menstruation informieren können.
- Eine Anschauungsbox mit allen auf dem Markt verfügbaren Menstruationsprodukten.
- In Arbeit ist ein Plakat, welches den weiblichen Zyklus darstellen soll.

Die zusätzliche Aufklärung über Menstruation und die verfügbaren Produkte können dabei helfen, Scham und Tabuisierung abzubauen. Menstruierende, die wenig Unangenehmes mit ihrer Menstruation verbinden, können leichter anderen Betroffenen helfen und sich helfen lassen. Ein gesunder Austausch innerhalb der Zielgruppe und mit Jugendarbeitenden trägt dazu bei, dass auch Probleme und Schwierigkeiten bei der Menstruation leichter erkannt werden können. Das Reden über Probleme und Schwierigkeiten wiederum stärkt die Resilienz der Zielgruppe.

2.2 Verwaltungsgebäude

Die Abteilung Immobilien sowie die Personalabteilung haben die Situation in der Verwaltung geprüft und sind weiterhin der Ansicht, dass die Bereitstellung kostenloser Menstruationsprodukte in den Verwaltungsgebäuden nicht zielführend ist. Es bestehen auch keine sozioökonomischen Gründe dafür.

Die Verwaltungsgebäude dienen primär als Arbeitsplätze für Erwachsene, bei denen eine gewisse Selbstorganisation und Eigenverantwortung vorausgesetzt werden kann – auch im Hinblick auf persönliche Hygieneartikel. Eine interne Abfrage unter Mitarbeitenden hat zudem keinen klaren Bedarf ergeben. Ein möglicher Bedarf könnte höchstens bei den Besucher-Toiletten hergeleitet werden.

Eine einheitliche Ausstattung aller Anlagen würde zu einem unverhältnismässigen Aufwand bei Installation, Kontrolle, Befüllung und Unterhalt führen. Aus Sicht der Immobilienbewirtschaftung überwiegen damit Aufwand und Kosten den betrieblichen Nutzen deutlich.

3. Kosten

Für die Anschaffung der Hygienespender für die Schulgebäude und die Gebäude der offenen Kinder- und Jugendarbeit beliefen sich die Kosten auf rund CHF 18'000.-. Der Gemeinderat hat am 6.8.2025 einen entsprechenden Kredit gesprochen.

Für den Unterhalt der Spender an den Schulen respektive deren Befüllung kann gemäss den Erfahrungswerten aus dem Pilotprojekt am OZK davon ausgegangen werden, dass sich die jährlichen Kosten auf insgesamt rund CHF 3'000.- belaufen. Diese werden ab dem Kalenderjahr 2026 ordentlich budgetiert.

Für den Unterhalt der Spender respektive deren Befüllung in den Gebäuden der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie für das entsprechende Informationsmaterial betragen die jährlichen Kosten schätzungsweise CHF 2'000.-. Diese Kosten werden ab dem Kalenderjahr 2026 ebenfalls ordentlich budgetiert.

4. Abschreibung

Gemäss dem Geschäftsreglement des Parlaments werden Motionen mit Richtliniencharakter nach der traktandierten Behandlung der gemeinderätlichen Berichterstattung im Parlament stillschweigend abgeschrieben.

Köniz, 24.09.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Beantwortung [V2302 Richtlinienmotion \(JUSO/SP\) "Gratis Menstruationsprodukte"](#) (online auf Parlamentswebseite)
- 2) Auswertung Pilotprojekt "Kostenlose Hygieneartikel an allen Könizer Schulen im Zyklus 2 und 3"

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Abschreibung, zuständig ist die Direktion Bildung und Soziales. Da die Erstunterzeichnerin, Michaela Bayraktar nicht mehr im Parlament ist, wird der Vorstoss von Arlette Münger vertreten.

Anstelle der Erstunterzeichnerin, Arlette Münger, SP Frauen: Die SP-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, das Postulat wurde umgesetzt, wenn auch nur teilweise. Während der Gemeinderat in seiner Antwort von einem Pilotprojekt schreibt, möchte ich es hier noch benennen, was es wirklich war: Die Initiative von einigen vorausdenkenden, engagierten Schülerinnen des OZK. Diesen möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken. Dazu kam der politische Druck und erst dann hat der Gemeinderat gemerkt, Menstruationsprodukte gehören einfach zur Grundausstattung, genauso wie Seife und WC-Papier. Und das bringt mich zum wichtigsten Punkt: Es geht hier nicht um die Erschwinglichkeit, sondern ganz zentral um die Verfügbarkeit. Niemand sollte 365 Tage im Jahr mit einer Packung Tampons oder einem Notvorrat Binden herumlaufen müssen. Genauso wenig, wie jemand sein eigenes WC-Papier mitbringen muss. Wenn es gebraucht wird, sollte es einfach da sein.

Alle hier anwesenden menstruierenden Personen wissen aus Erfahrung, die Menstruation kann unregelmässig sein. Gerade in jungen Jahren erst recht. Unregelmässig bedeutet eben, dass man diese Tampons oder Bindenpackungen 365 Tage im Jahr dabei haben müsste, weil es eben jederzeit passieren könnte, dass man zu bluten beginnt. Darum ist es wirklich erfreulich, dass die Schulen und die offene Kinder- und Jugendarbeit jetzt mit Gratisprodukten ausgestattet sind.

Weil, und das ist mein zweiter Punkt, das hilft nicht nur praktisch, sondern das baut auch Tabus ab und stärkt die Gleichstellung im Alltag bereits früh. Das zeigt ja auch die Entstehung des Informationsmaterials in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, welche aus der Auseinandersetzung mit diesen gratis Menstruationsprodukten entstanden ist.

Nach wie vor unverständlich bleibt aber, warum dies nicht für das Verwaltungsgebäude gelten soll. Offenbar endet hier das Verständnis an der Bürotüre. Schade eigentlich. Der Gemeinderat schreibt, dass die Verwaltung zur Beurteilung hier eine interne Umfrage und Abklärung durchgeführt hat. Das klingt für mich etwas schwammig und ich frage mich hier ganz ehrlich, was und welche Personen hier denn genau befragt wurden. "Blutest du unregelmässig und wärst du froh, wenn es im Büro auf den Toiletten gratis Menstruationsprodukte geben würde?" Ganz ehrlich, das ist doch eine sehr persönliche Angelegenheit und ich persönlich weiss nicht, wem ich in meinem Arbeitsalltag diese Fragen hätte beantworten wollen. Schon gar nicht einem Mitarbeiter oder etwa noch einem Vorgesetzten gegenüber und ich kann mir vorstellen, so ist es auch diesen befragten Personen gegangen. Und darum wäre es aus meiner Sicht eine selbstverständliche anonyme Verfügbarkeit von Produkten der richtige Weg gewesen. Noch dazu, wenn es vom Parlament ganz offensichtlich auch so gefordert wurde. An den Kosten kann es ja

nicht gelegen haben. Aber eben, bei diesem Punkt will der Gemeinderat nicht, das hat er schon damals angekündigt, als wir die Motion in ein Postulat umgewandelt haben.

Trotzdem: Die SP-Fraktion dankt allen, welche sich für dieses Thema einsetzen. Wir sind hoffnungsvoll, dass der Gemeinderat daraus lernt. Selbstverständlich, es braucht nicht jahrelang diskutiert zu werden. Die Initiative der Schülerinnen des OZK hätte ausreichen sollen, damit der Gemeinderat diese Idee umsetzt. Die SP-Fraktion stimmt nichtsdestotrotz der Abschreibung des Postulats zu.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Laura Hoffman, Junge Grüne: Das Pilotprojekt für kostenlose Hygieneartikel im OZK ist aus dem Anliegen, wie es Arlette bereits dargelegt hat, von zwei Schülerinnen entstanden. Im November 2021 haben sich diese bei der Schulsozialarbeiterin gemeldet, ihr den Vorschlag gemacht und ihre Idee dazu erzählt. Das ist nicht nur ein tolles Beispiel für die eigenen Bedürfnisse, Vorstellungen und Wünsche direkt einzustehen, sondern auch eine grundsätzliche Form von politischem Mitdenken, in unserer Gesellschaft. Denn der praktische Zugang zu entsprechenden Hygieneartikel ist nicht nur zum Teil wegen ökonomischen Bedingungen ungleich verteilt, so dass sich junge Frauen, je nach Herkunftsfamilie und Lebenssituationen kaum Menstruationsprodukte leisten können und Stress aufgrund fehlender Produkte aufkommen kann und sie dann vielleicht auf unhygienische Produkte zugreifen müssen, sondern auch das Wissen und die Erfahrung, wie mit verfügbaren Menstruationsprodukten umgegangen wird, braucht gerade in diesem Alter mit entsprechendem ersten Menstruationskontakt gewisse Einführung. Das ist nicht allen gleich verfügbar oder wird sofort verständlich und eine Routine.

Gerade das Beispiel der offenen Kinder- und Jugendarbeit Köniz zeigt, dass es wichtig ist, das Informationsmaterial niederschwellig zugänglich ist und der Austausch und offene Umgang gepflegt wird, weil die Nachfrage klar besteht. Und je gesünder dieser Austausch in der Zielgruppe mit den Jugendarbeitenden funktioniert, je eher werden auch Schwierigkeiten und Probleme zur Menstruation und dem Zyklus erkannt und darüber gesprochen. Das stärkt die Resilienz der jungen Frauen und baut Scham und Tabuisierung ab.

Von dem her nochmals zum OZK-Pilotprojekt: Es zeigt, die Bereitstellung von kostenlosen Hygieneartikel wurde von den Schülerinnen geschätzt und ist auch im Schulkollegium positiv angekommen. Die Jungen Grünen/Grünen unterstützen und begrüßen es, dass der Gemeinderat einen Kredit für diese Hygienespender für den Unterhalt und die Befüllung in den Schulgebäuden und der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie Informationsmaterial bei letzterem, spricht. Wir würdigen also diese Umsetzung.

Dass das Verwaltungsgebäude von dieser positiven Veränderung ausgeschlossen wurde, ist dann aber doch schade. Es werden Gründe dargelegt, welche so stimmen mögen, dass erwachsene Frauen, die im Verwaltungsgebäude mit Selbstorganisation und Eigenverantwortung handeln, wohl auch die entsprechenden finanziellen Mittel haben, um diese persönlichen Hygieneartikel zu kaufen. Trotzdem: Warum nicht trotzdem einen Pilot im Verwaltungsgebäude machen? Gleich wie beim OZK. Und dort bei verschiedenen Frauentoiletten diese Hygieneprodukte zur Verfügung stellen? Das als Vorschlag, das würde vielleicht nochmals Klarheit schaffen und zeigen, ob diese Annahmen und verwaltungsinternen Signale wirklich stimmen oder nicht doch Bedarf besteht. Wir ermutigen hier den Gemeinderat, dies nochmals in Erwägung zu ziehen und stimmen, wie die SP, der Abschreibung des Postulats letztlich zu.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger, FDP: Der Vorstoss wird abgeschrieben, zwar stillschweigend, aber ich melde mich jetzt trotzdem noch kurz zu Wort. Nicht, dass ich hier jetzt grosse Erfahrung damit hätte. Aber es geht darum, ich komme immer wieder damit und rufe in Erinnerung, dass auch das wieder Kosten verursacht und diese Kosten sind steuerfinanziert. Das will ich einfach gesagt haben. Es ist eine freiwillige Aufgabe, welche die Gemeinde hier übernimmt, welche nicht zu ihren Kernaufgaben gehört. Und einmal mehr: Das Geld wächst nicht auf den Bäumen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Nachdem niemand mehr das Wort wünscht, wird die Debatte beendet. Es handelt sich hier um eine Richtlinie, weshalb wir über die Abschreibung nicht abstimmen, sondern der Vorstoss ist damit stillschweigend abgeschrieben.

Beschluss

Stillschweigende Abschreibung

PAR 2025/92

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

V2536 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion): "Abbau von Wahlbürokratie"

V2537 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion): "Köniz als Smart Cillage (City / Village)"

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Nachdem niemand mehr das Wort verlangt, habe ich noch eine Mitteilung: Das Parlamentsbüro hat das Vademecum bezüglich der Dringlichkeitskriterien bei eingereichten Vorstössen an seiner Sitzung vom 21. Oktober aktualisiert. Ihr findet die aktualisierte Version des Vademecums im Parlamentsteamraum im Ordner "Grundlagen". Selbstverständlich stellen wir auch dem Gemeinderat das neue Vademecum zu.

Die neuen Sitzverteilungslisten für parlamentarische und gemeinderätliche Kommissionen für die Legislatur 2026-2029 sind im gleichen Ordner abgelegt.

Die nächste Parlamentssitzung findet am 1. Dezember statt, das ist die zweitletzte Sitzung der Legislatur. Bitte beachtet, dass die beiden Parlamentssitzungen im Dezember beide stattfinden. Sie sind reich befrachtet und entsprechend zeitintensiv - die beiden letzten Sitzungen waren nichts dagegen.

Vielen Dank und einen schönen Abend.

Im Namen des Parlaments

Casimir von Arx
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament